

M

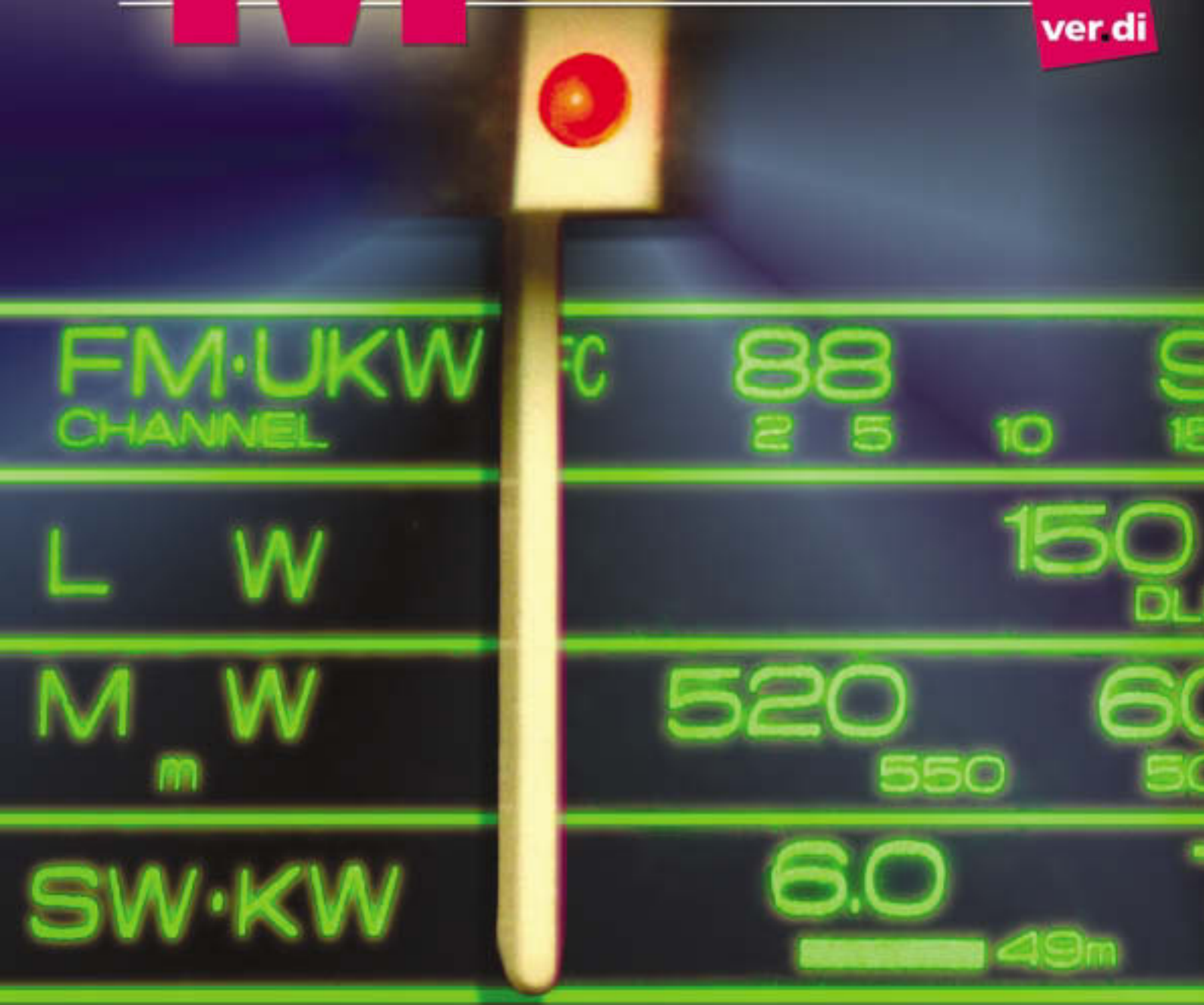
MENSCHEN MACHEN MEDIEN

E 2814

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift

Nr. 4 April 2003 Jahrgang 52

ver.di



SPECIAL:

Bundeskonferenzen
Deutsche Journalistinnen
und Journalisten-Union
Verlage und Agenturen

RADIO IN DER KRISE

Wir freuen uns über Briefe. Vor allem über kurze. Wir wollen möglichst viele zu möglichst vielen Themen. Deswegen müssen wir manchmal Leserbriefe kürzen. Wir bitten um Verständnis.

Anschrift der Redaktion:
**Bundesvorstand
 ver.di
 Redaktion M
 Menschen – Machen
 – Medien
 Potsdamer Platz 10
 Haus 4
 10785 Berlin**

**E-Mail:
 Karin.Wenk@verdi.de
 Fax: 030 / 69 56 36 76**

Null-Runde abgelehnt

Die Geschäftsführung der Nachrichtenagentur vwd will bei den Gehaltstarifverhandlungen eine „Null-Runde“ und außerdem massive Verschlechterungen im Manteltarifvertrag durchsetzen. Auch nach zwei Verhandlungsrunden beharrte vwd im Februar auf einer „Null-Runde“ für die mehr als 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Agentur mit Hauptsitz in Eschborn bei Frankfurt am Main. Dabei war ver.di mit einer äußerst moderaten Forderung von 3,4 Prozent plus Zuschuss zur Altersversorgung in die Verhandlungen gegangen, um einen schnellen Abschluss zu erreichen.

Ökonomisch begründen lässt sich die Verweigerung nicht. Beobachter vermuten deshalb, dass die Gesellschafter von vwd, unter anderem der Verlag der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, Geld aus Eschborn sehen wollen, um ihre eigene Ertragssituation zu verbessern. Dafür soll die Belegschaft von vwd mit einer Null-Runde beitragen. Zusätzlich wurde von vwd der Manteltarifvertrag gekündigt. Die Forderungen nach Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 35 auf 38 Stunden, Verschlechterungen der Sonn- und Feiertagsregelungen sowie Kürzungen bei Urlaub und Urlaubsgeld entsprechen einem Volumen von etwa 11 Prozent.

Im Klartext heißt das: Weniger Beschäftigte sollen für weniger Geld länger arbeiten. Diejenigen die „überflüssig“ werden, können sehen, wo sie bleiben. ver.di hat angekündigt, einer Politik der Arbeitszeitverlängerung massiven Widerstand entgegen zu setzen.

Die Belegschaft hat kein Verständnis für die Haltung der Arbeitgeberseite. Innerhalb kürzester Zeit forderten weit über einhundert Kolleginnen und Kollegen per Unterschrift ein verhandlungsfähiges Gehaltsangebot und das Wiederinkraftsetzen des Manteltarifs.

Clara Bornheim ■

Objektive Auswertung

„Facettenreich – nicht immer wertneutral“ in M 1 – 2/2003

In der Rezension meines Buches „Kalter Krieg im Äther“ zu der Geschichte des Deutschlandsenders und der DDR-Westpropaganda lobt der Autor Karl-H. Walloch zwar das Facettenreichtum der Studie, wirft mir aber auch vor, „häufig nicht wertneutral“ vorgegangen zu sein. Als Beispiele nennt er das von mir beschriebene konspirative Korrespondentennetz des Deutschlandsenders in der Bundesrepublik, dessen Existenz er bezweifelt. Somit entsteht der Eindruck, ich hätte hier sehr spekulativ gearbeitet. Tatsächlich finden sich in den Beständen des Bundesarchivs Berlin zahlreiche Dokumente, die belegen, dass der DDR-Rundfunk 1953 ein solches Netz in der Bundesrepublik einrichtete. Grund dafür war, dass man befürchtete, die Arbeit der legalen Korrespondenten des Deutschlandsenders könnte verboten werden. Gegen die DDR-Korrespondenten in der Bundesrepublik wurden bis in die 60er-Jahre zahlreiche Ermittlungsverfahren und Polizeiaktionen durchgeführt. Die Angst vor einem Verbot war also nicht ganz unbegründet. Meine Studie basiert auf zahlreichen Dokumenten und ergänzenden Aussagen von Zeitzeugen, die objektiv ausgewertet wurden. Wie in einer wissenschaftlichen Arbeit üblich wurde – so weit dies möglich ist – auf Wertungen verzichtet, höchstens vorsichtige Interpretationen des Materials wurden vorgenommen.

Dr. Klaus Arnold,
München

Tippfehler

„Facettenreich – nicht immer wertneutral“ in M 1 – 2/2003

Leider haben sich in der Rezension von Karl-Heinz Walloch zwei Fehler eingeschlichen. 1. der Freiheitssender 904 nahm bereits am selben Tage, an dem das KPD-Verbot ausgesprochen wurde, also am 17.8.1956, und zwar um 20 Uhr des Sendebetriebs auf. Die letzte Sendung lief am 30.9.1971. 2. „Der Deutsche Soldatensender“ hieß nur so, also ohne den Zusatz 904, denn er sendete auch nicht auf derselben Frequenz 935 kHz. Daher musste zwischen den Sendungen beider Sender auch immer eine Pause von 15 Minuten zum Umstimmen der Sende-Frequenzen eingelegt werden. ...

Ditmar Pauke, Magdeburg

Wann dieser Sender seinen Sendebetrieb aufnahm, ist tatsächlich umstritten. DDR-Quellen nennen den 17.8.56, westliche Quellen durchgängig den

18.8.56. Wilke/Sartoris („Radiopropaganda durch Geheimsender der DDR im Kalten Krieg“ Wilke, Jürgen (Hrsg.): Pressepolitik und Propaganda: historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln 1997, S.285–331) halten den 18.8.56 für wahrscheinlicher, da die fast vollständige Programmüberlieferung (Bundesarchiv Berlin) erst mit dem 18.8.56 einsetzt. Auch ein Standardwerk von Wolfgang Kraushaar, die deutsche Protestchronik, nennt den 18.8.56. Diesen Publikationen hat sich Arnold angeschlossen. Wilke/Sartoris sprechen in ihrer Studie vom „Deutschen Soldatensender 935“. Wahrscheinlich wurden beide Bezeichnungen – mit und ohne Frequenznennung – verwendet. Der in der Zeittafel der Studie benutzte Zusatz „904“ ist tatsächlich falsch, hier hat sich ein Tippfehler eingeschlichen.

red.

Mündige Bürger

„Über den Tellerrand der Schrebergartenseligkeit“ M 3/2003

Ich bin mündiger Bürger. Und seit fast 30 Jahren Lokaljournalist. Wie wohl die meisten mit Herz und Verstand und mit andauernder Begeisterung. Weil ich meine mündigen Leser bei jedem Termin treffe und sie mir ihre Meinung zu meiner Schreibe sagen.

Deswegen, ja genau deswegen, brauchen meine Kolleginnen und Kollegen Lokaljournalisten sich nicht erzählen zu lassen, dass wir angeblich an den Lesern vorbeischieben. ... Wir schreiben über Gänseblümchen und Marienkäfer, wenn damit Naturschutz-Probleme gemeint sind. Ja wir schreiben über Glühwein, wenn damit die großen Feste mit Tausenden von Besuchern oder der Stand von amnesty international gemeint sind. ... Es gehört nicht zu den Hauptaufgaben der Lokaljournalisten, wiederzukäuen, was angeblich oder tatsächliche Experten über den Frieden allgemein oder den in Palästina oder Irak im besonderen auf ihrer Tournee von Friedensveranstaltung zu Friedensveranstaltung mehr oder weniger auswendig gelernt von sich geben. Das steht meist in der Tat im überregionalen Teil. ...

Und wir horchen auch in die Welt, ob da irgendwelche aus unserem Raum etwas besonders machen, wir versuchen lokale Betroffenheit zu nationalen (Arbeitsmarkt bis Dosenpfand) und internationalen Problemen (Schulden der Entwicklungsländer bis Bäume in Sabarkantha) mit lokalen Gesprächspartnern zu erzeugen und zu dokumentieren. Also das, was Horst Röper zu Recht fordert. Das ist unser „Denke global, handle lokal“

Hartmut Nolte, Minden

Titelthema:
Radio in der Krise

- 4 Radiomacher begreifen die Krise auch als Chance**
Unterschiedliche Rezepte in der anhaltenden Konjunkturlaute
Von Grace Pönitz
- 6 Praxisgerechtes Modell**
Tarifsekretär Matthias von Fintel über Mindeststandards im Privatradios
- 7 Lesenswerter Anachronismus**

Special

- 19 Bundeskonferenzen der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und der Fachgruppe Verlage und Agenturen in Halle**

Rundfunk

- 8 Den Virus ins Haus geholt**
Dudelfunk im Saarland zwischen Qualitäts- und Quotenkampf
- 9 Kleine Revolution**
Ein eigener Staatsvertrag für den Jugendmedienschutz

Print

- 10 taz gegen taz**
- 11 „Speyerer Morgenpost“ gut gestartet**
120 Arbeitsplätze erhalten
- 12 Kündigungswellen ohne Ende**
Konkrete Solidarität bei der „Badischen Zeitung“
- 13 Sinnentstellende Kürzungen**
Presserat zu Leserbriefen
- 14 Berlusconi von links?**
Streit um die Medienbeteiligungen der SPD
- 15 Keine Meldungen über 15 Kriege**
„Top Ten“-Liste 2002
- 16 Hochzeit mit verwirrenden Folgen**
Spekulationen beim Süddeutschen Verlag beendet
- 17 Beispielloser Angriff auf Lokalredakteur**
dju sieht Freiheit der Berichterstattung gefährdet

Buchrezension

- 18 Gegen die „regsame Selbsterblindung“**
Nützliches Standardwerk zum Thema: „arm und reich“

Urheberrecht

- 18 Doppelte Lizenzgebühr**
- 18 Heftiger Streit um Urheberrechtsreform**
- 18 12 Euro pro PC für Autoren und Fotografen**

Film

- 24 Realsatire pur**
Die Berlinale 2003 gab sich politisch ambitioniert
- 25 Cinema for Peace**
Friedens-Filmpreis für „No Man’s Land“
- 25 ver.di goes Berlinale**

Medien International

- 26 Cardosos letzter Report**
Mord-Prozess in Mosambik
- 28 Wer will, kann über alles schreiben**
Pressefreiheit in Pakistan
- 29 Spanische Polizei foltert Journalisten**
Baskische Zeitung verboten
- 29 Aktion für Angel Mario Ksheratto Flores**
- 30 Hungerstreik für Minderheitenradio**
Rechte aus EU-Charta eingefordert

Rubriken

- 31 Service/Seminare
- 33 Impressum
- 35 Leute/Preise

Titelbild:
Hermann J. Haubrich



Radiomacher begreifen die Krise auch als Chance

Unterschiedliche Rezepte in der anhaltenden Konjunkturflaute

Von Grace Pönitz

rechtliche Sender nahmen nur noch 897 Millionen Euro ein, im Jahr zuvor waren es mit 943 Millionen Euro noch drei Prozent mehr. Und im Höhenrausch des Jahres 2000 waren die Einnahmen sogar auf über eine Milliarde Euro angewachsen. Dass Radiomacher weniger jammern, glaubt der Vizepräsident des Verbandes Privater Rundfunk und Telekommunikation (VPRT) und Geschäftsführer von Antenne Thüringen, Hans-Jürgen Kratz, darin begründet, dass die anderen Medien ihre erste große Krise erleben, während die Radiomacher schon krisenerprobt seien. So stellen Verlagshäuser dann auch schon mal ihre crossmedialen Höhenflüge im Zeichen der Krise hintan und verabschieden sich wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ganz aus dem Radiogeschäft. Statt Sendernetz heißt es im Hellernhof wieder Konzentration auf das Stammgeschäft – und das ist die Zeitung. Dabei war das Wirtschaftsradio in Frankfurt erst im April 2002 gestartet. In München hatte man im Jahr zuvor „Focus“-Chef Helmut Markwort abhängen können. Der hat nach dem FAZ-Rückzieher in der bayerischen Landeshauptstadt auch abgewunken – zu viel Risiko, zu wenig Chancen auf Erfolg. Dennoch: so ganz hat Markwort seine Radiopläne nicht beerdigt, immerhin ist er als Geschäftsführer der Burda Broadcast an mehreren Sendern beteiligt und bewirbt sich momentan um eine Frequenz in Berlin. Auch ein anderer nutzte die Krise klar zum Wachstum: die RTL Group. Sie zog mit dem Kauf der Hörfunkbeteiligungen des Holtzbrinck-

Konzerns den beeindruckendsten Radio-Deal des vergangenen Jahres durch. Dass viele Radio als Chance begreifen, machen auch die 28 Bewerber um zwei Frequenzen in Berlin deutlich. Neben dem FAZ-Business-Radio wurde die Frequenz von Spreeradio ausgeschrieben, das nach einem jahrelangen programmlichen Schlingerkurs im vergangenen Jahr Insolvenz anmelden musste. Allerdings dämpft eine von der Medienanstalt Berlin-Brandenburg (MABB) in Auftrag gegebene Studie allzu hochfliegende Ambitionen: So sieht Gutachter Johannes Kors lediglich Platz für Spartenradios, die wegen der Wirtschaftlichkeit allerdings über einen bundesweiten Back-ground verfügen sollten. In anderen Ländern dürfte aufgrund der wenigen privaten Angebote größerer Spielraum herrschen.

■ Weniger Programme

Kratz vermutet, dass Lizenzrückgaben auch in diesem Jahr die Ausnahme bleiben, allerdings könnten nach seiner Prognose bis zu zehn Sender ins Minus rutschen. Offensichtlich bleibt die Frage schwierig zu beantworten, warum gut laufende Unternehmen in Zeiten voller Kassen nicht Geld auf die hohe Kante packen können für Zeiten wie diese. Noch ein Trend verstärkt sich zu Zeiten anhaltender Konjunkturflaute: Der Informationsanteil, ohnehin bei vielen Privatradios spärlich gesät, wird weiter ausgedünnt. Zwar sei der Wortanteil pro Forma stabil, doch ersetzen Service wie Wetter,

Fernsehturm am Berliner Alexanderplatz inmitten des härtesten Radiomarktes Deutschlands: Die meisten Fernseh- und Radioprogramme, in der Region Berlin-Brandenburg werden von hier abgestrahlt

Radio ist im Kommen, möchte man meinen. Immerhin stieg in den letzten zehn Jahren die durchschnittliche tägliche Hördauer in Deutschland um über eine halbe Stunde auf rund 200 Minuten. Über 230 Stationen buhlen inzwischen um die Gunst der Hörerinnen und Hörer. Der ARD-Vorsitzende Jobst Plog erkennt gar eine „Renaissance des Radios“.

Doch wirtschaftlich scheint das Hoch schwer durchzuschlagen: Radio hat auch zu Werbeboomzeiten den kleinsten Teil am Werbekuchen abbekommen. Im vergangenen Jahr lag er bei mickrigen drei Prozent der Bruttowerbeeinnahmen. Private wie öffentlich-

Foto: Santiago Engelhardt / images.de

Verkehr und mehr sowie eine Flut von Trailern die harten News, beobachtet Wille Bartz von connexx.av und verweist auf eine Hörfunkstudie in Niedersachsen, wonach der Informationsanteil auf kaum zu ertragende zehn Prozent im Vergleich zu 1987 eingestampft wurde. Dafür braucht man weniger Mitarbeiter. FFN habe beispielsweise vor fünf Jahren noch 170 beschäftigt, heute seien es lediglich 90. Hinzu kommt die Vorliebe vieler Sender, Volontären und Praktikanten ein Gros der Arbeit zu überlassen. Bemerkenswert bleibt, dass niemand eine ernsthafte Prognose für 2003 wagt. Nachdem viele bereits im vergangenen Jahr zumindest auf einen Aufschwung im dritten oder wenigstens im vierten Quartal hofften, scheinen jetzt auch die letzten Optimisten verstummt. Kratz verweist auf die vielen Faktoren: innenpolitisch seien keine Reformen in Sicht. Käme noch der Irak-Krieg, würde sich das in weiterer Kaufzurückhaltung bemerkbar machen. Er hofft, dass 2003 nicht schlechter als das Vorjahr wird. Seine Devise: „Stahlhelm aufsetzen und durch“. Noch befindet sich sein Sender im schwarzen Bereich. Aber nach 2001 ging der Umsatz

auch im Vorjahr wieder runter. Das letzte rote Jahr liegt aber länger zurück: 1994.

Die Rezepte gegen die anhaltende Konjunkturlaute sind unterschiedlich: Kratz steuert gegen, indem geplante Investitionen wie etwa für ein Verkaufssteuerungssystem oder der Umbau des Nachrichtensstudios aufgeschoben werden. Entlassen müsse er nicht, noch im Vorjahr hatte sogar er zwei Neue eingestellt. Auch fürs Große haben Kratz und der VPRT ein Heilmittel gefunden: die öffentlich-rechtliche Konkurrenz muss in ihre Schranken verwiesen und an ihren Grundauftrag erinnert werden. Auch die Hälfte der Hörfunksender der ARD wäre ausreichend, die wegfallenden Werbeeinnahmen der Verbleibenden könnten durch die Kostenumverteilung kompensiert werden.

■ Keine Kürzung bei Freien

Ohne auf diese Werbe-Diskussion einzusteigen, wird aus Kostengründen auch bei den Öffentlich-Rechtlichen über die Zahl der Programme laut nachgedacht. So geschehen mit dem neuen Intendanten des Hessischen Rundfunks, Helmut Reitze. Letztlich fand er einen

weniger rigorosen Weg, um seine ARD-Anstalt vor einem Fehlbetrag am Ende der Gebührenperiode zu bewahren. Wegen der Insolvenz der Taurus Film Produktion, an der der HR mit 60 Prozent beteiligt ist, muss Reitze zehn Millionen Euro abschreiben. Trotz kleinerer Abstriche am Hörfunketat wird es bei den sieben UKW-Wellen und dem achten Mittelwellensender bleiben. Um den Erfolg zu steigern, soll aber beispielsweise hr skyline von einem Wirtschaft- zu einem Nachrichtenradio umgebaut werden. Auch bei der Fusion von SFB und ORB zum Rundfunk Berlin-Brandenburg wird über die Zahl der Hörfunkprogramme debattiert. Sechs der teilweise schon gemeinsam gestalteten Wellen sollen fortgeführt werden. Die zwei Kulturwellen werden zu einer verschmelzen. ORB-Hörfunkdirektorin Hannelore Steer rechnet damit, dass der Etat im Wesentlichen unverändert bleibt. Das bedeute auch keine Kürzungen für die freien Mitarbeiter, deren Honorare einen großen Teil des Etats ausmachen. Und mit Blick auf die Einteilung der Rundfunkgebühren zeigt sie sich überzeugt, dass der wachsende Druck auf das Fernsehen – etwa ►

Zweimal zittern

Die Media Analyse (MA) weist regelmäßig die Reichweiten der wichtigsten Werbeträger aus. Dazu befragen sieben Marktforschungsinstitute in 61.629 repräsentativen Telefoninterviews die Kunden nach ihrem Medienkonsum. Für die Radiomacher ist der Leistungsnachweis zweimal im Jahr eine Zitterpartie. Laut MA 2003 Radio I (5.3.2003) ist die Hördauer von täglich 202 Minuten auf 199 gesunken. Männer liegen mit 206 Minuten vor Frauen (193). Vor allem die 30- bis 49-Jährigen sind mit täglich 230 Minuten absolute Radiofans. www.rms.de www.ard-werbung.de

durch kostenintensivere Zulieferungen für die Unterhaltungs-schiene des Ersten – nicht auf den Radiobereich abgewälzt werden kann. Auf die Werbezeiten der Öffentlich-Rechtlichen zielt auch der Geschäftsführer des Berliner Marktführers r.s.2, Carsten Neitzel. Er wiederholt seine Forderung, die Werbezeiten im öffentlich-rechtlichen Radio auf die hörschwachen Tageszeiten nach 18 Uhr zu legen. Neitzel erinnert daran, dass die Werbezeiten schlicht nach der Primetime im Fernsehen festgelegt wurden.

Dabei macht er sich nicht allzu große Hoffnungen, was den VPRT-Vorstoß zum Thema angeht. Die öffentlich-rechtlichen Sender seien den Ministerpräsidenten wohl doch sehr heilige Kühe. Immerhin müsste eine solche Änderung im Rundfunkstaatsvertrag abgesehen werden. Mit seinem eigenen Sender steht Neitzel nicht schlecht da: 2002 habe er wieder eine „Punktlandung hinbekommen“. Der Umsatz sank im Vergleich zu 2001 nur um 0,7 Prozent, das entspricht 167.000 Euro. „Wir gucken stärker denn je auf die eigenen Aufwendungen und überlegen, wieviel Werbedruck wo nötig ist.“

Jedoch lässt er sich wie alle anderen nicht wirklich in die Karten schauen. Zu den „wichtigsten und vernünftigsten Einsparungen“ zählt Neitzel die zurückgegebene DAB-Lizenz. Sein Ableger Rock IT war sogar auf Sendung. Fast alle Berliner und

Brandenburger Sender haben zurückgegeben, bevor sie hätten wirklich bezahlen müssen. Denn das erste Jahr im Regelbetrieb ging auf Kosten der Deutschen Telekom. Und Neitzel erfeut das Verständnis seitens der MABB über diesem Schritt. Seit 1995 lief das DAB-Pilotprojekt, seit November 2001 war es im Regelbetrieb. Die MABB schoss hier zwischen 36 Prozent in Berlin und 64 Prozent in Brandenburg zu, insgesamt im ersten Jahr 363.000 Euro. Bislang haben nur BB Radio und 104.6 RTL ihre DAB-Lizenzen nicht zurück gegeben, so Uwe Hense, Geschäftsführer der Gesellschaft zur Förderung der Rundfunkversorgung (GARV). Er beziffert die Kosten für einen Programmplatz in Berlin im Schnitt auf rund 43.000 Euro im Jahr.

■ Zeit für runden Tisch

Die Sender hätten ihren Schritt unter anderem mit Problemen bei den Werbeeinnahmen begründet. Bundesweit, so der bayerische Rechnungshof, gebe es lediglich 15.000 DAB-Geräte. Nach Hense dürfte es bestimmt das Doppelte sein, was dennoch nicht für die Durchsetzung der Technik spreche. Der Chef der Thüringischen Landesmedienanstalt, Victor Henle, fordert deshalb einen Schnitt, zumindest was die öffentliche Förderung angeht. So flossen laut „Süddeutscher Zeitung“ 72 Millionen Euro von EU und Bund, mehr als 70 Millionen von

den Ländern und rund 80 Millionen an Gebührenmitteln der ARD in die auserkorene Zukunftstechnologie. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Kurt Beck, hat einen Runden Tisch vorgeschlagen. Der sollte alle Beteiligten schon im November vereinigen und ist jetzt auf März verschoben. Der ARD-Vorsitzende Plog, der schon mal von „Investitionsruinen“ sprach, will ihn zur IFA. Da könnte schon alles zu spät sein. In der Hauptstadtregion fließt das DAB-Geld derweil in das terrestrische Digitalfernsehprojekt. Dort wäre Platz für Radioprogramme, solche wie das NDR-Programm N-Joy, Radio 1 oder das SFB-Integrationsprogramm Multikulti waren schon im Pilotprojekt. Klar ist, auch der Hörfunk muss digitalisiert werden, manch ein Landesmediengesetz hat das sogar zeitlich verankert. Skeptisch steht Hense allerdings Projekten wie der digitalisierten Mittelwelle gegenüber, weil hier noch die Rahmenbedingungen fehlten, die eine internationale Konferenz erst noch schaffen will. Zudem könnte auf einer Frequenz nur ein Programm abgestrahlt werden – obgleich das dann „klar wie die Callas“ rüber kommt, wie Ohrenzeuge Neitzel zu berichten weiß. Und ähnlich wie bei DAB käme laut Hense das Problem der Empfangsgeräte neben dem der „nicht mehr so üppigen Mittelwellen-Frequenzen“ hinzu. ■

Praxisgerechtes Modell

Tarifsekretär Matthias von Fintel über Mindeststandards im Privatrado



Foto: Chr. v. Polentz/transit

„Mit Stolz verkünden ver.di und Tarifverband Privater Rundfunk (TPR), dass sie für dieses Jahr eine Gehaltserhöhung von 2,2 Prozent vereinbart haben. Ist das nicht Augenauswischerei angesichts der Tatsache, dass das nur für eine Minderheit von einem halben Dutzend Privatsendern (in Deutschland gibt es mindestens 185!) in wenigen (drei?) Bundesländern, gilt?

Matthias von Fintel: Nein, ist es nicht, denn direkt und indirekt sind viele andere Sender von diesem Tarifabschluss betroffen. So werden zum Beispiel Mitarbeiter von n-tv direkt über einen Haustarifvertrag von dem Abschluss profitieren. Auch in anderen Sendern wird der Abschluss, wenn auch mittelbar zu Tarifierhöhungen bei den Beschäftigten führen.

„Einige Sender haben den TPR unlängst verlassen. Ihnen „droht“ ver.di nun mit Haustarifverhandlungen und Gehaltsabschlüssen in gleicher Höhe. Wie realistisch ist, das durchzusetzen?

Drohung ist in diesem Zusammenhang das falsche Wort. Die Beschäftigten der drei Sender, die noch kurz vor Jahresende aus dem TPR ausgetreten sind, haben ganz selbstverständlich Anspruch auf eine branchengerechte Gehaltserhöhung. Das heißt, auch in diesen Sendern werden jetzt von den Beschäftigten in Zusammenarbeit mit ver.di Tarifverhandlungen vorbereitet. Deren Tarifforderungen sehen in aller Regel vor, dass diese jetzt beschlossenen Tarifveränderungen umgesetzt werden und damit kein Abkoppeln der ausgetretenen Sender von der Branchenentwicklung erfolgt.

„Sind Flächentarifverträge, etwa der „vorbildliche Manteltarif“ für die TPR-Minderheit, im sehr heterogenen deutschen Privatrado überhaupt sinnvoll und was haben denn die Beschäftigten und was haben die Sender von Flächentarifverträgen?

Das TPR-Tarifwerk ist tatsächlich fortschrittlich, auch wenn es schon über zehn Jahre alt ist. So sehr hat sich die Radiolandschaft in der Zwischenzeit gar nicht verändert. Sicher, es gibt heute andere Unternehmens- und vor allem Gesellschaftsstrukturen – die ganze Kirchpleite ist allen ein Begriff. Aber das Tarifwerk hatte schon seinerzeit, und das ist immer noch aktuell, eine sinnvolle Unterscheidung zwischen Sendern nach Verbreitungsgebiet vorgenommen. Darüber hinaus sieht der Tarifvertrag ein sehr praxisge-



Foto: Christian v. Polentz / transit

fast austauschbar. Die Landesmedienanstalten können außerdem über die Lizenzvergabe von den jeweiligen Privatradioveranstaltern die Einhaltung tariflicher Mindeststandards einfordern – ähnlich wie es bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen der Fall ist. Der TPR-Tarifvertrag wird dann die Richtschnur bei der Kontrolle durch die Landesmedienanstalten sein.

Das Gespräch führte Karin Wenk ■

Radio sender Fritz des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB), Moderatorin Marion Pink Pank

rechtes Modell der Eingruppierung und Vergütungsstufen vor. Das ist offenbar so sachgerecht, dass es zum Beispiel im Rahmen von Haustarifverhandlungen bei dem Fernsehsender RTL ohne wesentliche Änderungen übernommen wurde. Und Flächentarifverträge sind gerade in der privaten Medienbranche äußerst sinnvoll. Denn häufig sind die Werbemärkte viel weniger regional, als das vielleicht von manchem gesehen wird. Sender, die nicht im Tarifverband organisiert sind, verschaffen sich eventuell Wettbewerbsvorteile, indem sie Mitarbeiter zu schlechteren Bedingungen beschäftigen. Aber das ist sehr kurz gedacht und auf Dauer wird sich das auf die Qualität auswirken und die Marktchancen entsprechend negativ beeinflussen.

Übrigens das seit Jahren gepflegte geflügelte Wort: Privatsender würden viel schneller, moderner und flexibler arbeiten können, was wiederum Beschäftigte von den Öffentlich-Rechtlichen zu den Privaten treibe, gilt längst nicht mehr. Zu beobachten ist eine eher gegenläufige Tendenz: Beschäftigte sind von den unregulierten und lebensfremden Bedingungen in manchen Privatsendern derart gefrustet, dass es sie zu den Öffentlich-Rechtlichen zieht. Und gute Leute sind dort natürlich auch willkommen. Außerdem werden erfolgreiche Radiomacher gerade in sehr wettbewerbsintensiven Gebieten von den Privatsendern gegenseitig ab- bzw. weggekauft. In solchen Fällen können Tarifverträge auch im Interesse der privaten Senderbetreiber durchaus heilsame Wirkungen haben.

Dennoch gibt es doch große Unterschiede zwischen lokalen, regionalen, nationalen Sendern bzw. Senderketten und kleinen Spartensendern mit geringen Werbeeinnahmen?

Die Differenzierung von verschiedenen Sendergrößen hat durchaus in diesen Tarifvertrag Einzug ge-

funden, das eben macht seine Modernität aus. Vor allem aber muss sich auch jeder lokale Sender gegenüber jenen, die ein größeres Verbreitungsgebiet haben, durch Qualität und Professionalität behaupten im Musik- wie im redaktionellen Bereich. Letztlich gilt: Überall arbeiten Mitarbeiter engagiert und haben ein Anrecht auf ordentliche Entlohnung, geregelte Arbeitszeit und Urlaub. Warum sollen die entsprechenden Basiswerte nicht einheitlich sein? Ein Tarifvertrag setzt auch nur Mindeststandards, verhindert sozusagen Lohn- und Sozialdumping – die reicheren Sender dürfen und sollen den „Tarif-Mittelwert“ ruhig überschreiten. Außerdem schreiten Konzentrationsprozesse voran wie jüngst die RTL-AVE-Übernahme zeigt, und es ist nicht einzusehen, dass ein Anteilseigner die Leute in 20 seiner Sender extrem unterschiedlich bezahlt.

Welche Rolle könnten etwa die 15 deutschen Landesmedienanstalten als regionale Lizenzgeber und Aufsichtsbehörden für Privatrado bei der tariflich-sozialen „Befriedigung“ der Privatsenderszene spielen?

Eine wichtige Aufgabe der Landesmedienanstalten wird in Zukunft darin liegen, die Qualität der Sender auf einen kritischen Prüfstand zu stellen. Die derzeitige Tendenz, am Inhalt sowohl bei den Wort- als auch bei den Musikbeiträgen zu sparen, führt zu einer Verflachung der Programme. Die unterschiedlichen Hörerinteressen werden kaum noch befriedigt. Das ist das Gegenteil von dem, was mit einem zweiten, dem privaten Segment, in der Rundfunklandschaft erreicht werden sollte. Mit dem dualen System ging es ja gerade um einen Strauß verschiedenster Programmangebote für den Medienkonsumenten. Derzeit hat man jedoch den Eindruck, viele Programme der privaten Radiosender in Ballungsräumen sind

Lesenswerter „Anachronismus“

Es gibt Fragen, die im Medienalltag der Bundesrepublik untergehen.

Etwa: Wie viele Computer gibt es in Afrika und wie werden sie von wem genutzt? Welche Rolle spielen Presse und Rundfunk im täglichen Leben des „schwarzen Kontinents“? Wer darauf Antworten sucht, findet sie kaum in Zeitungen und Zeitschriften oder gar in Fernseh- und Rundfunk-sendungen hierzulande. Selbst auf den sich wandelnden Medienseiten dominieren eher die Raabs und die Mochtetern-„Superstars“, auf Computerseiten eher die neueste High-Tech. Die Lücke füllt jetzt – wenn auch nicht vollständig – die durchaus lesenswerte Broschüre „Radio in Afrika“. Auf 60 anspruchsvoll gestalteten Seiten kommen ein Dutzend Autoren zu Wort, schildern ihre Erfahrungen und Erwartungen, analysieren scharfsinnig, geben Denkanstöße und unterbreiten so manch praktikablen Vorschlag. Zwar hat auch des Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) die Broschüre gesponsert, doch der eigentliche Anstoß ging vom DGB-Bildungswerk und seinem Nord-Süd-Netz aus. Mit Unterstützung des KomTech-Instituts und der UNESCO hatte es im März 2002 etwa 35 Experten aus 15 Ländern zu einer Tagung eingeladen. Das Ergebnis ist diese Broschüre, in deren Vorwort DGB-Bildungswerk-Chef Dietmar Hexel einräumt, gleich zweifach „Anachronismen“ zu bedienen – angesichts New-Economy-Hype und des „Blackout“-Kontinents Afrika. Beides sei aber „bewusst gewählt und gesucht“ – eben als spezifischer Gewerkschaftsbeitrag zur Globalisierung. how



Radio-Kommunikation in Afrika
Redaktion: Jörg Becker und Werner Oesterfeld
Düsseldorf: DGB-Bildungswerk 2002.
Bezug DGB-Bildungswerk,
Hans-Böckler-Str. 39, 40476 Düsseldorf.

Der Autor Jörg Becker ist neben zahlreichen anderen Veröffentlichungen auch durch seine gemeinsam mit Daniel Salamanca im KomTech-Report 27/2001 veröffentlichte Studie „Entwicklungspolitische Fachzeitschriften. Eine Markanalyse“ bekannt. In Nr. 3/2002 der Zeitschrift „Entwicklung + Zusammenarbeit“ (E+Z) behauptete der verantwortliche Redakteur Reinhold E. Thiel in einer Rezension, dass es sich dabei um eine Gefälligkeitsstudie handelte, die auf eine Idee von epd-Entwicklungspolitik zurückgehe. Das KomTech-Institut verklagte Thiel auf Unterlassung dieser Bewertung und hatte damit Erfolg. Unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 250 000 Euro oder einer Ordnungshaft bis zu sechs Monaten verbot das Landgericht Köln diese Meinung weder wörtlich noch sinngemäß zu wiederholen.



Foto: Saarländischer Rundfunk / T. Gundelwein

Den Virus ins Haus geholt

Dudelfunk im Saarland zwischen Qualitäts- und Quotenkampf

Das Symphonie-Orchester des Saarländischen Rundfunks. Wird es der institutionellen Trennung von Einschaltquote und „Bildung und Kultur“ zum Opfer fallen?

Unter dem Motto „Dudelfunk auf allen Wellen? Die Zukunft der saarländischen Radiolandchaft zwischen Qualitätsanspruch und Quotenkampf“ hat die ver.di-Betriebsgruppe beim Saarländischen Rundfunk (SR) eine brisante Diskussion organisiert. Aus Neutralitätsgründen moderierte TV-Mann Wolfgang Wirtz-Nentwig.

Mit der Einführung von „Format“-Radios wurde die grundlegende Veränderung eines Mediums vollzogen. Seit das Radio Trendsetter wurde, meinen Experten eine Anpassung der Qualität nach unten festzustellen. Das Radio ist ein ta-

gesbegleitendes Medium – zur Vertiefung eines Themas benutzt man die Tageszeitung. Nach Ansicht von Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk war Radio in Deutschland früher „staatstragender“ – erst mit den Privaten habe man sich „den Virus ins Haus geholt und Quote zum Hauptkriterium gemacht“.

Für den Medienpsychologen an der Universität des Saarlandes eine Situation, welche die öffentlich-rechtlichen Anstalten plötzlich in eine Lage versetzte, „als wenn der Vatikan Präservative herstellen würde“. So weist SR-Programmdirektor Dr. Hans-Günther Brüske vehement die Kritik am Kulturprogramm SR2 zurück: Wer schimpft, „versündigt“ sich an einem anspruchsvollen Programm, das unter der Woche zwei Prozent Höreranteil hat – immerhin 20.000 Hörer, wie eingeworfen wird.

Ungenutztes Info-Angebot

Geht es um Quote statt Qualität, kann im Saarland „Radio Salü“ ohnehin niemand das Wasser reichen. Der Privatsender („Die neuesten Hits und das Beste aus den 80ern“) ist mit deutlich über 30 Prozent klarer Marktführer – „bei einem Etat von 6 Millionen Euro jährlich gegenüber 125 Millionen Euro beim Saarländischen Rundfunk“, wie Salü-Geschäftsführer Jan-Michael Meinecke nicht müde wird, zu vergleichen. Ein Vergleich, der hinkt, ist doch der öffentlich-rechtliche Output anders als beim Ein-Frequenz-Sender Salü mit den SR-Programmen 1 bis 4 plus dem Jugendsender „Unser Ding“ plus einem ausgedehnten TV-Bereich in Masse und Klasse sehr ordentlich. „Früher war’s ein Deal: Die Öffentlich-Rechtlichen haben Geld, um Programm zu machen, die Privaten haben Programm, um Geld zu machen“ – eine Spitze des Moderators, die Salü-Chef Meinecke bestätigt: „Quote ist für uns Qualität.“ Dennoch fahre Radio Salü Informationsanteile „nicht systematisch“ zurück, behauptet Meinecke. Eine in der Detail-Analyse wohl kaum haltbare Aussage, zumal sie die starke inhaltliche Kritik ignoriert – Salü hat keinerlei monothematische Sendungen im Programm, und in der Berichterstattung werden vom „O-Ton“ abweichende Darstellungsformen wie Features, Kommentare, Portraits, Diskussionen seit je her vermisst.

Was kann sich der SR noch leisten? „Es gibt ein Rundfunk-Symphonie-Orchester, das sehr viel Geld kostet. Ich bin nicht bereit, alles im Angebot zu halten, so dass die Qualität leiden muss.“ Brüske hat Glück, dass gerade keine Musiker im Saal sind, findet aber sogar

Beistand in der Person von Prof. Dr. Peter Winterhoff-Spurk. Der Wissenschaftler tritt schon länger für eine institutionelle Trennung der im öffentlich-rechtlichen Hybrid-System vereinten Modelle „Einschaltquote“ und „Vermittlung von Bildung und Kultur“ ein. Eine Trennung immerhin, die das Weiterbestehen öffentlich-rechtlichen Rundfunks dauerhaft sichern könnte. Eine Trennung allerdings, die Programmdirektor Brüske nicht schmeckt: „Ich brauche und will Zuspruch – was nützen Nachrichten um 16 Uhr, die keiner hört?“ In Zahlen ausgedrückt, möchte Brüske mit seinem Vorzeige-Programm SR 1 die 30-Prozent-Hürde nehmen. Gleichzeitig spart SR 1 ein, um SR 2 und 3 „vor Einschnitten zu bewahren“.

SR-Redakteur Uli Möhler, ehrenamtlicher ver.di-Vorsitzender im Saarland, würzt die Diskussion mit Insider-Wissen. Er sei erfreut, sagte Möhler, dass es bei SR 1 keine Kürzung im Info-Bereich gegeben habe und das SR-Fernsehen gar eine „Info-Offensive“ plane. Sein Einwand, gerichtet an den Programmdirektor: „Das glauben wir nicht, weil Kollegen Statistik geführt haben!“ Bereits seit 1999 habe der SR im Informationsbereich kräftig abgebaut: „Radio-Report, Abendmagazin, Infozeit – alles ersatzlos gestrichen.“ Der Nachrichtensprecher befürchtet, dass zukünftig überregionale Nachrichten lediglich in Form von 6–8-Zeilen-Meldungen stattfinden. „Information ist nicht nur Uhrzeit und Wetter“, gibt Möhler zu bedenken. Durch das Korrespondenten-Netz der ARD habe der SR „kostenlosen Zugang zu viel mehr Angeboten“. Brüskes Erwiderung, eine Nachricht müsse ja „nicht immer von einem Journalisten behandelt werden“, kontert Moderator Wolfgang Wirtz-Nentwig mit der Frage, ob er statt dessen an eine Putzfrau denke. Für ihn, der als „neutraler“ Fernseh-Redakteur und Moderator die Diskussion leitet, stellt sich die Frage nach einer Vision für die Sender: „Aldi oder Feinkost Wiesinger?“

Nächster Clou in Sicht

Hans-Günthers Brüskes Wunsch nach „einem gut sortiertem Aldi“ wird allerdings kaum in Erfüllung gehen. Dudelfunk-Trendsetter und Saarland-Marktführer Radio Salü hat bereits den nächsten Clou im Blickfeld: „Salü Gold“, ein Oldie-Radio für das Saarland, läuft seit Januar 2003 digital über DAB, die Chancen auf eine zusätzliche UKW-Frequenz stehen nicht schlecht. Na, das klingt jetzt aber mehr nach „Rudis Reste Rampe“.

Thomas Schulz ■

Kleine Revolution

Ein eigener Staatsvertrag für den Jugendmedienschutz

Für Jugendschutz in den Medien sind Politiker immer gern zu haben. Um differenzierte Darstellungen bemühen sie sich dabei selten. Kinder gut, Medien schlecht: Fertig ist das schlichte Weltbild.

Jugendliche werden straffällig? Klarer Fall: Schuld ist das Fernsehen. Oder der HipHop. Oder Computerspiele. Im Zweifelsfall ohnehin alle zusammen. Düster prognostizierte Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber im Herbst 2001, das Thema werde „eine ähnliche Dramatik bekommen wie die innere Sicherheit“. Ein halbes Jahr später bestätigte der Amoklauf eines jungen Mannes in Erfurt Stoibers Vermutung nachhaltiger, als dem Politiker lieb gewesen sein dürfte.

Trotzdem hat sich der Wind gedreht. Plötzlich reden Politiker von Liberalisierung und Stärkung der Selbstkontrolle. Offenbar hat sich endlich herumgesprochen, was Jugendschützer schon lange beklagen: Die hiesige Regulationswut war bislang einmalig. Für jedes neue Medium wurde ein eigenes Gesetz erlassen; und eine Behörde, die die Einhaltung dieses Gesetzes überwacht, gleich dazu. Da ständig neue Medien aufkamen, gab es schließlich derart viele Gesetze und Behörden, dass selbst Experten den Überblick verloren hatten.

Umstrittene Selbstkontrolle

Mit dem Jugendmedienschutz-Staatsvertrag, der am 1. April 2003 in Kraft tritt, soll der Paragrafendschungel gelichtet werden; zumindest in einem ersten Schritt. Seit Jahren fordern Jugendschützer, die Jugendschutzbestimmungen in einem Gesetz zusammenzufassen. Bislang scheiterten die diversen Reformvorschläge an der zersplitterten Zuständigkeit: Mal fiel ein Medium in die Kompetenz der Länder, mal war der Bund zuständig; für gleiche Inhalte galten unterschiedliche Maßstäbe.

In dem neuen Gesetz werden hingegen alle Online-Medien, also Fernsehen, Hörfunk, Teledienste und Mediendienste, gemeinsam erfasst.

Zweite große Neuerung: Die Selbstkontrolle wird gestärkt. Aus just diesem Grund betrachtet man das Reformmodell bei den Landesmedienanstalten mit „prinzipieller

Sorge“, denn die Position der Freiwilligen Selbstkontrolle Fernsehen (FSF) ist nicht unumstritten: Die FSF, ein von Privatsendern wie RTL und Sat 1 gegründeter Verein, ist von den eigenen Mitgliedern regelmäßig umgangen worden, weil die Sender kritische Produktionen wie etwa selbstproduzierte Fernsehfilme („Die heilige Hure“, RTL) gar nicht erst zur Begutachtung vorgelegt haben. Deshalb haben sich vor allem die Landesmedienanstalten gegen eine Aufwertung der FSF gewehrt. Wolle man die Selbstkontrolle in diesem Bereich stärken, fordert ein führender Mitarbeiter einer Landesmedienanstalt, müsse erst mal der Einfluss der Sender drastisch sinken. Weil die Landesmedienanstalten trotz reichhaltiger Erfahrungen beim Entwurf des Staatsvertrages überhaupt nicht zu Rate gezogen wurden, gibt es in ihren Kreisen Mitarbeiter, die das neue Gesetz für „ein Machwerk“ halten, erlassen von Menschen, „die offenbar keine Ahnung von der Materie haben“; den Jugendschutz werde man „auf gar keinen Fall aus der Hand geben“.

Soweit ist es dann auch nicht gekommen, obwohl es zwischenzeitlich so aussah. Die Selbstkontrollgremien werden von einer zentralen „Kommission für Jugendmedienschutz“ (KJM) beaufsichtigt. Gerade über die Zusammensetzung dieser Kommission gab es einen heftigen Streit zwischen Staatskanzleien und Landesmedienanstalten. Letzere entsenden, wie es im neuen Staatsvertrag heißt, „sachverständige Direktoren“ in die KJM. Einer von ihnen übernimmt den Vorsitz. Eine Mehrheit ist jedoch nicht vorgesehen: „Die Besetzung mit Direktoren soll mindestens paritätisch mit anderen Sachverständigen erfolgen“. In den Staatskanzleien gibt es durchaus Stimmen, die dieses „mindestens“ als „höchstens“ interpretiert wissen wollen.

Was unter „Missbrauch“ zu verstehen ist

Die für hiesige Verhältnisse fast schon revolutionäre Innovation besteht jedoch darin, dass selbst die KJM nur noch eine „Vertretbarkeitskontrolle“ durchführt. Bislang haben sich Landesmedienanstalten und FSF immer wieder darüber gestritten, ob ein Glas halb voll oder halb leer sei. In Zukunft wird jedoch nur noch der Missbrauch kontrolliert. Eingeschritten wird

allein dann, wenn gegen Verbote (zum Beispiel NS-Propaganda) und Verbreitungsbeschränkungen (Pornografie) verstoßen wird. Oder, um im Bilde zu bleiben: wenn ein Glas ganz offensichtlich leer ist. Sollten sich solche Fälle wiederholen, gibt es ein wirkungsvolles Druckmittel: Wenn etwa der FSF das Gütesiegel entzogen wird, dürfte sie wohl auch rasch ihre Mitglieder verlieren.

Endlich Planungssicherheit

Die TV-Sender wiederum haben endlich Planungssicherheit. Ein Gutachten der FSF, so das Senderargument, sei bis zum 1. April 2003 bedeutungslos gewesen, denn als Sender habe man stets damit rechnen müssen, dass die Landesmedienanstalten eine Sendung nach der Ausstrahlung nochmals prüfen und zu einem anderen Ergebnis kämen. Davon abgesehen aber hat sich die FSF als Einrichtung bewährt, zumal ihre Unabhängigkeit außer Zweifel steht: Die Prüfgrundsätze sehen vor, dass ein Prüfer nicht im Umfeld eines der Mitgliedssender beschäftigt sein darf.

Tilmann P. Gangloff ■

Verein „Internet ABC“

In Düsseldorf wurde der „Verein Internet-ABC“ gegründet. Mitglieder sind zunächst zehn Landesmedienanstalten. Zweck des Vereins ist es, die Erziehung zur sicheren und kompetenten Nutzung des Internets zu fördern. „Wir wollen einen wichtigen Beitrag zum Jugendmedienschutz im Internet und zum chancengleichen Zugang zur Bildung von Kindern leisten“, so die neue Vorsitzende Mechthild Appelhoff, Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LFM). Der Verein führt die Internet-Plattform www.internet-abc.de fort.

Trauer nach der Schulkatastrophe in Erfurt



Foto: Sean Gallup / VISUM

taz gegen taz

Weil die Berliner Geschäftsführung die Redaktionen in Bremen und Hamburg fusionieren und anschließend outsourcen will, glauben die Hamburger taz-Mitarbeiter, dass die taz sich auf Kosten ihrer Lokalteile sanieren will. Sie befürchten mittelfristig das Aus.

Auf der Eingangstür der taz Hamburg kleben zwei Zettel. Einer ist ein gemeinsames Solidaritätsschreiben der beiden Journalistenverbände dju (Deutsche Journalisteninnen- und Journalisten-Union) und DJV (Deutscher Journalistenverband). Auf dem anderen haben mehr als 75 Hamburger Journalisten eine Resolution der dju in ver.di unterschrieben, in der sie gegen die Pläne der Berliner taz-Geschäftsführung votieren, die Lokalteile Hamburg und Bremen zusammenzulegen. „Ohne eine kompetente Hamburg-Redaktion wird kaum jemand die taz in Hamburg weiter lesen“, sagt Fritz Gleiss, dju-Vorsitzender in Hamburg. „Und ohne die taz verödet die Hamburger Presselandschaft noch mehr zu einer reinen Springer-Domäne.“

Zwei Seiten pro Stadt

Hintergrund des Protestes sind Beschlüsse der Geschäftsführung, wonach künftig statt zwei eigenständiger Lokalteile mit täglich mindestens vier Seiten eine gemeinsame Nord-Ausgabe mit jeweils nur noch zwei Seiten pro Stadt produziert werden soll. Anfang Februar hat der Aufsichtsrat der Genossenschaft die Pläne abgesegnet. Dadurch sollen Kosten, vor allem im Personalbereich, gespart werden. „Das ist eine irre Vorstellung aus Berlin, die den schleichenden Tod beider Lokalteile zur Folge haben wird“, sagt Betriebsrat Kai von Appen, mit fast 20 Jahren Betriebszugehörigkeit dienstältester Redakteur in der Hamburger taz. „Keine andere Zeitung mutet ihren Lesern einen Lokalteil aus einer 120 Kilometer entfernten Stadt zu. Das will doch keiner lesen.“ Seine Vermutung: „Es geistert schon lange das Gerücht herum, dass die taz sich auf ihre Kernbereiche zurückziehen und auf Kosten der Lokalteile sanieren will.“

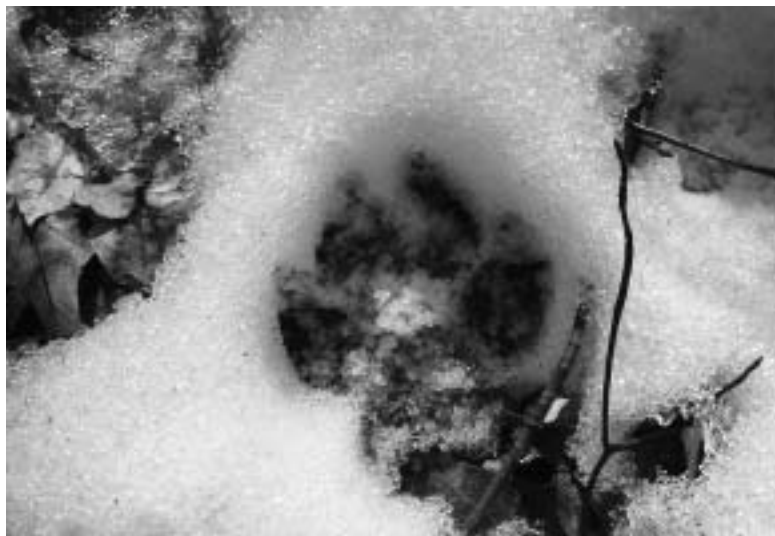


Foto: Petra Dreßler

Da passe auch das ebenfalls schon auf den Weg gebrachte Konzept einer neu zu gründenden Beteiligungsgesellschaft hinein, in die neben den beiden Nord-Ablegern der Lokalteil in Nordrhein-Westfalen, die „Digitaz“ und „Le Monde Diplomatique“ outsourct werden sollen. „Wir wollen eine Entwicklungsgesellschaft mit steuerrechtlichen Vorteilen für Anleger gründen“, bestätigt taz-Geschäftsführer Andreas Bull. „Die wird die Hamburger taz-Mitarbeiter allerdings wesentlich besser als jetzt stellen.“ In Hamburg vermutet man Anderes. „Die Berliner wollen uns keine Rückkehrgarantie in die Mutterfirma einräumen, so dass wir im Falle des Scheiterns auf der Straße stehen“, sagt Markus Scholz, seit fünfzehn Jahren Fotograf im Hamburg-Teil. „In anderen Firmen ist das Rückkehrrecht üblich, bei der taz nicht.“ So spare man sich einen Sozialplan, meint von Appen: „Das Abwickeln allein der taz Hamburg kostet nach ersten Schätzungen eine halbe Million Euro. Ist die neue Steuerabschreibegesellschaft pleite, haben die Mitarbeiter keinen Schutz mehr.“

Falsche Lesart

Die taz, die ihren Lesern in Form einer Genossenschaft mit 5.200 Anteilseignern und einem Kapital von fünf Millionen Euro gehört, schreibt ein jährliches Minus von etwa 500.000 Euro. „Wir müssen sparen“, sagt Geschäftsführer Bull. „140.000 Euro Verlust sind allein im vergangenen Jahr in Hamburg angefallen.“ Eine Lesart, die die Hamburger nicht teilen. „Wir erhalten von den Berlinern eine so genannte Transfersumme, die dies willkürlich festlegen und die den Einnahmen im Norden nicht entspricht. 50 Prozent unseres Etats er-

Verschmelzen oder Niedertrampeln, das ist hier die Frage ...

zielen wir mit eigenen Anzeigen“, meint Betriebsrat von Appen. „Das sollen die Berliner uns erstmal nachmachen.“ Tatsächlich bestreitet die Gesamt-taz ihre Umsätze zu etwa 85 Prozent aus Vertriebs- und lediglich 15 Prozent aus Anzeigenerlösen.

Gestörtes Verhältnis

„Die Hamburger leben schlechter als wir, das wissen wir doch“, sagt Geschäftsführer Andreas Bull. Er bestreitet die Befürchtungen aus Hamburg: „Das Konzept einer überregionalen Tageszeitung mit starken Lokalteilen hat sich bewährt und steht nicht in Frage.“ Man wolle jetzt gemeinsam mit den betroffenen Lokalredaktionen Schritte aus der Krise entwickeln. Doch die 25 Hamburger fühlen sich übergangen. „Die Entscheidungen sind ohne unsere Vorschläge und ohne unser Gehör gefallen“, sagt Markus Scholz. „Das Verhältnis zwischen Berlin und Hamburg ist gelinde gesagt ziemlich gestört.“ Daher suchen die Hamburger jetzt Unterstützung bei den Gewerkschaften – ein Novum in der Geschichte der linksalternativen taz. Eine gemeinsame Tarifkommission der Gewerkschaften ist gebildet worden, um mit der Geschäftsführung in Berlin einen Haustarifvertrag zur Beschäftigungssicherung zu verhandeln. Zudem mobilisieren die Hamburger ihre Leser und Genossenschaftsmitglieder mit Berichten über die Auseinandersetzungen mit Berlin. 25 Prozent der Gesamtauflage verkauft die taz in Bremen und Hamburg. „Wenn es keine anständigen Lokalteile mehr gibt, springt ein Großteil der Leser ab und dann gerät die gesamte taz in einen Abwärtsstrudel“, meint Kai von Appen. „Das müssen die Leser verhindern.“

Jörn Breiholz ■

„Speyerer Morgenpost“ gut gestartet

Tradition einer Regionalzeitung fortgeführt – 120 Arbeitsplätze bleiben erhalten

Speyer hat wieder zwei Tageszeitungen. Die neue „Speyerer Morgenpost“ setzt die 50-jährige Tradition der zum Jahresende eingestellten „Speyerer Tagespost“ fort. Rund 120 Arbeitsplätze von festen und freien Mitarbeitern konnten so erhalten bleiben.

Der Versuch der Ludwigshafener „Rheinpfalz“, ihre Lokalausgabe „Speyerer Rundschau“ zur Monopolzeitung der knapp 50.000 Einwohner großen Domstadt zu machen, schlug fehl.

Mit 3000 Abonnenten ging es am 2. Januar los, mit neuem Mantel, neuem Verleger und neuem Redaktionsleiter. Der Start ist geglückt. Bis Ende Januar stieg die Zahl der Abonnenten bereits auf gut 4.000. „Unser Ziel sind 5.000, dann schreiben wir schwarze Zahlen“, so der erst 39-jährige Verleger Wolfgang Martin. Als Geschäftsführer des bereits 1883 im nahe gelegenen hessischen Viernheim von seinem Großvater gegründeten Verlags Johannes Martin weiß er, wie man auch mit kleinen Auflagen Gewinne machen kann.

Zum Beispiel mit dem „Viernheimer Tageblatt“. Martin: „Mit 5.700 verkauften Exemplaren sind wir die führende Zeitung am Ort und schreiben trotz schärfster Konkurrenz schwarze Zahlen.“ Selbst 2002 habe die Zeitung „ein Plus von sechs Prozent (gemacht) – und das in einem Jahr der wirtschaftlichen Depression.“ Mit Anzeigenverlusten hat er nicht zu kämpfen „Auf dem Sektor, der den großen

Verlagen jetzt weg gebrochen ist, haben wir sowieso keine entscheidenden Umsätze erzielt, so dass wir hier auch keine Verluste hinnehmen mussten.“

Viernheimer Verlag brachte die Rettung

Auch zwei Anzeigenblätter, die der Verlegerfamilie gehören, und Beteiligungen an zwei weiteren Heimatzeitungen werfen gute Gewinne ab, so gute, dass Martin vor drei Jahren die Mannheimer Traditionsdruckerei Bertschmann kaufen und eine neue Rotation aufstellen konnte. Dort wird seit kurzem auch die „Speyerer Morgenpost“ gedruckt. Der Mantel kommt von der Redaktionsgemeinschaft deutscher Heimatzeitungen in Gießen.

Genauso zufrieden ist Redaktionsleiter Helmut Weiß: „Im Sport sind wir führend, im Lokalteil nicht abgehängt“, so sein Fazit nach den ersten vier Wochen. Kein Wunder: Seine vier jungen Redaktionsmitglieder – die Redakteure Susanne Mertel und Andreas Böhm (Sport), Fotograf Klaus Venus und Volontär Stephan Alfter – waren schon bei der „Tagespost“ ein eingespieltes Team. Und Weiß ist mit 30 Berufsjahren ein Alter Hase, der zwar nicht bei der „Tagespost“ war, aber Speyer wie seine Westentasche kennt: Seit 18 Jahren berichtet er freiberuflich aus der Region in Wort und Bild.

Zusammen machen die fünf täglich sieben Lokalseiten, eine Regionalseite und zwei Terminseiten. Ein

gutes Dutzend ständiger freier Mitarbeiter, das auch schon bei der „Tagespost“ dabei war, hilft dabei. Ihre Honorare seien „unterschiedlich, aber genauso hoch wie früher bei der Tagespost“, so Redaktionsleiter Weiß zu „M“. Bleibt noch nachzutragen, dass das Ende der „Tagespost“ – in besten Zeiten hatte sie 8.000 Abonnenten, zuletzt 5.500 – nicht über Nacht kam. Es begann eigentlich schon 1999. Der ortsansässige Klambt-Verlag verkauft seine 1952 gegründete Traditionszeitung an den „Mannheimer Morgen“, der schon seit den 70er Jahren den Mantel lieferte. Für beide scheint das Geschäft vorteilhaft: Klambt konzentriert sich ganz auf den Yellow-Press-Sektor (49 Titel, darunter „Frau mit Herz“, „Unser Baby“, „Meine Katze“ sowie Rätselmagazine mit einer Gesamtauflage von gut 3 Millionen Exemplaren, der „Mannheimer Morgen“ verstärkt sein Standbein im Gebiet der Rheinpfalz, die mit rund 14.000 Abonnenten in Speyer die Nummer eins ist.

Genau drei Jahre hielt das Engagement des „Mannheimer Morgen“ in Speyer. Zunächst gab es wie immer Gerüchte über ein mögliches Ende. Vor einem Jahr wurden dann die Redaktion informiert und kurze Zeit darauf die Leser. Die Betroffenheit war groß, das Aus für die „Tagespost“ war im Sommer Tagesgespräch an jedem Stammtisch.

Fast spontan entstand eine Initiative zur Rettung der „Tagespost“, der „Verein zur Förderung der Medienvielfalt und Medienkultur“. Viele Leute aus anderen Vereinen waren dabei, Geschäftsleute und natürlich Politiker. Ideen wurden geboren und wieder verworfen, darunter auch die Gründung einer Stiftung, doch alles scheiterte letztendlich immer am Geld.

Erst als Anzeigenleiter Klaus Fortmann den Kontakt zum Viernheimer Verlag herstellte, gab es konkrete Hoffnung. Dass es dann wirklich klappte, lag vielleicht auch an unfreiwilliger Schützenhilfe der „Rheinpfalz“. Sie vereitelte Anfang Dezember mit einer einstweiligen Verfügung den ursprünglichen Plan, die neue Zeitung mit dem alten Titel „Tagespost“ erscheinen zu lassen. „Da kochten die Speyerer. Das hat uns Zulauf gebracht“, so Weiß.

Burkhard Rexin ■

Das eingespielte Team der „Tagespost“ startet neu durch



Foto: Venus

Kündigungswellen ohne Ende

Konkrete Solidarität bei der „Badischen Zeitung“

Frankfurt am Main im Februar 2003, Sitz von zwei renommierten überregionalen Tageszeitungen. Auf eine ausgeschriebene Stelle in einer Nachrichtenagentur gehen hunderte Bewerbungen ein, die Interessenten sind bestens ausgebildet, verfügen über Berufserfahrung, können Auslandsaufenthalte vorweisen. Gleichzeitig herrscht schlechte Stimmung in den Zeitungshäusern. Es gab Kündigungen, es wird gespart an allen Ecken, ein Ende ist nicht abzusehen.

Bei der „Frankfurter Rundschau“ geht es um die Existenz. Es geht dem Blatt so schlecht, dass die Geschäftsleitung die Zahlen auf den Tisch gelegt hat. Der Betriebsrat kennt das gesamte Ausmaß der Schulden und Verbindlichkeiten. „Wenn das passiert, dann ist die Situation beschissen“; so beschreibt der FR-Betriebsratsvorsitzende Viktor Kalla die Lage auf einer Veranstaltung in Köln. In Zahlen: Es gab 62 betriebsbedingte Kündigungen, bis Ende 2004 werden von den zur Zeit noch 1.417 Beschäftigten von Verlag und Redaktion noch 1.157 übrig sein. Betriebsbedingte Kündigungen soll es aber bis Ende 2007 nicht mehr geben. Die Belegschaft leistet ihren Beitrag, die immer noch drohende Insolvenz abzu-

wenden. So gibt es zum Beispiel 2003 kein Urlaubsgeld und die Hierarchie wird verkleinert. Das Eigenkapital ist aufgebraucht, jetzt werden Immobilien verkauft.

Nach vielen satten Jahren schreibt auch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ rote Zahlen. Zwei Kündigungswellen sind schon abgeschlossen, 300 Mitarbeiter, davon 80 Redaktionsmitglieder, mussten gehen. Eine dritte Kündigungswelle steht bevor. Anders als bei der FR gab es allerdings beim vornehmen Konkurrenzblatt keine Betriebsversammlung, keine Informationen über Zahlen und Fakten, keine Zusammenarbeit der Geschäftsleitung mit den Arbeitnehmervertretern, keine Transparenz über die Kriterien, nach denen die Kündigungen ausgesprochen wurden. Kündigungsschutzklagen sind die Ausnahme, großzügige Abfindungen die Regel. Hilfe und Unterstützung von ver.di und DJV wurden vom Betriebsrat, so berichten gekündigte Mitarbeiter, abgelehnt. Auch die bevorstehende dritte Kündigungswelle mobilisiert keine Gegenwehr, sie führt eher, so stellt es sich dar, zu Erstarrung.

Volontärsprogramm auf Eis

Ein drittes Beispiel ist der Holtzbrinck-Verlag, wo „Handelsblatt“ und „Wirtschaftswoche“ erscheinen. Der Verlag ging in die Offensive und kündigte im Handelsblatt den Personalabbau von 15 Prozent an. Letzten Sommer mussten 175 Mitarbeiter aus Redaktion und Verlag das Haus verlassen, unter großem Einsatz des Betriebsrates kam es zu einem Sozialplan, der dann kaum in Anspruch genommen wurde. Die meisten wurden rausgekauft, mit guten Abfindungen in die Frühverrentung geschickt, vielfach zu Lasten der Arbeitslosen- und Rentenversicherungen.

Bei „Impulse“ und „Capital“, die zur Wirtschaftspresse von Gruner und Jahr in Köln gehören, ist die Situation ebenfalls kritisch. Auch dort konnte der Betriebsrat die Wirtschaftszahlen einsehen, die Belegschaft wurde um 50 Köpfe auf jetzt 151 zusammengekündigt. Das Volontärsprogramm wurde auf Eis gelegt, außerdem wird offen über einen Umzug der Kölner Redaktionen nach Hamburg nachgedacht.

Erfahrungsgemäß können auf diesem Wege auch Stellen eingespart werden. Für die „BIZZ“ kam im vorigen Jahr das Aus, was 30 Stellen gekostet hat. Der „Business Channel“ mit ehemals 100 Mitarbeitern ging mit fünf Leuten in der Wirtschaftspresse „online“ auf.

Die Regionalzeitungen kommen derzeit noch mit einem blauen Auge davon, so wird auch in der WAZ-Gruppe in Essen gespart, jedoch schreibt der Konzern nach eigenen Angaben noch schwarze Zahlen und steht wie eine „Eiche im Sturm“. Neue Stellen werden nicht besetzt, Fotoredakteure sollen zu Verlagsangestellten werden, Honorare für Freie werden gekürzt – das alles passiert, jedoch gibt es noch keine betriebsbedingten Kündigungen. Anders bei der „Badischen Zeitung“ in Freiburg, wo von den 150 Redaktionsmitgliedern sieben gehen sollen. Wie Barbara Freitag, Redakteurin in Ettenheim, berichtete, haben Kollegen auf Teile ihrer Arbeitszeit verzichtet und so die Stellen erhalten können. Eine konkrete Form der Solidarität, die aber nur funktioniert, wenn es um konkrete Menschen in einer Redaktion geht.

Anders als Mitte der 70er Jahre, als selbständige Zeitungshäuser aufgekauft und zu Verlagshäusern umgebaut wurde, gibt es jetzt keine gesellschaftliche Diskussion über die Folgen der Zeitungskrise für die journalistische Qualität der Zeitungen. Veranstaltungen wie die in Köln sind eine Möglichkeit, diese Debatte zu führen, Informationen öffentlich zu machen und über Handlungsmöglichkeiten nachzudenken. Jutta Klebon vom Landesbezirk NRW will den „Kampf um die Köpfe“ aufnehmen, wenn es um die Arbeitsbedingungen geht, die die Grundlage bilden für den journalistischen Standard in der regionalen aber auch in der derzeit besonders krisengeschüttelten überregionalen Presse. Die Kündigung des Manteltarifvertrages zum Beispiel durch die Verleger im Sommer letzten Jahres schuf einen rechtsfreien Raum, der für den systematischen Abbau tariflich erstrittener Rechte genutzt werden soll. Bisher ist es noch nicht zu einem Verhandlungstermin mit den Verlegern über einen neuen Manteltarifvertrag gekommen.

Susanne Wankell ■



Abb.: Lothar Schneider

Sinnentstellende Kürzungen

Presserat rügte falschen Umgang mit Leserbriefen

Beschwerden über Leserbriefe sind immer wieder Thema beim Deutschen Presserat. Hierbei ist der Nichtabdruck ebenso ein Beschwerdegrund wie die Kürzung von Leserbriefen oder auch inhaltliche Entgleisungen von Leserbriefschreibern. Es gibt also viele Gelegenheiten als Redakteur beim Umgang mit Leserbriefen etwas falsch zu machen. So hat der Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserats auf seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr eine öffentliche Rüge gegen die „Süddeutsche Zeitung“ ausgesprochen, da diese einen Leserbrief sinnentstellend gekürzt hatte.

Die Redaktion hatte einen Brief zu einem Kommentar, der sich mit den Kriegsplänen der USA gegen Saddam Hussein befasst, veröffentlicht. In dem Kommentar äußert sich der Autor zustimmend zu den Kriegsplänen der Regierung Bush, der Leserbriefschreiber hatte hierzu eine ganz andere Auffassung. Er beschwert sich beim Deutschen Presserat über die sinnentstellende Kürzung seines Leserbriefes. Seine Zusage hätte aus insgesamt fünf Sätzen bestanden: In den ersten drei Sätzen habe er in Kurzform die wesentlichen Aussagen des Kommentators referiert, in den zwei folgenden Sätzen habe er dann seine Kritik daran formuliert. Diese beiden letzten Sätze seien von der Redaktion allerdings gestrichen worden,

Richtlinie 8.1 Abs. 4

« Die Nennung des vollständigen Namens und/oder die Abbildung von Tatverdächtigen, die eines Kapitalverbrechens beschuldigt werden, ist ausnahmsweise dann gerechtfertigt, wenn dies im Interesse der Verbrechensaufklärung liegt und Haftbefehl beantragt ist oder wenn das Verbrechen unter den Augen der Öffentlichkeit begangen wird. Liegen Anhaltspunkte für eine mögliche Schuldunfähigkeit eines Täters oder Tatverdächtigen vor, sollen Namensnennung und Abbildung unterbleiben ... »

Richtlinie 2.6 Absatz 4:

« Änderungen oder Kürzungen von Zuschriften namentlich bekannter Verfasser ohne deren Einverständnis sind grundsätzlich unzulässig. Kürzungen sind möglich, wenn die Rubrik Leserzuschriften einen ständigen Hinweis enthält, dass sich die Redaktion bei Zuschriften, die für diese Rubrik bestimmt sind, das Recht der sinnwahren Kürzung vorbehält. Verbietet der Einsender ausdrücklich Änderungen oder Kürzungen, so hat sich die Redaktion, auch wenn sie sich das Recht der Kürzung vorbehalten hat, daran zu halten oder auf den Abdruck zu verzichten. »

so dass aus seiner scharfen Kritik ein zustimmender Text geworden sei. Nach Auffassung der Chefredaktion enthielt der zweite Teil des Leserbriefes jedoch beleidigende Äußerungen über den Autor des Kommentars, die die Zeitung nicht drucken wollte.

Der Beschwerdeausschuss war der Auffassung, dass die „Süddeutsche Zeitung“ gegen Ziffer 2 des Pressekodex verstoßen hat. Seiner Meinung nach wurde durch die vorgenommene Kürzung die Richtlinie 2.6 Absatz 4 des Pressekodex verletzt. Dort heißt es, dass Kürzungen sinnwahr sein müssen. Im konkreten Fall lag jedoch eine grobe Sinnentstellung vor, da durch die Kürzung die Aussage des Briefes ins Gegenteil verkehrt wurde. Beim Leser muss nach Lektüre des Briefes der falsche Eindruck entstehen, als würde der Leserbriefschreiber die in dem Kommentar getroffenen Aussagen unterstützen. Besonders schwerwiegend war für den Beschwerdeausschuss die Verletzung der Sorgfaltspflicht auch deshalb, da der zweite Teil des Briefes bewusst von der Redaktion gestrichen wurde. Die gezielte und sinnentstellende Bearbeitung des Leserbriefes stellt eine grobe Verletzung der journalistischen Sorgfaltspflicht dar.

Identifizierung möglich

Die BILD-Zeitung wurde zweimal aufgrund eines Verstoßes gegen die Persönlichkeitsrechte gerügt. So hatte sie über den Suizid eines Ingenieurs berichtet und die gebotene Zurückhaltung, die bei einer Berichterstattung über dieses Thema verlangt wird, vermissen lassen.

Richtlinie 8.5

« Die Berichterstattung über Selbsttötung gebietet Zurückhaltung ... »

Ziffer 2

« Zur Veröffentlichung bestimmte Nachrichten und Informationen in Wort und Bild sind mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Ihr Sinn darf durch Bearbeitung, Überschrift oder Bildbeschriftung weder entstellt noch verfälscht werden. Dokumente müssen sinngetreu wiedergegeben werden. Unbestätigte Meldungen, Gerüchte und Vermutungen sind als solche erkennbar zu machen. »

Der Artikel enthielt Angaben wie den Vornamen, den abgekürzten Nachnamen sowie das Alter und die Arbeitsstätte des Toten. Zudem wurde über das Motiv der Tat spekuliert.

In dem zweiten Fall hatte die BILD-Zeitung in einem Artikel über die Ermordung eines Kindes berichtet. Der vermutlich schuldunfähige Verdächtige wurde mit Foto, Vornamen und abgekürztem Nachnamen identifizierbar gemacht. Zudem wurde der Mann als „Killer“ und „Schwein“ bezeichnet.

69 Beschwerden bearbeitet

Auch auf seiner ersten Sitzung im Jahr 2003 sprach der Presserat insgesamt acht Rügen, darunter vier wegen der Verletzung von Persönlichkeitsrechten aus. Insgesamt hatte er 69 Beschwerden zu bearbeiten. Es gab neun Missbilligungen und 18 Hinweise. 29 Beschwerden wurden als unbegründet zurückgewiesen. Ela Wassink ■

Gremien des Presserats mit neuen Vorsitzenden

Das Plenum des Deutschen Presserats hat Kay E. Sattelmair, Axel Springer Verlag, Vertreter des BDZV, für ein weiteres Jahr zu seinem Sprecher gewählt. Stellvertretende Sprecherin wurde erneut Dr. Ilka Desgranges (DJV), Redaktionsleiterin bei der „Saarbrücker Zeitung“. Den Vorsitz des Trägervereins des Deutschen Presserats behält für ein weiteres Jahr Benno H. Pöppelmann, Justiziar des DJV.

Einer Satzungsänderung zufolge wurde nunmehr dazu übergegangen, die Gremienvorsitzenden jeweils für zwei Jahre zu wählen. Den Vorsitz des allgemeinen Beschwerdeausschusses übernimmt für die kommenden zwei Jahre Manfred Protze (dju/ver.di), dpa-Redakteur und langjähriges Mitglied im Presserat. Er löst Ursula Ernst-Flaskamp (DJV) von der „Augsburger Allgemeinen“ ab. Den Vorsitz des Beschwerdeausschusses Redaktionsdatenschutz übernimmt Jörg Steinbach (DJV), Redakteur der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen“. Als neues Mitglied im Presserat wurde Heike Rost, freie Bildredakteurin (DJV) begrüßt.

Berlusconi von links?

Der wiederbelebte Streit um die Medienbeteiligungen der SPD

„Wir müssen aufpassen, dass es regional hierzulande nicht so etwas wie ‚Berlusconi von links‘ gibt.“ Wenn Günter Nooke, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf den Medienbesitz der SPD zu sprechen kommt, gerät er leicht in Rage. Kürzlich bekam der Berliner mal wieder neuen Stoff für geharnischte Proteste.

Als die SPD-Medienholding Deutsche Druck und Verlagsgesellschaft DDVG Ende Januar den Verlag der „Frankenpost“ übernahm, ahnten die Parteimanager, dass es wieder Ärger mit der CDU/CSU geben würde. Schließlich geißeln die Konservativen seit Jahr und Tag den vermeintlich pressefreiheitsgefährdenden Einfluss der Sozis in den Medien. Daher beeilte sich die SPD, ausdrücklich auf den provisorischen Charakter dieser Übernahme hinzuweisen. Es gehe nicht darum, die „Frankenpost“ auf Dauer zu behalten. Vielmehr habe man dem Süddeutschen Verlag aus einer kartellrechtlichen Bredouille helfen wollen (s. Artikel S. 16). Genutzt hat es wenig. Den Konservativen dient der Vorgang als willkommen Anlass, die Rolle der SPD-Medienbeteiligungen auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Die SPD als erfolgreiche Verlegerin sorgt bei den politischen Gegnern regelmäßig für Zeter und Mordio. Vor allem in Wahlkampfzeiten. Dabei hatte die SPD mit ihren parteieigenen Medien in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte nicht immer eine glückliche Hand. Blätter wie das „Hamburger Abendecho“, die „Kieler Morgenzeitung“

oder den Berliner „Telegraf“ wirtschaftete sie in den sechziger und siebziger Jahren in den Ruin. Als 1981 nach langjähriger Chaoswirtschaft das Boulevardblatt „Hamburger Morgenpost“ in einer Nacht-und-Nebel-Aktion verhökert wurde, stand wenig später in einem Branchenblatt ein bezeichnendes Stellungsgesuch: „Morgenpost-Redakteur, 35 Jahre, keine Niete, sucht nach eindrucksvollen Erfahrungen mit sozialdemokratischen ‚Managern‘ einen echten kapitalistischen Verleger.“

Meinungsfreiheit bezweifelt

Aus dem Niedergang der Parteipresse zog die SPD eine klare Konsequenz: Fortan engagierte sie sich – meist mit Minderheitsbeteiligungen – nur noch bei etablierten Zeitungstiteln. Im Geschäftsjahr 2001 warfen diese Beteiligungen immerhin einen Gewinn von mehr als 18 Millionen Euro ab. Auch im vergangenen Jahr soll es nach Verlagsangaben trotz branchenweiter Rezession noch für einen Überschuss von neun bis zehn Millionen gereicht haben. Etwa die Hälfte der Gewinne führt die DDVG direkt in die Parteikasse ab. Eine so sprudelnde Einnahmequelle ruft erfahrungsgemäß Neider auf den Plan. Allen voran die spendenaffärengewaltete CDU/CSU. „Ein Netz aus Medienbeteiligungen spannt sich über die gesamte Republik“, wettet unlängst Sachsens CDU-Sprecher Clemens Lücke im Mitteilungsblatt der sächsischen Union. Insgesamt, so errechnete der CDU-Mann, habe die DDVG „Anteile an 23 Zeitungen und 38 Anzeigenblättern mit

einer Gesamtauflage von rund 6 Mio. mit 12 Mio. Lesern. Die SPD ist quasi ein Medienkonzern in der Größenordnung des Springer-Verlages.“

DDVG-Geschäftsführer Jens Berendsen hält derlei Zahlenwerk für „absurd“. Um zu einem realistischen Ergebnis zu kommen, müsse man natürlich die Zeitungsauflagen nach den jeweiligen SPD-Anteilen gewichten. Seriöse Berechnungen, so Berendsen, sähen die DDVG in einem bundesweiten Ranking auf Platz 11 deutscher Zeitungsverlage.

Der Medienforscher Horst Röper errechnete für die Tageszeitungsanteile der DDVG eine gewichtete Gesamtauflage von 435.000 Exemplaren. Berücksichtigt wurden insgesamt 14 Tageszeitungen, an denen die SPD-Holding jeweils mindestens 25 Prozent des Kapitals hält. In der Summe ergab das Anfang 2002 einen bundesweiten Marktanteil von 1,9 Prozent. Zu den wichtigsten Posten zählen Anteile an der „Sächsischen Zeitung“, an der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ oder am „Freien Wort“ im thüringischen Suhl. Bis zur vollständigen Übernahme der „Frankenpost“ besaß die DDVG nur bei einem Blatt die Mehrheit: bei der „Neuen Westfälischen“ in Bielefeld. Dort, so Geschäftsführer Berendsen, sei unter den Gesellschaftern Einstimmigkeit bei Geschäftsentscheidungen festgelegt worden. Immer wieder wird der SPD vorgeworfen, sie übe in ihren Blättern unzulässigen Einfluss auf die Berichterstattung aus. Es sei doch geradezu absurd, findet Günter Nooke, wenn die Sozialdemokraten glauben machen wollen, dass in ihrer Parteipresse Meinungsfreiheit bestehe und die Zeitung nicht auch SPD-Politik mache.

Tageszeitungen mit Beteiligung der DDVG

Tageszeitung	Anteil in Prozent	Verkaufte Auflage	Anteilige Auflage
Neue Westfälische, Bielefeld	57,5	160.200	93.115
Cuxhavener Nachrichten	50	13.300	6.650
Morgenpost für Sachsen, Dresden	40	104.900	41.960
Süddeutsche Zeitung, Dresden	40	329.700	131.880
Nordbayerischer Kurier, Bayreuth	31,5	41.700	13.136
Freies Wort und stz. Südthüringer Zeitung	30	109.800	32.940
Vogtland-Anzeiger / Vogtlandpost, Plauen	100	11.512	3.454
Neue Presse, Coburg	30	29.833	8.950
Frankenpost, Hof	100	57.574	17.727
Aller Zeitung / Wolfsburger Allgemeine	20,389	35.100	9.126
Peiner Allgemeine Zeitung	20,389	22.400	5.824
Neue Presse Hannover	20,389	65.700	17.082
Hannoversche Allgemeine Zeitung	20,389	162.300	42.198
Göttinger Tageblatt	20,2	48.200	12.387
Gesamtauflage		1.193.319	434.974

Alarm in Sachsen

Um die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitungen mit SPD-Beteiligung nachzuweisen, beauftragte die DDVG den Leipziger Kommunikationswissenschaftler Michael Haller mit einer Untersuchung. Haller verglich dabei die Berichterstattung über den SPD-Bestechungsskandal in Köln und über die „Stern“-Vorwürfe gegen die CSU im Zusammenhang mit der Parteispendenaffäre. Verglichen wurden die Inhalte von Zeitungen mit SPD-Beteiligung – „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, „Sächsische Zeitung“ und „Leipziger Volkszei-

tung“ – mit der Berichterstattung dreier Regionalzeitungen ohne Parteianteile sowie der „Welt“. Haller kam zu dem Schluss, die Zeitungen mit SPD-Beteiligung hätten keine kritische Berichterstattung über die SPD unterdrückt. Sie würden zum Teil die SPD sogar kritischer behandeln als vergleichbare andere Regionalzeitungen. Auch eine verstärkte Kritik an der CDU/CSU könne nicht festgestellt werden, so Haller. Sein Fazit: „Der unterstellte Einfluss der SPD auf die politische Linie der Blätter erweist sich als Phantasiegebilde.“

Die Konservativen wollen gleichwohl nicht lockerlassen. Per gemeinsamer Bundsratsinitiative der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen soll es nun dem vermeintlichen SPD-Medienimperium an den Kragen gehen. Als neuerlicher Beleg für die massive regionale Medienmacht der SPD verweist die CDU auf die Situation in Sachsen. Als aber die SPD unlängst die „Frankenpost“ in Hof zu 100 Prozent übernahm, schlug die sächsische CDU Alarm. Denn mit der „Frankenpost“ erwarben die Sozialdemokraten auch den kleinen „Vogtland-Anzeiger“ in Plauen. Für Sachsens CDU-Generalsekretär Hermann Winkler liegt der Fall damit klar: „Die Monopoly-Spieler der SPD gefährden die Pressefreiheit.“

Tatsächlich ist die SPD-Holding Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft DDVG an drei der vier größten Tageszeitungen des Landes beteiligt. Darunter immerhin mit jeweils 40 Prozent an der „Sächsischen Zeitung“ und der „Dresdner Morgenpost“, deren Mehrheit bei Gruner+Jahr liegt. DDVG-Co-Geschäftsführer Gerd Walter mag

gleichwohl von einer politischen Einflussnahme auf diese Blätter nichts wissen. Es sei mit Blick auf die sächsische Situation wohl „unvorstellbar, dass dann der Mehrheitsgesellschafter Gruner+Jahr sich von der DDVG sagen ließe, wohin die Reise bei der Sächsischen Zeitung geht“.

Zudem, so Walter, bekenne sich die SPD ausdrücklich zum Grundsatz der inneren Pressefreiheit. Doch die CDU/CSU will jetzt Nägel mit Köpfen machen. Ermutigt durch die Erfolge bei den jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen will sie angreifen. Hermann Winkler schwebt dabei eine Art Doppelstrategie vor. Zum einen sollen die Landesmediengesetze der einzelnen Bundesländer auf den Prüfstand gestellt, zum anderen das Parteiengesetz auf Bundesebene abermals reformiert werden.

Mehr Transparenz durch Berliner Pressegesetz

Bereits im vergangenen Frühjahr hatten die Konservativen versucht, bei der damaligen Neufassung des Parteiengesetzes eine Regelung einzubauen, nach der den Parteien die Beteiligung an Medien untersagt ist. Das scheiterte an der rot-grünen Regierungsmehrheit. Die Parteienfinanzierungskommission, die das Gesetzgebungsverfahren begleitete, sahen die erwerbswirtschaftliche Tätigkeit von Parteien grundsätzlich als verfassungskonform an. Mehr noch: „Parteien“, so die Kommission, seien „Träger des Grundrechts der Eigentumsfreiheit, das nicht nur das Eigentum selbst, sondern auch dessen wirtschaftliche Nutzung schützt“. Die SPD sieht so-

mit dem neuerlichen Vorstoß der CDU/CSU gelassen entgegen. Ein Versuch, der SPD ihren Medienbesitz zu verbieten, liefe auf „verfassungswidrige Enteignungen“ hinaus, kommentierte SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier. Bislang seien es nur undemokratische Regime gewesen, die den Sozialdemokraten ihr rechtmäßig erworbenes Eigentum entzogen hätten. Genervt durch die Dauerattacken des politischen Gegners wollen die Sozis jetzt zurückschlagen. Per Einstweiliger Verfügung will die Partei der CSU aus ihrer Sicht unzutreffende Äußerungen über ihren Medienbesitz verbieten lassen. So zum Beispiel die Behauptung des bayerischen Staatsministers Erwin Huber, die DDVG bilde mit einer kontrollierten Zeitungsauflage von zwei Millionen Exemplaren „eine Gefahr für die politische Chancengleichheit und für die freie öffentliche Meinungsbildung“. Eine entsprechende Verfügung des Landgerichts Berlin hatte die SPD bereits Mitte Februar gegen die bayerische Staatsregierung erwirkt.

Vielleicht würde ein wenig mehr Transparenz in den Medien schon zur Entschärfung des Konflikts beitragen. Das Berliner Abgeordnetenhaus ist Ende letzten Jahres mit gutem Beispiel vorangegangen, als es auf Antrag der CDU-Fraktion im Berliner Pressegesetz eine Offenlegungspflicht der Medien verankerte. Demnach müssen Tages- und Wochenzeitungen halbjährlich, Monatstitel jährlich im Impressum Auskunft über die jeweiligen Besitzverhältnisse geben. Nach dem leicht polemischen Motto: Wo SPD drin ist, soll auch SPD drauf stehen.

Günter Herkel ■

Keine Meldung über 15 Kriege

„Top Ten“-Liste der vernachlässigten Nachrichten 2002

Über 15 teilweise seit vielen Jahren andauernde Kriege findet sich in den Medien kaum etwas. Die „vergessenen Kriege“ – zum Beispiel in der Westsahara oder Sierra Leone – sind deshalb die Nummer 1 der vernachlässigten Nachrichten im Jahr 2002.

Eine „Top Ten“-Liste von wichtigen Themen, über die nicht oder kaum in den Medien berichtet wurde, haben die „Initiative Nachrichtenaufklärung“ und das „Netzwerk Recherche“ am 15. Februar öffentlich vorgestellt. Zum sechsten Mal seit 1997 wählte eine Jury aus Medienwissenschaftlern und -praktikern die vernachlässigten Themen.

Kein Medienthema war, dass in deutschen Altenheimen häufig Psychopharmaka in großen Mengen verabreicht werden, um alte Menschen ruhig zu stellen (Platz 2). Dass viele zu „Lebenslänglich“ verurteilte Täter länger als 15 Jahre hinter Gittern sitzen, war nur in Bezug auf Triebtäter ein Nachrichtenthema. Nicht berichtet wurde jedoch, dass auch viele Konflikttäter mit geringer Rückfallgefahr betroffen sind (Platz 3). Auch über die „unmenschliche Behandlung von Abschiebehäftlingen“ gab es in Medien kaum Berichte (Platz 4).

Weitere sechs Themen, über die nach Überzeugung der 13 Jury-Mitglieder nur unzulänglich und man-

gelhaft berichtet wurde, obwohl ihre Relevanz für die Meinungsbildung der Bürger außer Frage steht, waren die verheerenden Folgen für viele mittelständische Unternehmen, die sich an der Weltausstellung 2000 in Hannover beteiligt haben („EXPO-Opfer“), die preisgünstige Entsorgung alter Munition im bevorstehenden Golfkrieg („Schrottplatz Irak“), die „Blockade der UNO-Menschenrechtskommission“ durch Mitgliedsstaaten, die selbst gegen Menschenrechte verstoßen haben, das „Druckmittel UN-Finzen“, von den USA eingesetzt, die „Risiken von Kindern suchtkranker Eltern“ und starke Verschuldung ostdeutscher Kommunen. lü ■

Info ...

Informationen zu allen zehn Themen (mit Recherche-Links) gibt es auf der Homepage der Initiative (www.nachrichtenaufklaerung.de).



Foto: Ulrich Baumgarten / vario-press

Hochzeit mit verwirrenden Folgen

Spekulationen beim Süddeutschen Verlag beendet

SPD übernahm vorerst den Staffstab für „Frankenpost“ und „Vogtlandanzeiger“, will ihn jedoch bald weitergeben

Ein dickes Minus von 73 Millionen Euro hat der Süddeutsche Verlag (SV) nach Branchenberichten im vergangenen Jahr eingefahren. Weil Wunder in Zeiten allgemein einbrechender Anzeigenerlöse nicht zu erwarten sind, begaben sich die Münchner deshalb auf Brautschau. Eine neue Gesellschafterin und vor allem die geforderte Mitgift sollen das Loch in der Kasse stopfen.

Am 7. Februar genehmigte das Kartellamt den Einstieg der Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH) beim Süddeutschen Verlag. Die SWMH übernimmt damit einen Anteil von 18,75 Prozent an der SV-Mediengruppe, deren Flaggschiff die „Süddeutsche Zeitung“ ist. Genaue Zahlen wurden nicht bekannt gegeben, aber rund 150 Millionen Euro soll der SWMH der Einstieg wert sein, wie Insider berichten. SV-Geschäftsführer Hanwilli Jenke reagierte erleichtert: „Mit dieser schnellen Entscheidung des Kartellamts zu unserer sechsten Gesellschafterin sind alle Spekulationen der letzten Wochen vom Tisch. Wir können uns nun voll auf das laufende Restrukturierungsprogramm konzentrieren.“

Um den positiven Entscheid zu erhalten, hatte sich der Süddeutsche Verlag zuvor von der „Frankenpost“ in Hof und dem „Vogtlandanzeiger“ in Plauen trennen müssen. Denn dem aufmerksamen Blick der Kartellwächter war nicht entgangen, dass es zu einer Überschneidung im Bereich Vogtlandkreis, Plauen und Hof gekommen wäre. Indirekt ist auch die SWMH in der Region engagiert, deshalb musste der SV seine Beteiligungen aufgeben.

Als Käuferin für den „Vogtlandanzeiger“ und die „Frankenpost“ konnte die Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG), das Medienunternehmen der SPD, gewonnen werden. Die DDVG war bereits an beiden Blättern mit 30 Prozent beteiligt und übernahm den 70-Prozent-Anteil des Süddeutschen Verlags. Im „Kress-Report“ konnten die Beschäftigten dann lesen, dass sie zwar verkauft, aber noch nicht im sicheren Hafen sind. DDVG-Geschäftsführer Jens Berendsen verkündete auf der Internet-Seite des Branchendienstes, dass sein Unternehmen die Mehrheit an den Blättern auf Dauer nicht halten wolle und „aus grundsätzlichen Erwägungen“ nach einem neuen Partner suche. Hintergrund dafür ist der Beschuss durch den politischen Gegner. Die beabsichtigte vollständige Übernahme der „Frankenpost“ zeige, dass die SPD ihre Medienbeteiligung noch weiter ausbauen will, behauptete Erwin Huber (CSU), Leiter der bayerischen Staatskanzlei, in einer Pressemitteilung: „Die zunehmende Konzentration publizistischer Macht in der Hand der SPD ist eine Gefahr für die politische Chancengleichheit und für die freie öffentliche Meinungsbildung. Davor warne ich ausdrücklich.“

Kein Einfluss auf die Redaktion

Diese Angst teilt Edith Frisch, Betriebsratsvorsitzende der „Frankenpost“ nicht: „Die SPD hat früher keinen Einfluss auf die Redaktion genommen, dies erwarten wir auch jetzt nicht.“ Allerdings sei unklar, wer die „Frankenpost“ und ihre hundertprozentige Tochter, den

„Vogtlandanzeiger“, künftig übernehmen werde. Für Marco Penzel, Betriebsratsvorsitzender des „Vogtlandanzeigers“, ist diese Frage existenziell: „Wir sollten bereits eingestellt werden. In letzter Minute konnten wir dies verhindern.“ Der Betriebsrat war zur Rettung der Zeitung mit dem Hinweis, dass die Medienvielfalt der Region erhalten bleiben muss, an die SPD, aber auch an das Kartellamt herangetreten – mit Erfolg. Ob das Blatt nur eine Gnadenfrist erhalten oder die Chance auf eine Zukunft bekommen hat, bleibt abzuwarten. „Das SPD-Medienunternehmen will die Mehrheit nicht behalten und ist damit nur ein Verschiebebahnhof“, betont Marco Penzel. Der „Vogtlandanzeiger“ wurde erst direkt nach der Wende gegründet. „Auch heute arbeiten noch Redakteure bei uns, die damals an den Runden Tischen saßen. Die SPD wird diese Zeitung der Wende nicht einstellen“, ist er sich sicher. Allerdings seien die wirtschaftlichen Probleme nicht von der Hand zu weisen. Beim „Vogtlandanzeiger“ arbeiten 25 Redakteurinnen und Redakteure, die gebraucht würden, um die Region journalistisch abzudecken. Insgesamt habe das Blatt bei einer Auflage von rund 12.000 Exemplaren 35 Beschäftigte.

Situation an fünf Standorten völlig offen

Vor dem Kauf durch die DDVG hatte es Gespräche über einen neuen Haustarifvertrag gegeben. Zu diesem Zeitpunkt gehörten neben dem „Vogtlandanzeiger“ und der „Frankenpost“ auch noch das „Freie Wort“/Suhl, die „Neue Presse“/Coburg und die „Südthüringer Zeitung“/Bad Salzungen zur Gruppe. Ursprünglich hatte die Geschäftsleitung aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage für alle fünf Zeitungen einen Haustarifvertrag abschließen wollen, der den Mitarbeitern einen Gehaltsverzicht von 20 Prozent abverlangte. „Dazu waren die Kollegen nicht bereit“, betont Cornelia Bauer, Betriebsratsvorsitzende vom „Freien Wort“. „Aber wie und mit wem wir jetzt weiter verhandeln, wissen wir noch nicht.“ Da nur die Mehrheit am „Vogtlandanzeiger“ und der „Frankenpost“ verkauft wurde, besitzt die DDVG am „Freien Wort“, aber auch an der „Neuen Presse“ und der „Südthüringer Zeitung“ weiterhin nur ein knappes Drittel. Auch für ver.di-Landesfachbereichsleiterin Christa Hasenmaile ist die Situation jetzt völlig offen: „Ob wir für die fünf Standorte nun noch einen gemeinsamen Haustarifvertrag abschließen können ist unklar.“

Silke Leuckfeld ■

Beispielloser Angriff auf Lokalredakteur

dju sieht Freiheit der Berichterstattung gefährdet

Mit Empörung und Bestürzung reagierte die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di auf die tätlichen und verbalen Angriffe auf einen Redakteur des „Gelnhäuser Tageblatts“.

Der Lokalredakteur Alexander Schopbach wurde in der Nacht zum 17. Januar in einer Gaststätte in Gelnhausen völlig unvermittelt von einem ihm bis dato unbekanntem Mann tätlich angegriffen. Schopbach wurde nach eigener Darstellung dabei am Unterleib attackiert und unter anderem als „Presse-Arschloch“ und „Journalisten-Sau“ bezeichnet. Ihm sei die Brille aus dem Gesicht gerissen und zerbrochen worden. Die Schilderung des Redakteurs wird von mehreren Zeugen bestätigt, unter ihnen auch hochrangige Kommunalpolitiker aus Gelnhausen.

Alexander Schopbach, der sich passiv verhielt, erfuhr erst nach dem Vorfall, dass es sich bei dem Mann um den Zahnarzt Dr. Paul-Michael Dreßler handelte. Das Vorstandsmitglied des Gelnhäuser Aero-Clubs hatte sich über die Berichterstattung des „Gelnhäuser Tageblatts“ zu den umstrittenen Ausbauplänen für den Flugplatz des Clubs in Gelnhausen erregt.

Zunehmende Tendenz

Alexander Schopbach, der mehrere Tage arbeitsunfähig war, verzichtete auf eine Anzeige, nachdem Dreßler in den Tagen nach dem Vorfall zunächst zu einer Entschuldigung und zur Zahlung von Schmerzensgeld bereit war. Diese Zusage zog Dreßler allerdings kurze Zeit später zurück. In einem Schreiben seines Anwalts wurde dann plötzlich der Journalist als Urheber der körperlichen Auseinandersetzung bezeichnet. Auf Anfrage der dju wollte Dreßler keine Stellungnahme abgeben, auch sein Anwalt war für die dju nicht zu erreichen.

Der hessische Landesvorstand der dju sieht in dem Vorfall einen für Hessen bislang beispiel-

losen Angriff auf die Freiheit der Berichterstattung. „Die dju fordert von Dr. Dreßler eine unverzügliche Entschuldigung sowie die Zahlung eines angemessenen Schmerzensgeldes an Alexander Schopbach“, sagte Manfred Moos vom ver.di-Landesbezirk Hessen. Er warnt vor der zunehmenden Tendenz, die Berichterstattung zum Anlass für Attacken auf die Pressefreiheit zu nehmen. „Immer öfter werden die Überbringer von Nachrichten für tatsächliche oder angebliche Missstände verantwortlich gemacht“, erklärte Moos und nannte als Beispiel die Aufdeckung der „Bonusmeilen-Affäre“. Diese Haltung gefährde nicht nur die Funktion der Presse in einer Demokratie, sondern könne offenbar auch dazu führen, dass Journalisten um ihre körperliche Unversehrtheit fürchten müssten.

Angriff auf freie Publizistik

Der Verband der Hessischen Zeitungsverleger schloss sich der Kritik der dju an. Körperliche Gewalt gegen Journalisten bei der Arbeit gebe es normalerweise nicht. „Ich rühme das bei jeder Gelegenheit. Um so wichtiger ist es, einen solchen Angriff zu geißeln und damit mögliche weitergehende Attacken bereits im Keime zu ersticken“, sagte Gebhardt Ohnesorge, Geschäftsführer des Verlegerverbandes der „Frankfurter Rundschau“. Der Angriff auf einen Redakteur, der für eine freie Zeitung arbeitet, sei immer auch ein Angriff auf die freie Publizistik. „Der aktuelle Vorfall ist ein Unding. Ich hoffe auf eine behördliche Reaktion“, so Ohnesorge.

In einer offiziellen Stellungnahme distanzierte sich der Aero Club-Vorsitzende Hans-Joachim Legorjé von dem Vorfall; nach der Entschuldigung und der Zusage seines Vorstandskollegen, die Sache zu regeln, betrachte er den Vorgang als erledigt. Nach anwaltlichen Gesprächen beider Parteien hat sich Alexander Schopbach mit einer außergerichtlichen Einigung einverstanden erklärt. wen ■

Gegen die „regsame Selbsterblindung“

Nützliches Standardwerk zu dem wichtigen Thema: „arm und reich“

Werner Rügemer, renommierter Publizist und Aufdecker, fasst in seinem neuen Buch „arm und reich“ zusammen, wie Vermögensbildung und Wirtschaftskriminalität den Geldfluss bestimmen. Gerade für junge Journalisten liest sich das wie eine Anleitung, unerbittlich die richtigen Fragen zu stellen.

Nur im Märchen sind die Guten immer schön und immer reich, jedenfalls am Ende. Wie es in Wirklichkeit mit der Verteilung der weltlichen Güter aussieht und welche Mechanismen sie steuern, lässt sich nun auf 50 hervorragend recherchierten Seiten nachlesen in der Standard-Fibel: „arm und reich“ von Werner Rügemer. Das Buch besticht mit der kompromisslosen Beantwortung dieser Frage: Wir Journalisten können bei der Lektüre zweifels- ohne Vieles lernen - und gerade jungen Leuten wird hier ein Instrumentarium zur Enttarnung der vornehmen Lügen von PR-Abteilungen großer Konzerne in die Hand gegeben.

Werner Rügemer, Jahrgang 1941, ist ein Meister seiner Zunft. Als Zivilisationskritiker widmete er sich zunächst geisteswissenschaftlichen Themen, bevor er zum Wirtschaftsjournalisten wurde. So gab er 1991 den provozierenden Titel „In der deutschen Bildungs-Spirale“, heraus – eine frühe Prophetie des PISA-Desasters. Und schon 1986 schrieb er den leider vergriffenen Band „Der kranke Weltpolizist. Das Innenleben der USA als Gefahr für den ‚Rest der Welt‘“. Zum Kölner Müll-Skandal publizierte Rügemer bereits 1994, also lange, bevor das Thema in den großen Medien Furore machte. 1999 outete er die Schweizer Banken als großzügige Helfershelfer bei krummen Geschäften – nicht umsonst ist Rügemer Mitglied bei „Transparency International“ und „Business Crime Control“.

In „arm und reich“ subsummiert er nun seine Erfahrungen, angereichert mit Zahlen und Fakten aus dem globalen Geldfluss. Anlass ist die immer breiter werdende Kluft zwischen Armut und Reichtum – und ihre die Verhältnisse beschönigende Ver- tuschung.

Während also Kapital weiterhin Kapital gebären darf, ziehen sich die Schlingen an den Hälsen relativ Armer immer enger zu. In den offiziellen Statistiken wird dabei die Anzahl der Armen und auch die der Reichen „künstlich kleingerechnet“, wie Rügemer belegt: Wir sind schon eine jämmerliche Gesellschaft von Heuchlern. Dass auch Prozesse wie der der Demokratisierung davon abhängen, macht den Ärger nicht kleiner: Korruption und Wirtschaftskriminalität bereiten sich selbst ihren Nährboden. Dabei wird deutlich, dass das A und O der Korruption noch immer im Beamtentum zu suchen ist. Hier wird oft genug entschieden, dass Verfahren gegen „große Tiere“ und Günstlinge der Macht frühzeitig eingestellt werden, während kleine Fische zu Sündenböcken abgestempelt werden. Schlüssige Beispiele hat Rügemer genügend auf Lager.

Dass eine „regsame Selbsterblindung“, wie Rügemer feinsinnig formuliert, die ach-so-faire Weltgesellschaft ergriffen hat, zeigt sich aber auch in den Illusionen, mit denen die Reichsten und Reichen die Ärmeren und Armen befrieden wollen. Journalisten sind daran nicht immer unschuldig – und deshalb arbeitet Rügemer aktuell an einem Buch über shareholder-value-Journalismus, Arbeitstitel: „Lügen für den Reichtum“. Für Hinweise und Tipps aus dem Kollegenkreis ist er offen. Näheres ist unter www.ruegemer.de zu finden.

Gisela Sonnenburg ■

Werner Rügemer: „arm und reich“, transcript Verlag, Bielefeld 2002, 50 Seiten, 7,60 Euro.

Doppelte Lizenzgebühr bei Urheberrechtsklau

Ende Januar hat die Europäische Kommission den Vorschlag für eine „Richtlinie über die Maßnahmen und Verfahren zum Schutz der Rechte an geistigem Eigentum“ vorgelegt. Mit der neuen EU-Richtlinie, die jetzt zur Beratung in den Gemeinschaftsgremien auf den Weg gebracht wurde, soll der Schutz vor Verletzung des geistigen Eigentums innerhalb der EU harmonisiert werden. Dabei geht es insbesondere um Produktpiraterie und Nachahmung (Plagiate).

Einzelne Bestimmungen sind aber nicht nur für den industriellen

und kulturellen Bereich von Interesse, sondern für alle Urheber. So sollen nicht nur Auskunftsrechte, einstweilige Maßnahmen und strafrechtliche Bestimmungen geregelt werden, sondern auch der Schadenersatz. Artikel 17 beinhaltet für Rechtsverletzungen einen Schadenersatz in doppelter Höhe der Vergütung, die der Verletzer bei rechtmäßiger Nutzung an den Urheber hätte entrichten müssen. Die Forderung nach der „doppelten Lizenzgebühr“ wird von deutschen Urheberverbänden seit langem erhoben. lü ■

Heftiger Streit um Urheberrechtsreform

Heftiger als zuvor ist die Auseinandersetzung um das „Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ entbrannt. Mit dem Gesetz hätten eigentlich bis zum Jahresende 2002 die Urheberrecht-Richtlinie der Europäischen Union und zwei internationale Verträge der UN-Organisation für geistiges Eigentum WIPO in deutsches Recht umgesetzt werden müssen (M 9/2002).

Ein Kernkonflikt ist der um die Privatkopie. Durch die Gesetzesnovelle wird das Recht auf private Kopien – von der IT-Industrie heftig kritisiert – auch auf digital verbreitete Inhalte ausgeweitet. Gleichzeitig könnten Produzenten digitaler Trägermedien die Ausübung dieses

Rechts durch technische Schutzmaßnahmen faktisch ausschließen.

Der DGB und ver.di haben den Gesetzgeber anlässlich der Anhörung des Bundestagsrechtsausschusses am 29. Januar aufgefordert, „eine vernünftige Balance zwischen Informationszugang und Schutzvorkehrungen herzustellen.“ Gestritten wird aber auch über weitere Regelungen. So kämpfen die Bildungsverleger gegen die „öffentliche Zugänglichmachung“ (z.B. in Intranets) von Werken in Unterricht und Forschung, der Börsenverein gegen den digitalen Kopienversand von Bibliotheken und eine Interessengemeinschaft gegen den Urheberschutz für DIN-Normen. lü ■

12 Euro pro PC für Autoren und Fotografen

Unternehmerverband kündigt Widerstand an

12 Euro von jedem in Deutschland verkauften PC sollen künftig die Urheber im Wort- und Bildbereich als Vergütung für das private Kopieren erhalten. Das hat die Schiedsstelle beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) am 31. Januar im Musterverfahren der Verwertungsgesellschaften Wort und Bild-Kunst gegen Fujitsu Siemens Computers entschieden.

Ein Ende der jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen den Interessenvertretern der Urheber und

der IT-Industrie um Urhebervergütungen für die heute gebräuchlichen Kopier- und Speichergeräte – PCs und ihre Peripherie – ist damit aber noch nicht absehbar. Während die VG Wort den Einigungsvorschlag der Münchener Schiedsstelle als „wegweisend für den Umgang mit dem geltenden Urheberrecht im digitalen Zeitalter“ begrüßte, kündigte der Unternehmerverband BITKOM den Widerstand der Industrie an. Fujitsu Siemens will Widerspruch einlegen. lü ■



Der 13-köpfige dju-Bundesvorstand wird künftig wieder von einem gleichberechtigten Dreier-Team und nicht mehr von einer Vorsitzenden mit zwei Stellvertretern angeführt. Die drei an der Spitze gehörten auch bisher schon zum Vorstand. Der 57-jährige dpa-Redakteur Manfred Protze war zuletzt kommissarischer Chef. Die 42-jährige freie Mitarbeiterin des Saarländischen Rundfunks Renée Möhler, zuletzt Beisitzerin, stieg in das Dreier-Team auf ebenso wie der 49-jährige Redakteur der „Westfälischen Rundschau“ Malte Hinz.

Von den zehn künftigen Beisitzern aus den Landesbezirken und aus der Jugend sind fünf neu im Gremium. Gewählt wurden Joachim Kreibich (Baden-Württemberg), Georg Escher (Bayern), Renate Gensch (Berlin-Brandenburg), Franz-Josef Hanke (Hessen), Peter Andryszak (Niedersachsen-Bremen), Wulf Beleites (Nord), Udo Milbret (NRW, bisher stellvertretender Vorsitzender), Trudy Magin (Rheinland-Pfalz / Saar), Gesa von Leesen (Südost) und Hannes Heine (Jugend).

Die Konferenz wählte auch die fünf dju-Vertreter im Presserat: Christiane Gibiec (freie Journalistin), Ute Kaiser (Redakteurin „Schwäbisches Tagblatt“), Udo Milbret (Bildredakteur „WAZ“), Manfred Protze, Michael Rediske (Vorstandssprecher Reporter ohne Grenzen). stg ■

Stärker Flagge zeigen

1. Bundeskonferenz der dju in ver.di in Halle für offensivere Gewerkschaftspolitik

Ein Kongress ohne große Kontroversen und mit vielen einmütigen Beschlüssen: Das war die erste Bundeskonferenz der dju seit ihrem Aufgehen in ver.di. Die dju beschloss eine Charta für journalistische Qualität. Die Tarifpolitik soll offensiver, die Lage der Freien verbessert werden. Die 80 Delegierten diskutierten in Halle an der Saale auch über Medienvielfalt, Pressefreiheit und Arbeitsbedingungen im In- und Ausland. Sie verlangten, den Tendenzschutz abzuschaffen und die Urheberrechtsform in die Praxis umzusetzen. Und sie warnten nachdrücklich vor einem Irak-Krieg.

„Auch wenn heute Aschermittwoch ist: In Sack und Asche müssen wir nicht gehen“. So hatte der kommissarische Bundesvorsitzende Manfred Protze am Eröffnungstag die fünfjährige Vorstandsamszeit bilanziert. Dabei deutete er die schwierigen Rahmenbedingungen an: zum einen der vorzeitige Ausstieg der regulären dju-Vorsitzen-

den Franziska Hundseder aus privaten und beruflichen Gründen und „andere Verluste unter Beisitzern“. Zum anderen: „Einen Großteil unserer Arbeitzeit hat der ver.di-Fusionsprozess gefressen“. Im ausführlicheren schriftlichen Rechenschaftsbericht heißt es dazu, die Transformation sei jahrelang das beherrschende Thema gewesen und habe beim dju-Bundesvorstand wie auch bei vielen Mitgliedern kaum Begeisterung aufkommen lassen. Doch „nach Lage und Perspektive von Mitgliederzahlen und materiellen Ressourcen“ habe es keine Alternative gegeben.

Als Beispiel für erfolgreiche Neuerungen nannte Protze die Strategiekonferenz 2001, auf der Vorstand und Bundesgeschäftsstelle mit Hilfe von Moderatoren ein laufend fortgeschriebenes und überprüfbares Arbeitsprogramm mit genauen Aufgabenzuweisungen entwickelten – die „Agenda 2002 der dju“. Gut angelaufen sei ebenso das Hochschulprojekt: An zehn Schwerpunkt-Orten zeigt die dju mit Vor-

Steuergerechtigkeit erstreiten

Investitionen für 500.000 Arbeitsplätze

Massiven Widerstand gegen geplanten Sozialabbau und gegen Angriffe auf Arbeitnehmerinteressen kündigte Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Bundesvorsitzender zur Eröffnung der Bundeskonferenzen der Deutschen-Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und der Fachgruppen Agenturen und Verlage; Druckindustrie und Zeitungsverlage und Papierverarbeitung Anfang März in Halle an. Er forderte mehr Investitionen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Statt die öffentlichen Investitionen weiter abzubauen, müssten sie erhöht werden, betonte Frank Werneke. ver.di habe deshalb ein Zukunftsinvestitionsprogramm vorgeschlagen. Im ersten Schritt sollte das Programm einen Umfang von rund 20 Milliarden Euro umfassen. Damit könnten rund 500.000 Arbeitsplätze geschaffen werden. Notwendig seien vor allem Investitionen in den Bereichen Arbeit, Umwelt und Bildung einschließlich Kultur auf kommunaler Ebene. „Wir brauchen eine Reform der Gemeindefinanzen, damit es nicht zu einer Verelendung von kommunalen Finanzen kommt“, sagte Werneke. „Wir müssen politisch dafür eintreten, dass es wieder Steuergerechtigkeit gibt.“ Die Steuerreform vor rund zweieinhalb Jahren habe zur Folge gehabt, dass die Körperschaftssteuereinnahmen um 23,6 Milliarden Mark zurückgegangen seien. „Damit könnte man das gesamte Zukunftsinvestitions-Programm gegen finanzieren“, erklärte Werneke. Er kritisierte, dass sich die Bundesrepublik auf dem Weg in einen „Lohnsteuerstaat“ befände. Mittlerweile seien 35 Prozent aller Steuereinnahmen Lohn- und Einkommenssteuer.

Der ver.di-Vize wies Angriffe der Politik gegen die Gewerkschaften scharf zurück. „Wir erleben, dass insbesondere Führungskräfte von Gewerkschaften, namentlich auch unser Vorsitzender Frank Bsirske, diffamiert werden“, kritisierte Werneke. Gleichzeitig würde die Einflussnahme von Gewerkschaften auf politische Prozesse als unzumutbarer Lobbyismus und Manipulation von Politik beschrieben. Es ginge darum, jenen in Arm zu fallen, die das Sozialstaatsprinzip unter Beschuss nehmen, stellte Frank Werneke fest. Er erteilte jedem Vorstoß, den Kündigungsschutz aufzuweichen, die Flächentarifverträge und das paritätische Gesundheitssystem abzuschaffen, eine klare Absage. Es gäbe auch keine Kompromisse mit den Gewerkschaften, bei der Absicht die Altersversorgung zu verschlechtern.

„Es wird weiter Versuche geben, damit Beschäftigte aus kleineren Betrieben aus dem gesetzlichen Kündigungsschutz herausfallen“, warnte Werneke. Der derzeitige Kündigungsschutz sei bestenfalls die Begrenzung der Willkür. Er kritisierte auch die Idee der betrieblichen Bündnisse, die zum Ziel hätten, den bestehenden Tarifvorbehalt im Betriebsverfassungsgesetz auszuhebeln und den Flächentarifvertrag abzuschaffen. Die Ideologie dahinter sei, den „Arbeitsbürger“ durchzusetzen, der frei von kollektiven Zwängen als scheinbar Gleicher die „Ware“ Arbeitskraft aushandelt. Dieses Konzept führe anderthalb Jahrhunderte zurück, in die Zeit vor der Schaffung der ersten Flächentarifverträge und der Gründung von Gewerkschaften. Silke Leuckfeld ■

Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Chef, Gerd Kirchgäßner, Abteilungsleiter Druck, Papier, Verlage und Ulrike Maercks-Franzen, dju-Bundesgeschäftsführerin zur Eröffnung in Halle (v.l.n.r.)



Foto: Jürgen Seidel

tragen und Workshops Präsenz, um den Nachwuchs frühzeitig mit der Gewerkschaft bekannt zu machen („M“ 1–2/2002; „M“ 1–2/2003). Die Bundeskonferenz setzte sich dafür ein, das Projekt als Regeleinrichtung fortzuführen.

Auch sonst handelte die dju-Spitze verstärkt nach der Devise „Flagge zeigen“ – etwa mit Auftritten bei Podiumsdiskussionen oder mit den jährlichen Journalistentagen, zuletzt zum Thema „Wozu noch Recherche?“. Damit, meinte Protze, habe die dju bewiesen, dass sie mehr sei als eine reine Berufsorganisation; sie übernehme auch gesellschaftliche Verantwortung.

Glaubwürdigkeit der Medien gefährdet

Natürlich kamen in der Rede die Verleger nicht ungeschoren davon: Sie würden wie selbstverständlich davon ausgehen, dass die Beschäftigten jede Gehaltsanhebung selbst finanzieren müssten – durch Einschnitte an anderer Stelle. Arbeitslose würden „als Geiseln genommen“, um die Arbeitenden unter Druck zu

setzen. Hinzu komme die schamlose „Selbstkannibalisierung in den Redaktionen“, also das „gnadenlose Ausspielen der jungen Kollegen gegen die alten und umgekehrt“. Protze appellierte an die Solidarität der Kolleginnen und Kollegen. Und sie sollten sich für journalistische Qualität einsetzen. „PR-Schreibtische und Redaktions-schreibtische rücken immer mehr zusammen“, klagte er. Das sei „eine Art Selbstmordprogramm“, ein „Erosionsprozess“, der die Glaubwürdigkeit der Medien gefährde.

In der zunächst zäh anlaufenden, aber dann immer lebhafteren Debatte verteidigten manche Delegierte die PR-Arbeit, solange sie sauber vom Redaktionellen getrennt werde. Der für internationale Zusammenarbeit zuständige Wolfgang Mayer warf dem „deutschen Medienkapital“ vor, schon im Inland Sozialdumping zu betreiben; „oft sogar menschenunwürdig“ seien aber die professionellen und menschlichen Standards bei den von ihnen aufgekauften Zeitungen „zwischen Polen und Bulgarien“.

Beschlossen wurde, die wichtigsten Tarifforderungen mit anderen Fachgruppen zu koordinieren



Foto: Jürgen Seidel

Wahlen nicht mehr immer geheim Neue Geschäftsordnung

Eine gute Nachricht für alle Mitglieder, die häufig die Begriffe „Fachbereich“ und „Fachgruppe“ durcheinander bringen und eine Abneigung gegen Wortungetüme haben: Gremien wie der „dju-Bezirksfachgruppenvorstand“ oder die „dju-Bundesfachgruppenkonferenz“ heißen künftig nur noch „dju-Bezirksvorstand“ und „dju-Bundeskonferenz“. Das sieht die in Halle beschlossene neue Geschäftsordnung der dju vor.

Nach kurzer Diskussion wurde auch die Vorschrift gestrichen, dass alle Vorstände geheim gewählt werden müssen. Dies gilt künftig nur noch für den Bundesvorstand, während auf den unteren Ebenen offen abgestimmt werden kann, solange nicht ein Mitglied geheime Wahl beantragt.

Ohne jede Debatte wurde mit der als Ganzes verabschiedeten achtseitigen Beschlussvorlage auch die Regelung gekippt, dass in Vorständen immer auch ein Vertreter der Freien sitzen muss. Neu ist der Vertreter der Jugend im Bundesvorstand. Außerdem bekommen die Orts- und Bezirksvorstände das Recht, Anträge an die Bundeskonferenz zu stellen. stg ■

In vielen Diskussionsbeiträgen schwang Enttäuschung und Ratlosigkeit mit. Etliche Freie, so klagte eine Delegierte, arbeiteten zu Dumpingpreisen, und viele Redakteure ließen sich zum „Produktionsvieh“ degradieren, ohne sich zu wehren. Stattdessen „reden sie den Verlegern nach dem Mund“.

Geringere Aktionsfähigkeit in den Betrieben

„In den zentralen tarifpolitischen Fragen sind wir gescheitert.“ Diese schonungslose Bilanz zog dju-Bundesvorstandsmitglied Malte Hinz. Vor allem der „defensive Politikan-satz“ sei dafür verantwortlich, aber auch die nachlassende Aktionsfähigkeit in den Betrieben. Wegen mangelnder Kampfkraft werde sich die dju wohl auch auf das magere

Arbeitgeber-Angebot beim Gehalts-tarifvertrag für Tageszeitungsredakteure einlassen. „Trotz geballter Faust in der Tasche“, so der hessische Mediensekretär Manfred Moos, bleibe nichts anderes übrig. Andernfalls würden die Verleger den tariflosen Zustand verstärkt für Neueinstellungen weit unter Tarif nutzen.

Kampagne für Manteltarif

Offensiver will ver.di den Streit um den Manteltarifvertrag für Tageszeitungsredakteure führen. „Wir wollen unsere eigenen Vorstellungen über Qualitätsjournalismus einbringen“, sagte Tarifsekretär Matthias von Fintel. Hinz nannte als Forderungen unter anderem auch Antrittsgelder für Samstagdienste und einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung. Die Bundeskonferenz forderte Vorstand und Tarifkommission dazu auf, schnell eine solche „Manteltarif-Kampagne“ zu entwickeln.

Mehrfach wurde in der Diskussion der Wunsch laut, dass die dju bei Tariffkämpfen mehr Unterstützung von anderen Fachgruppen oder sogar der gesamten Gewerkschaft bekommen müsste. Beschlossen wurde, dass zumindest mit den Fachgruppen Druckindustrie / Zeitungsverlage sowie Verlage / Agenturen die wichtigsten Tarifforderungen koordiniert werden sollen.

Die Tarifrunden für Redakteure und arbeitnehmerähnliche Freie sollen „künftig stets gemeinsam geführt“ und Abschlüsse für die Festangestellten erst dann unterschrieben werden, „wenn auch gleichzeitig angemessene Tarifierungen für Freie ausgehandelt wurden“. Nachdrücklich setzt sich die dju für die Durchsetzung von Vergütungsregeln für freie Journalisten und Fotografen ein, wie sie durch das neue Urheberrecht möglich geworden sind.

Die Kongressteilnehmer erhoben auch energisch ihre Stimme gegen einen drohenden Irak-Krieg. Alle Medienschaffenden seien aufgefordert, bei diesem Thema „die ethischen und handwerklichen Regeln strikt zu beachten.“ Das gelte vor allem für die Pflicht zur Wahrhaftigkeit, die „professionell gebotene Distanz zu den Konfliktparteien“ und das transparente Darlegen der Quellen. In einer zweiten Resolution aus Niedersachsen / Bremen unter dem Motto „Krieg ist keine Lösung! Krieg ist ein Verbrechen!“ wurde verlangt, dass die USA im

Ernstfall nicht ihre Einrichtungen in Deutschland nutzen dürften und dass die Bundeswehr aus Afghanistan und dem vorderen Osten zurückkehren müsse.



Foto: Jürgen Seidel

Bei aller Ernsthaftigkeit kam in Halle der Spaß nicht zu kurz. Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen präsen­tierte ein Zeitungs­foto von 1970 mit Manfred Protze als Studentensprecher unter einem Saal-Transparent: „Übt Revolutionäre Selbstdisziplin! Keine ...“ – der Rest war abgedeckt, damit sich die Delegierten an einem Wettbewerb für den schönsten Slogan beteiligen konnten. Die Vorschläge reichten von „Keine Fisimatenten“ bis „Keine Kopulation mit Klassenfeinden!“. Prämiert wurden die Sprüche „Keine Vorstandsposten vor 2000!“ (bezogen auf die Karriereplanung von 1970) und „Keine Interviews mit Journalisten!“ Das Original ging übrigens so weiter: „Keine Zigaretten auf den Teppich!“ Eckhard Stengel ■

Dank an Rudi Munz

Zwölf Jahre lang hat er als Bundesgeschäftsführer die Fachgruppe Journalismus betreut – jetzt wurde Rudi Munz auf der dju-Bundeskonferenz nachträglich für seine Arbeit gewürdigt. Mit einer „moderativen, fast stoischen Ruhe“ habe er sein Amt geführt, lobte ihn dju-Bundeschef Manfred Protze und fügte hinzu: „Rudi, ich muss sagen, mir fehlt was.“ Auch die neue dju-Bundesgeschäftsführerin Ulrike Maercks-Franzen dankte ihrem Vorgänger. Er ist seit 2001 in Baden-Württemberg Landesfachgruppensekretär für Verlage und Agenturen, fungiert aber auch als stellvertretender dju-Landesgeschäftsführer. Insofern sei er „Pendler zwischen den Fachgruppen“, sagte Munz. „Meine alte Heimat dju/SWJV habe ich nicht ganz verloren“, meinte er in Anspielung auf den früheren Verbandsnamen. stg ■



Foto: Jürgen Seidel

„Resignation und Jammern nutzen nichts“

Professor Kleinsteuber macht der dju Mut, und die beschließt eine Qualitäts-Charta

Gnadenlos analysierte der Hamburger Politik- und Journalistikprofessor Hans J. Kleinsteuber als Gastredner die Medienlandschaft und benannte pointiert die Krisensymptome.

Medien seien die einzigen Unternehmen, die sich „von Dritten aushalten“ lassen: der werbenden Wirtschaft. Wegbrechende Werbeeinnahmen rufen die Konsolidierung auf den Plan, „die schlagen kahl, verschlankten Redaktionen oder lösen sie ganz auf“, so Kleinsteuber in einer seiner zehn Krisenthesen. Die einen Journalisten würden entlassen, die anderen betrieben aus Angst vor Kündigung Selbstzensur und hätten durch Personalmangel weniger Zeit zum Recherchieren.

Kleinsteuber geißelte Fehlinvestitionen in „völlig überschätzte“ digitale Technologien und kostenlose Internetangebote. „Eine Generation selbstgefälliger und eitler, dazu immer auf das eigene Wohl bedachter Spitzenmanager hat auf Teufel komm heraus expandiert, investiert und verschuldet.“ Das geforderte Gürtel-enger-Schnallen würde leichter fallen, wenn die Unternehmen nicht früher „das Geld mit vollen

Händen ausgegeben“ hätten. Bei mehr Mitbestimmung hätten „einige der maßlosesten Manöver noch gestoppt werden können“.

Und dann die Verflachung der Inhalte! „Vor 20 Jahren hätte Dieter Bohlen nie das werden können, was er heute ist“, klagte Kleinsteuber. „Eine Medienlandschaft, die nur noch aus Seifenopern, Dudelradios und Anzeigenblättern besteht, zerstört unsere Zukunftsfähigkeit.“

Medienpolitisch melden

„Aber Resignation und Jammern nutzen nichts“, sprach er den Delegierten Mut zu. „Selbstgefälliges Machtgebaren“ könne „nur durch Gegenmacht konterkariert werden“. Deshalb müssten sich die Gewerkschaften „politisch einschalten und medienpolitisch zu Wort melden“.

Der Professor sprach vielen aus der Seele. Manche Medien seien nicht die Schule der Nation, sondern eher der Kindergarten, sagte Bundesvorstandsmitglied Franz-Josef Hanke. Manfred Protze nannte die bedrohte Qualität ein „kulturelles Erbe“, das in einem breiten gesellschaftlichen Bündnis verteidigt werden müsse. Ein Delegierter

warb mehrfach für radikalere Lösungen, zum Beispiel, alle Werbeerlöse in einen Pool einzubringen, aus dem dann auch schwächere Medien versorgt würden. Ein anderer meinte, es gebe auch eine „Krise in den Köpfen“ der Journalisten. Er klagte über Agenturgläubigkeit und mangelnde Selbstreflexion.

Als konkreten Beitrag zu dieser Debatte beschloss die Bundeskonferenz einmütig eine „Charta zur Sicherung von Qualität im Journalismus“ – Basis war eine Entschließung aus Baden-Württemberg von 1999. Journalisten und Medienunternehmer seien aufgefordert, gesellschaftlich akzeptierte Leitbilder, Qualitätsstandards und Ziele gemeinsam zu definieren, innere Pressefreiheit und die Mitwirkung der Journalisten dabei zu sichern, heißt es in der Charta. „Journalismus orientiert sich an den ‚Publizistischen Grundsätzen‘ des Deutschen Presserates.“ Eine „verbindlich geregelte und stetige Aus- und Weiterbildung“ sei ebenso nötig wie „gute Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit“. Da Journalismus von Unabhängigkeit lebe, dürfe der Kampf um Marktanteile nicht die Grenzen von Information und

Prof. Dr. Hans Kleinsteuber vom Institut für Politikwissenschaften an der Universität Hamburg

„Flötentöne“ zur Entspannung: Henner Wolter mit seiner Band Vorspiel



Foto: Jürgen Seidel

„Menschen Machen Medien“ bleibt

Die Mitgliederzeitschrift „M“ soll „in vollem Umfang“ mit mindestens zehn Heften pro Jahr erhalten bleiben. Das bekräftigte die dju-Bundeskonzferenz in einer einmütig verabschiedeten Resolution. „Ich finde es nachgerade beschämend, solche Anträge alle vier Jahre vorbringen zu müssen“, klagte ein Delegierter. Zuvor hatte schon der Bundesvorstand in seinem Rechenschaftsbericht erwähnt, dass „M“ nur „gegen massiven Druck“ erhalten werden konnte. Sein Fazit: „Wachsamkeit und gegebenenfalls auch Kampfbereitschaft für die Sicherung des Magazins bleiben gefragt.“

Immerhin versicherte der Leiter des Fachbereichs Medien, Kunst und Industrie, Frank Werneke, dass Organe wie „M“ von „besonderer Bedeutung“ seien und weiter existieren sollen. Schon jetzt gebe der Fachbereich ein Drittel seines Etats für Publikationen aus. Zur Zeit werde geprüft, ob ver.di bei der Anzeigen- und Abo-Verwaltung mit einem geeigneten Verlag kooperieren könne, statt auch diese Arbeiten „nur mit Bormitteln“ zu erfüllen. Ein weiter gehender Vorschlag aus Baden-Württemberg, „M“ vielleicht ganz an einen Fachverlag zu vergeben, stieß auf energischen Widerspruch und wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

stg ■

Werbung verwischen. Redakteure müssten zeitliche Freiräume für intensive Recherchen bekommen.

Es folgten mehrere Einzelanträge. So soll das Kartellrecht im Sinne der Medienvielfalt verbessert werden – samt Meldepflicht für alle Kapitaltransaktionen im Medienbereich. Erneut wurde die Abschaffung des Tendenzschutzes gefordert, der die Mitbestimmung weitgehend ein-

schränkt. Bis es soweit ist, sollen die Verlage und vor allem Gewerkschaften freiwillig auf seine Anwendung verzichten. Die rot-grüne Koalition wurde aufgefordert, endlich ihr schon im Koalitionsvertrag angekündigtes Informationsfreiheitsgesetz zu verwirklichen, das einen umfassenden Zugang zu amtlichen Informationen garantieren soll.

Eckhard Stengel ■



Fotos: Jürgen Seidel

Frei und arbeitslos

Gesetzgeber gefordert: Arbeitslosenversicherung für Selbständige

Auf der Bundeskonferenz nach kurzer Debatte einstimmig verabschiedet: Die Aufforderung des Hamburgerer dju-Ortsvereins an die ver.di-Spitze, sich massiv dafür einzusetzen, dass die Künstlersozialkasse (KSK) endlich um eine entscheidende Säule der Sozialversicherung erweitert wird, die Arbeitslosenversicherung.

Schriftstellern dient er als beliebter Handlungsträger, bayerischen Politikern als Schimpf: der arbeitslose Journalist. Mutig und unverschämt, unterversichert in allen Lebenslagen, neuerdings immer zahlreicher werdend. Von den fünf Säulen staatlich garantierter Sicherheiten gelten für ihn bzw. sie in der KSK nur drei: die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Unfall- und Arbeitslosenversicherung fehlen.

„Für selbstständige Künstler und Publizisten gibt es bis heute keine soziale Absicherung für den Fall des Ausbleibens von Arbeitseinkünften, also Auftragsrückgang oder Forderungsausfall. In dieser Situation, wenn das Mindesteinkommen unterschritten wird, endet die Sozialversicherung“, beklagte dju-Justiziar Wolfgang Schimmel bereits vor Jahren. Das muss sich ändern.

10.000 arbeitslose Journalisten

ver.di geht mittlerweile von 10.000 arbeitslosen Journalistinnen und Journalisten aus – eine berufsbedingte Arbeitslosenquote von etwa

14% mitten in der Branchenkrise. Der Statistik des Arbeitsamtes zufolge erhalten höchstens 3.000 Arbeitslosengeld. Gut 20.000 freie Journalisten sind bei der KSK versichert.

Arbeitslos? Als Journalist? Noch dazu als freier? Geht das überhaupt? „Selbständige können ihren Arbeitsplatz nicht verlieren“, stellte die Bundesregierung in ihrem Bericht zur sozialen Lage der Künstlerinnen und Künstler 2000 kategorisch fest. Geschenkt, nur leben lässt sich nicht davon. Aber weil letztlich jeder selbst bestimmen könne, wann die miserable Auftragslage der Arbeitslosigkeit gleichzusetzen ist, seien „Manipulationen nicht zu vermeiden“. Zudem könne das Arbeitsamt „nicht auf eine schnelle Beendigung der ‚Arbeitslosigkeit‘ hinwirken“ – wie andernorts?

Damit aber bestehe die „Gefahr, dass die Arbeitslosenversicherung bei einer solchen Regelung zur Überbrückung einer (vorübergehend) schlechten Auftragslage genutzt werden könnte.“ Der legale Regelfall für ehemals fest angestellte Kollegen soll für hauptberuflich vom Schreiben (Malen, Musizieren) lebende KSK-Versicherte nicht gelten dürfen, auch nicht für frisch entlassene Volontäre. Ein gewisses Maß an Nebeneinkünften kann ja jeder Leistungsbezieher haben, solange er bereit ist, davon die Hälfte dem Amt abzugeben.

„Schwierige Abgrenzungsprobleme“, das Fehlen von „prüffähigen

Kriterien“ für den Zeitpunkt des Beginns der Arbeitslosigkeit – diese vorgeblich unüberwindbaren Schwierigkeiten blockierten 2000 jede nähere Befassung. Lösungen oder Alternativen zu entwickeln, wäre Aufgabe des Gesetzgebers. Wenn der es nicht schafft, muss ver.di ihm auf die Sprünge helfen.

Plötzlich finanzierbar

Einen durchschnittlichen Schreiberling, der der KSK ein jährliches Einkommen von knapp 14.000 € meldet, würde die Arbeitslosenversicherung monatlich rund 37 € kosten. Dafür käme er im Fall des Falles auf gut 500 € Arbeitslosengeld und wäre ABM- und Fortbildungsförderfähig. Umschulung statt putzen oder Taxi fahren, der Aufstieg aus dem Traumberuf, wie ihn so manche und mancher derzeit proben, wäre plötzlich finanzierbar. Qualifizierte Weiterbildung, erst recht eine echte Fortbildung für arbeitslose, sprich: auftragsschwache Freie führt meist unmittelbar zum Ausbau der Geschäftsbeziehungen. Sollte diese Binsenweisheit heute etwa nicht mehr gelten, wie es Hamburgs Wirtschafts- und Gute-Laune-Senator Gunnar Uldall (CDU) gegenüber der dju unlängst vertrat?

Die Erweiterung der KSK um die Säule der Arbeitslosenversicherung würde den Bund ca. 17 Mio. Euro kosten. Auf die gut 40.000 abgabepflichtigen Verwerter käme im Schnitt ein zusätzlicher Betrag von jährlich gut 600 € zu – Peanuts, für die es sich zu streiten lohnt.

Fritz Gleiß ■

Viel Diskussionsstoff unter den Deligierten: Drei Dutzend Anträge und Resolution mussten an den drei Konferenztagen der dju in Halle an der Saale unter die Lupe genommen werden.



ver.di in Verlagen

Für eine bessere Zusammenarbeit der Fachgruppen in der Verlagsbranche

Es war nicht nur die erste, sondern die „allererste“ Konferenz der neuen Bundesfachgruppe Verlage und Agenturen. Im Vordergrund der Beratungen der insgesamt 33 Delegierten stand der Handlungsbedarf dieser und anderer Fachgruppen angesichts der Krise in der Medienwirtschaft.

Die Fachgruppe Verlage und Agenturen sieht sich als „offene Fachgruppe“: Außer den ver.di-Mitgliedern in Zeitschriften- und Buchverlagen, Kommunikationsagenturen, Nachrichtenagenturen und anderen verlagsnahen Medienbetrieben arbeiten auch Mitglieder anderer Verlags-Fachgruppen, insbesondere aus Zeitungsverlagen, mit. Gleiches soll in Zukunft auch für ver.di-Mitglieder aus dem Fachbereich Handel (Buchhandel) gelten. Eine der wichtigsten Lehren aus der bisherigen Krise der Printmedien sei eine engere Zusammenarbeit der ver.di-Fachgruppen in Verlagen. Auf der Konferenz wies der zuständige ver.di Sekretär Martin Dieckmann darauf hin, dass die Konzerne alle Verlagsbranchen steuern, dem aber in der bisherigen Fachgruppenstruktur nicht wirksam begegnet werden kann. Deshalb gäbe es mehr als nur Berührungspunkte mit der Fachgruppe Druckindustrie und Zeitungsverlage, aber auch der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju).

Die fachgruppenübergreifende Zusammenarbeit soll künftig in dem neuen Projekt „ver.di in Verlagen“ geschehen, das die Fachgruppe Verlage und Agenturen den anderen vorschlagen will. Der Antrag enthält bereits einen detaillierter Arbeitsvorschlag. Dazu gehört die Analyse und Dokumentation der Branchenentwicklung, aber auch die Zusammenarbeit der Betriebsräte und Betriebsgruppen. Zusätzlich soll eine neue, gemeinsame Internetplattform entwickelt werden, auf der sich sowohl Aktive als auch Interessierte informieren können. Dies ähnlich dem bisherigen Internetauftritt der Bundesfachgruppe Verlage und Agenturen unter www.verdi-verlage.de. Dessen Erfolge sind beachtlich. „Wir haben bis zu 50.000 Zugriffe monatlich“, sagte Holger Artus, der zu dem kleinen Team Ehrenamtlicher gehört, die den Internetauftritt betreiben. Auf der Seite stehen Informationen über die Verlagsbranche allgemein, aber auch über einzelne Unterneh-

men und über die aktuelle Entwicklung in den Konzernen. Martin Dieckmann bedankte sich für das Engagement der Ehrenamtlichen. Ziel sollte auf lange Sicht ein gemeinsames „Portal Medienarbeit“ aller Medienfachgruppen.

Die Bundesfachgruppe wurde erst vor zwei Jahren gegründet. Bislang gab es einen Übergangsvorstand, nun wurde der neue Bundesfachgruppenvorstand gewählt. Ihm gehören Mitglieder aus allen Landesbezirksfachgruppen an. Zum Vorsitzenden wurde Christian-Ulrich Behring gewählt, stellvertretende Vorsitzende sind Isolde Künzler, Holger Artus und Günter Weißmüller. Zusammen bilden sie auch den geschäftsführenden Vorstand.

Neuer Vorstand gewählt

Mit dem Problem, neue Mitglieder zu gewinnen, beschäftigte sich ein Antrag, der lebhaft diskutiert wurde. In der Kritik stand die so genannte Werber-Geldprämie, die Ehrenamtliche erhalten, wenn sie ein neues Mitglied gewinnen. Die hessische Delegierte Marija Orëšnik forderte die sofortige Abschaffung der so genannten „Kopf-Geld-Prämie“: „Ich will kein Geld. Ich werbe neue Mitglieder aus Überzeugung.“ Die Zahlung sei überflüssig und schade dem Ansehen der Ehrenamtlichen. „Von dem Geld könnte man den neuen Mitgliedern für eine gewisse Zeit den Beitrag verringern oder ihnen ein kleines Willkommensgeschenk überreichen“, schlug Marija Orëšnik vor. Die bisher aufgelaufenen Werberprämien seien nach ihrer Kenntnis noch nicht ausgezahlt worden. Sie regte an, diese Summe für einen wohltätigen Zweck zu spenden. Die Delegierten folgten ihrer Argumenta-

tion und nahmen den Antrag an. Als ein großes Problem wurden die ausufernden Überstunden in den Betrieben und eigene Erfahrungen diskutiert. Ein Antrag aus Hessen forderte hierzu weit reichende gesetzliche Regelungen, einschließlich einer gesetzlichen Arbeitszeitverkürzung. Eine lebhaft Diskussion über das Schlüsselthema Arbeitszeit, nicht nur in Verlagen, schloss sich daran. Nur durch eine Gesetzesänderung, die die zulässigen Arbeitsstunden pro Jahr auf 1800 beschränkt, könne der ständigen Mehrarbeit Einhalt geboten werden. Außerdem soll die gesetzliche Wochenarbeitszeit von immer noch 48 Stunden auf 40 gesenkt werden und der gesetzliche Urlaubsanspruch auf sechs Wochen erhöht werden. Ohne Kontrolle sei dies aber nicht durchsetzbar. Der Arbeitgeber müsse verpflichtet werden, die geleisteten Stunden genau zu dokumentieren. Die Forderung nach neuen Gesetzen würde nicht ausreichen, darin waren sich die Delegierten einig.

Bei den Wahlgängen kam Unruhe über den so genannten Gewerkschaftsproporz auf. Die Fachgruppe Verlage und Agenturen ist auf besondere Weise eine ver.di-Fachgruppe: IG Medien, HBV und DAG kamen hier zusammen. Aber niemand will mehr etwas von der Vergangenheit wissen. Es wurde sogar gefordert, gar keine Angaben zur Quellgewerkschaft mehr zu machen. Ironie am Ende: Eine Delegierte aus Sachsen meinte, wenn es schon um Quellgewerkschaften ginge, dann wäre ihre Quellgewerkschaft nicht die IG Medien, sondern der FDGB.

Silke Leuckfeld ■



(Bilder oben)
Lebhaftes Debattieren

(Bild unten)
Seit Jahrzehnten im Verlagsbereich aktiv: Die Bundesfachgruppe Verlage und Agenturen bedankt sich bei Doris Idler (2.v.l.), Mitarbeiterin in der Bundesfachbereichsverwaltung, für ihre Verdienste „um die Sache, vor allem aber um die Menschen“ der „neuen Fachgruppe in einer neuen Gewerkschaft“, so der zuständige ver.di-Sekretär Martin Dieckmann (1.v.r.). Christian-Ulrich Behring (Mitte) ist der neue Bundesfachgruppenvorsitzende.



Fotos: Jürgen Seidel

**Berlinale
Bären ...**

53. Internationale Filmfestspiele von Berlin – eine Auswahl der Preisträger. Goldener Bär, Friedensfilmpreis und Kirchenpreis der Ökumenischen Jury: „In This World“ von **Michael Winterbottom** (Großbritannien); großer Preis der Jury: „Adaptation“ von **Spike Jonze** (USA); Regie: **Patrice Chéreau** für „Son frère“ (Frankreich); Darstellerinnen: **Meryl Streep, Nicole Kidman** und **Julianne Moore** in „The Hours“ von **Stephen Daldry** (USA); Darsteller: **Sam Rockwell** in „Confessions of A Dangerous Mind“ von **George Clooney** (USA); künstlerische Leistung: **Li Yang** für „Blinder Schacht“ (China); Filmmusik: **Majoly, Serge Fiori, Mamadou Diabaté** für „Madame Brouette“ von **Moussa Sene Absa**; Alfred-Bauer-Preis: „Ying Xiong“ („Hero“) von **Zhang Yimou** (China); bester europäischer Film: „Good Bye, Lenin!“ von **Wolfgang Becker** (Deutschland); FIPRESCI-Preis der Kritiker: „Lichter“ von **Hans-Christian Schmid** (Deutschland), Reihe Panorama: „Wolfsburg“ von **Christian Petzold**; Goldener Bär für ein Lebenswerk: die Schauspielerin **Anouk Aimée** (Frankreich); Berlinale-Kamera für ein Lebenswerk: der Filmproduzent **Artur Brauner**; Berlinale-Kamera für Verdienste um den deutschen Film: die Filmjournalistin und Dramaturgin **Erika Richter**.



Foto: Verleih

Andreas Dresen (vorne links) bei Dreharbeiten für „Herr Wichmann von der CDU“

Realsatire pur

Die Berlinale 2003 gab sich politisch ambitioniert

Towards Tolerance: Das Motto der 53. Berlinale war in aller Munde. Und tatsächlich werden die jüngsten Berliner Filmfestspiele Geschichte schreiben, weil sie in einer angespannten weltpolitischen Lage ein Forum für politische Diskussionen und letztlich für ein kollektives Nein gegen einen Irak-Krieg schufen.

Viele Hollywoodstars nutzten ihre Presse-Auftritte für Kritik an der amerikanischen Regierung, die Bärenvergabe fiel in weltweite Antikriegsdemos und die Jury demonstrierte symbolisch mit, indem sie Michael Winterbottoms semi-dokumentarisches Flüchtlingsdrama „In This World“ zum Sieger kürte.

Das breite politische Interesse auf der Berlinale konzentrierte sich aber ausschließlich auf die Kriegsfrage. Ausgerechnet der brisanteste deutsche politische Beitrag von Andreas Dresen – „Herr Wichmann von der CDU“ – fand kaum Beachtung in der Presse. Das gibt zu denken, denn Dresen ist ja schließlich kein Unbekannter im deutschen Kino. Seine „Halbe Treppe“, für die er den Silbernen Bären erhielt, war der Publikumsliebbling der Berlinale 2002. Seine jüngste Dokumentation ist eine brillante Realsatire. Schenken ihr die Medien so wenig Aufmerksamkeit, weil sie auf die CDU, die jüngst auf den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen große Sympathien zurückeroberte, kein gutes Licht wirft? Umso bemerkenswerter vielleicht, dass der konservative Bayerische Rundfunk, der schon so manche Sendung aus politischen Gründen kurzfristig abgesetzt hat, diesen Film für die Fernsehreihe „Denk ich an Deutschland“ mitproduziert hat.

Arbeitslosigkeit, zusammenbrechende Märkte, Zuwanderung und Politikverdrossenheit: Alle großen Themen klingen an. Und tatsächlich ist Henryk Wichmann aus der Uckermark, Direktkandidat der CDU im jüngsten Bundestagswahlkampf und Protagonist dieses Films, allen Ernstes überzeugt davon, alle wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Diese Selbstgewissheit macht den erst 25-Jährigen, der mit seiner schwangeren Freundin betont familienfreundlich für Werbeaufnahmen posiert, zu einer tragikomischen Figur. Dresen hat Wichmann vor den Bundestagswahlen einen Monat lang durch den entlegenen Nordosten Brandenburgs begleitet. Er zeigt den absurden Kampf um Wählerstimmen inmitten einer weitgehend desillusionierten Gesellschaft. Denn Wichmann, der mit dem Slogan „Frischer Wind bringt Bewegung in die Politik“ von Infostand zu Infostand tourt, Passanten hinterher jagt, Broschüren verteilt, Altenheime besucht und unter dem Parteischirm stürmischen Winden trotz, weiß letztlich keine Antworten auf die Sorgen und Ängste der Menschen, die sich einem Dialog mit ihm öffnen. Auch Kritik stößt bei ihm auf taube Ohren.

Die Frösche der Grünen

Niemand kann den ehrgeizigen jungen Mann dazu bewegen, seine parteipolitischen Ziele auch nur ansatzweise infrage zu stellen. Beharrlich verteidigt er seine Absichten, gegen die vermeintliche Dominanz des Naturschutzes vorzugehen, die zerschundene Autobahn zu erneuern, Investoren anzulocken, um die Abwanderung der Jugend zu stoppen. Absurd werden die Dis-

kussionen, wenn er sich wieder einmal über die Grünen aufregt, die der Wirtschaft angeblich schaden, weil sie für das Wohl der Frösche eintreten. Überhaupt ist „Herr Wichmann von der CDU“ im Zuge der ungemeinen Blauäugigkeit des Titelhelden voll von Situationskomik.

Am stärksten ist Wichmann bei seinem Besuch im Seniorenheim überfordert. Zwar hört er den Alten zu, aber er ist nicht imstande, sich in Menschen hineinzuzusetzen, deren Lebenssituation eine völlig andere ist. „Haben Sie Kinder“, fragt er einen Achtzigjährigen, der traurig ist, dass sich niemand um ihn kümmert. Der Alte schüttelt den Kopf, Wichmann verabschiedet sich hilflos. Unangenehm fällt der Politiker auf, wenn er hinter vorgehaltener Hand vertraulich über „die Ausländer“ spricht, um sich den Menschen populistisch anzudienen oder billige Häme über seine politischen Gegner ausschüttet.

Anstandslos autorisiert

Dabei haut Dresen seinen Protagonisten keineswegs in die Pfanne. Im Gegenteil: Die Konditionen waren überaus fair: Wichmann war sein eigener Regisseur. Er hatte es in der Hand, ständig neue Begegnungen und Situationen zu provozieren. Die ganze Zeit über konnte er entscheiden, ob er gefilmt werden will oder nicht. Dass er von einem solchen Einspruchsrecht keinen Gebrauch gemacht hat, ja diesen Film sogar anstandslos autorisiert hat, macht ihn zwar auf eine entwaffnende Art sympathisch. Aber seine Karriere als Politiker wird dieser Film gewiss nicht fördern.

Towards Tolerance: Da hätte man eigentlich auch erwartet, dass Filmemacherinnen stärker zum Zuge kommen. Tatsächlich fand sich unter 22 Wettbewerbsfilmen nur einer, in dem eine Frau Regie geführt hat. Und auch in der Konkurrenz um den schwulesbischen Teddy Award ließen sich die wenigen Beiträge, in denen Lesben sichtbar werden, an der Hand abzählen. Dafür ist sicherlich nicht allein das Auswahlgremium verantwortlich, sondern auch die Filmwirtschaft. So hat sich laut einer Statistik des Verbandes der Filmarbeiterinnen (Vefi) die deutsche Filmförderung im Jahr 2001 nur an 121 Frauen (24,5 Prozent) unter 494 Gesamtprojekten beteiligt. Noch bescheidener fiel das Budget für Filmemacherinnen aus: Nur 19,4 Prozent der Fördergelder kamen ihnen zu gute. Kirsten Liese ■

Cinema for Peace

Internationaler Friedens-Filmpreis für „No Man's Land“ von Danis Tanovic'

Einen gesellschaftlichen Höhepunkt auf der 53. Berlinale bildete die „Cinema for Peace-Gala“ im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt. Zu dem riesigen Prominentenaufgebot aus der Medien-, Pop- und Filmbranche gehörten Stars wie Bob Geldorf, George Clooney, Catherine Zeta-Jones und Hannelore Elsner.

Wie im vergangenen Jahr kooperierte der in Berlin ansässige Konzert- und Unterhaltungsveranstalter „Star Entertainment“ mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF, dessen Botschafter Roger Moore die Gastgeberrolle für rund 600 Gäste übernommen hatte. Etliche der Gäste beteiligten sich mit Preisen – wie einem Gladiatorschwert von Ralf Möller oder einem Abendessen mit Veronica Ferrer – an der programmatischen Unicef-Auktion. Immerhin 265.000 Euro gingen aus den Erlösen der Versteigerung an Unicef.

Dustins besondere Festrede

Bewegendster Moment der diesjährigen Gala aber war die Festrede von Hollywoodstar Dustin Hoffman. „Ich bin nicht antiamerikanisch, aber gegen die Strategie der amtierenden amerikanischen Regierung“, lautete der entscheidende Satz seiner engagierten Rede. Wie bereits andere amerikanische Künstler, sprach er sich deutlich gegen den drohenden Irak-Krieg aus.

Weiterer Höhepunkt der Veranstaltung sowie inhaltliches Fundament war die erstmalige Verleihung des internationalen Friedens-Film-

preises „Diamond Bucherer Award for Peace“ unter der Patenschaft von Bob Geldorf. Dieser Preis soll nun alljährlich an Regisseure verliehen werden, die sich für Humanität und die Verständigung zwischen den Völkern einsetzen. Diesmal war der Gewinner „No Man's Land“ von Danis Tanovic'. Der brillante satirische Antikriegsfilm gewann bisher 40 internationale Preise, darunter der Oscar und der Golden Globe.

Der Krieg als grausame Farce

„No Man's Land“ ist schauerlich komisch. Der wirkungsvolle zynische Antikriegsfilm stammt von einem Filmemacher, der weiß, wovon er spricht. Der junge Bosnier mit der Wahlheimat Belgien war als Filmer der bosnischen Armee selbst an der serbisch-bosnischen Front. So zeigt er den Krieg nicht wie Genre-Klassiker mit Blick auf Unmengen von Blut und große Schlachten. Er geht so nah ran, dass man tief in die Taktiken und Wurzeln des Krieges blicken kann und erkennen muss, dass dieser Wahnsinn eine Geistesverfassung ist – die Fortsetzung der vielen kleinen Kriege des alltäglichen Lebens.

Während des Bosnien-Krieges stehen sich in einem verlassenen Schützengraben, im Niemandsland zwischen der serbischen und bosnischen Front, plötzlich zwei gegnerische Soldaten gegenüber. Wie in einem klaustrophobischen Kammerpiel entwickelt sich zunächst ein Kampf. Dieser wird völlig unverhofft unterbrochen, als die beiden einen dritten Mann ent-

decken, der auf makabere Weise an diesen Ort gefesselt ist. Im Glauben, dass er tot sei, wurde er auf eine Granate gelegt, die sich entzünden würde, sobald er sich bewegt. Da die beiden Feinde sich dadurch genauso in Lebensgefahr befinden, versuchen sie, Hilfe zu bekommen. Als ein französischer Blauhelm-Soldat der unmenschlichen Situation nicht tatenlos zusehen will, entspinnt sich ein grotesker Konflikt. Kommandanten, die sich hinter Vorschriften verschanzen, hilflose deutsche Spezialisten und eine gnadenlose englische Kriegskorrespondentin spielen ein Spiel, bei dem keiner unschuldig bleibt.

Ganz normale Anti-Helden

Im Ambiente leuchtend bunter Landschaftsaufnahmen, die an die Stimmung von Urlaubspostkarten erinnern, spiegelt sich das Grauen. Zusammen mit den außerordentlich passenden Darstellern, die ganz normale Anti-Helden verkörpern, unterstützen die starken formalen Kontraste die Aussage über die Absurdität des Krieges. Das Schlussbild des Filmes greift dies in entsetzlich verrückter Art auf. Aber wir wollen nicht zuviel verraten. „No Man's Land“ ist ein schmerzhaft komischer Film. Er ist ein mutiges und kompromissloses Pamphlet gegen den Krieg, bei dem einem jedes Lachen im Halse stecken bleibt. Martina Burandt ■



Foto: Verleih

Eine gnadenlose englische Kriegskorrespondentin (oben)

Zwei gegnerische Soldaten in Gefahr (unten)



Foto: Verleih

ver.di goes Berlinale

Mit einem ungewöhnlichen Experiment war die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in diesem Jahr erstmals auf der Berlinale vertreten. Gemeinsam mit den Verbänden der Filmschaffenden und dem gewerkschaftlichen Projekt connex.av. hatte sie etwas abseits vom Festivalrummel das Cafe Verdinale eingerichtet. Jeden Tag gab es dort thematische Veranstaltungen über die Arbeitsbedingungen in der Filmbranche. Ver.di-Rechtssekretär Wolfgang Schimmel informierte über die Änderungen des Urheberrechtsgesetzes und die Folgen für die Filmschaffenden. Monika Schopp und Detlef Rönfeldt sprachen über das Berufsfeld Regieassistenten. Weitere Themen waren die Berufe Kameramann und Drehbuchautor. Das Cafe war zwar nicht überfüllt, doch immer gab es genügend Interessierte, die sich informieren oder über ihre berufliche Situation diskutieren wollten. Gewerkschaften auf der Berlinale wären noch vor wenigen Jahren schwer vorstellbar gewesen. Doch die vielzitierte Krise der Neuen Ökonomie hat Auswirkungen auf das Bewusstsein der Beschäftigten, meint Heinrich Bleicher-Nagelsmann, Bereichsleiter Kunst und Kultur in ver.di. Dort habe man mittlerweile auch die Erfahrung gemacht, dass sich die Arbeitsbedingungen nicht so von anderen Branchen unterscheiden und eine Interessenvertretung sinnvoll ist. Peter Nowak ■



Cardosos letzter, großer Report

Nach einem Mord-Prozess in Mosambik drehte der Wind in Richtung Pressefreiheit

Trauer um den kritischen Journalisten Carlos Cardoso. Seine Mörder kommen für mindestens 23 Jahre hinter Gitter.

Der Prozess um den Mord am Journalisten Carlos Cardoso erschüttert Mosambik. Die Mörder wurden bestraft – jetzt wartet das Land auf die Verurteilung des Präsidentensohnes Nyimpine Chissano.

Das Leben schreibt doch die besten Geschichten. Welcher Autor hätte sich diese Schlusspointe erlaubt: Just in dem Augenblick, als Richter Paulino die Urteile verkündet, schwebt der Organisator der Mördertruppe und Hauptangeklagte in dem Prozess um den Mord an Carlos Cardoso auf dem Flughafen von Maputo ein. Der kleine Hannibal, Anibal dos Santos Junior, der im September aus dem Hochsicherheitsgefängnis der mosambikanischen Hauptstadt befreit wurde und seitdem auf der Flucht gewesen ist, steigt leutselig winkend aus dem Charterflugzeug. Dieselbe Polizei, die seine Flucht erst ermöglichte, geleitet ihn unter den Kameras der Weltpresse zurück ins Gefängnis. „Ich will nach Mosambik“, hat er noch im benachbarten Südafrika gerufen, wo er am Tag zuvor gefasst wurde. Jetzt ist er wieder zurück – für die nächsten 28 Jahre und 6 Monate.

Keiner der Angeklagten kommt mit weniger als 23 Jahren davon: Der Finanzhai „Nini“ Momade Assif Abdul Satar ebenso wie die beiden Todesschützen, Carlitos Rachid und Manuel Escurinho Fernandes, und die anderen Hintermänner, der

Bankier Vincente Ramaya und Nini's Bruder Ayob. Damit hat das Gericht der Forderung nach der Höchststrafe von 24 Jahren für alle Angeklagten voll entsprochen. „Der Prozess war sicher bedeutend für die mosambikanische Gerichtsbarkeit“, mussten selbst die Verteidiger eingestehen.

Unglaubliche Absprachen

Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Männer aus dubiosen Finanzkreisen den Journalisten Carlos Cardoso im November 2000 wegen seiner Nachforschungen zum Skandal um die Banco Comercial de Moçambique (BCM) zum Schweigen bringen wollten. Die drei waren auch die Hauptnutznier des 14-Millionen-Dollar-Betruges, der in der von Vincente Ramaya geleiteten Filiale der BCM-Bank stattfand. Es gefiel ihnen nicht, dass die Recherchen des umtriebigen Journalisten Carlos Cardoso immer mehr öffentliches Interesse fanden. Darum wurde der Mord an Cardoso beschlossen.

Unglaubliche Absprachen zwischen den Grossen der Finanzwelt und den Eliten der regierenden Kaste kamen im Prozess zu Tage. Schließlich wurde Nyimpine Chissano, ältester Sohn des Staatspräsidenten, von dem Angeklagten Nini Satar schwer belastet. Geradezu physisch spürbar war in Maputo die Spannung, als Nyimpine Chissano in den Mittelpunkt rückte. Satar betonte immer wieder, dass Nyimpine den Mordauftrag gegeben hätte und er nur der Finanzier des Unternehmens war. Aber Nyimpine war – zunächst – erfolgreicher: Er, so ist man in Maputo überzeugt, sorgte dafür, dass Anibalzinho aus dem Gefängnis verschwand. Nur dieser hätte bestätigen können, dass nicht Nini, sondern „o filho do grande“ (der Sohn vom Grossen) der eigentliche Auftraggeber war.

Nyimpine Chissanos war im Prozess nur als Zeuge geladen. Aber selbst wenn er nicht an dem Mord an Carlos Cardoso beteiligt war – was ist das für ein Geschäftsmann, der rückdatierte Schecks ohne Empfänger eintrag an solch zwielichtige Gestalten wie die Brüder Satar zur Deckung von Schulden übergibt? Die Beträge machten das Gericht schwindelig und ließen es minutenlang darüber grübeln, wie viele Nullen eigentlich 16 Milliarden Meticais (800.000 Euro) haben.

Nyimpine Chissano muss sich verwundert die Augen gerieben haben, als jetzt gegen ihn ein Ermittlungsverfahren eröffnet wurde – gegen ihn, der stets glaubte, über dem Gesetz zu stehen. Doch der Wind in Mosambik hat gedreht. Die Tage um die Urteilsverkündung waren

noch einmal von dieser angespannten Mischung aus Neugier, Skepsis und ungläubigem Staunen geprägt: Es scheint eine neue Zeit anzubrechen: „Es muss Schluss sein mit dem Morden und mit der Straflosigkeit“, erklärt ein mosambikanischer Journalist. Er zählt die Namen derer auf, die in den letzten Jahren getötet wurden, weil sie ehrlich waren und im Wege standen – „aber es ist ein Licht an Ende des Tunnels“.

„Man muss die Courage des Richters und der mosambikanischen Justiz ausdrücklich loben“, bestätigt auch Phillip van Nierkerk vom Komitee zum Schutz der Journalisten. Und die „Notícias“ – die regierungsnahen Tageszeitung – wählte Richter Augusto Paulino bereits zum „Mann des Jahres 2002“.

Seit dem Prozessbeginn stehen journalistische Ethik und der Ehrencodex der Presse in Mosambik wieder hoch im Kurs. Viel hat dazu der staatliche Fernsehkanal TVM und das Nationale Radio beigetragen, die das Verfahren im gesamten Land bekannt gemacht haben. Wo man auch war in Mosambik, überall gruppierten sich die Menschen vor den Fernsehern oder pressten ein Transistorradio ans Ohr.

Garant besserer Zukunft

Der bekannteste Schriftsteller des Landes, Mia Couto, hatte beklagt, dass das Leben in Mosambik von Haien und Ziegen geprägt ist: Von den Finanzhaien und den Ziegen, die immer da fressen wo sie angepflockt sind. „Heute“, so schreibt er in einer Kolumne „ist Carlos Cardoso zum Garant für eine bessere Zukunft geworden“. Und der südafrikanische „Mail&Guardian“ nennt den Prozess „Cardosos letzten, größten Report“. Nur Nina Berg, die norwegische Witwe Cardoso, bemerkt in der Fülle der Ehrenbezeugungen: „Ja, ich bin erleichtert, aber Carlos wird niemals wieder zurückkommen.“

Ulrich Tietze ■



Der Autor ist Regionalkoordinator des Kinderhilfswerkes terre des hommes in Maputo/Mosambik.

Wer will, kann über alles schreiben

Shahzad Raza über die relative Pressefreiheit in Pakistan

Pakistan ist geprägt von einer langen Militärherrschaft. Die Rechte von Frauen werden missachtet, Folter und politische Haft sind üblich. Da mag es überraschen, dass die Journalisten im Land relativ frei arbeiten können. Offene Repressionen sind selten, Kritik an der Regierung wird von den Behörden geduldet. Ein Gespräch mit Shahzad Raza von der in Islamabad erscheinenden Tageszeitung „Daily Times“.

Was würden Sie sagen: Gibt es in Pakistan Pressefreiheit?

Shahzad Raza: In Pakistan gab es historisch gesehen nie eine wirklich freie Presse. Seit der Unabhängigkeit 1947 haben die zivilen und militärischen Machthaber immer versucht, die Medien zu kontrollieren und zwar mit allen Mitteln. Es gibt zahllose Beispiele von schrecklichen Übergriffen gegen Journalisten. Manche haben dabei sogar ihr

Leben verloren. Viele Kollegen haben Pakistan deshalb verlassen. Beispiele gibt es sogar aus der jüngsten Zeit: Unter dem Druck des amtierenden Präsidenten Musharraf ist der ehemalige Herausgeber der englischsprachigen Zeitung „The News“ Shaheen Sehbai, im März 2002 in die USA übersiedelt. Er gibt jetzt dort die online-Zeitung „South Asia Tribune“ heraus.

Trotzdem werden in den pakistanischen Medien kontroverse Diskussionen geführt. Journalisten betonen, dass gesellschaftliche Verantwortung ein wichtiger Teil ihres Selbstverständnisses ist.

Journalisten haben in den Zeiten der Militärherrschaft – und das waren über 30 Jahre – eine ganz wichtige Rolle gespielt. Es ist nicht einfach gegen eine Militärdiktatur zu schreiben, aber viele haben sich nicht gebeugt, sondern die demokratischen Kräfte unterstützt.

Können heute unabhängige Journalisten über alles schreiben oder gibt es Tabuthemen?

Wer will, kann über alles schreiben. Man kann auch ganz offen über die Rolle des Militärs im heutigen Pakistan berichten und das Thema auch kritisch kommentieren. Aber es gibt sensible Themen, bei denen man weiterhin vorsichtig sein muss etwa die Landesverteidigung oder die Rolle der Geheimdienste.

Und wie ist das mit der ‚Anti-Terror-Koalition‘ und der Rolle Pakistans beim Kampf gegen den Terror?

Es gibt gerade hierzu in den Medien offene und sehr kritische Diskussionen.

Müssen Journalisten mit Repressionen rechnen, wenn sie die Regierung kritisieren?

Nein, eigentlich nicht. Die Palette der Medien reicht vom liberalen und modernen Qualitätsblatt bis hin zum konservativ-islamistischen Sprachrohr. Viele Zeitungen kritisieren den Regierungskurs, andere stehen den Machthabern nahe.

Werden die Medien denn staatlich kontrolliert?



Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Zeitungen nicht. Der Staat besitzt aber mit APP eine eigene Nachrichtenagentur. Und die Fernseh- und Radiosender sind staatlicher Kontrolle unterworfen. Natürlich verbreiten sie die Meinung der Regierung und berichten einseitig über Andersdenkende. Aber inzwischen hat die Regierung auch private Kanäle zugelassen. Und diese nehmen kein Blatt vor den Mund. Da gibt es oft gut recherchierte Geschichten. Es werden Skandale aufgedeckt oder bissige Satiren gesendet.

Woher beziehen die Menschen mehrheitlich ihre Informationen?

80 Prozent der Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Die wichtigste Informationsquelle sind deshalb Radio und Fernsehen. Eine Minderheit liest auch Zeitung, aber das sind dafür sehr regelmäßige und besonders interessierte Leser. Insgesamt ist die Lage wie in vielen Ländern der Dritten Welt: In den Städten gibt es Medien- und Meinungsvielfalt sowie Zugang zum Internet, auf dem Land verfügen die Menschen über viel weniger Informationen.

Im Zusammenhang mit dem Kaschmir-Konflikt kursiert gelegentlich das Schlagwort vom ‚Friedensjournalismus‘. Was ist darunter konkret zu verstehen?

Die Berichterstattung über den Kaschmir-Konflikt ist oft selektiv. Fundamentalistische Politiker und ihnen nahestehende Medien heizen durch Einseitigkeit die Stimmung auf. Wir sollten uns aber bewusst auf die Fakten konzentrieren und versuchen, einer Eskalation entgegen zu wirken. Ein Beispiel: Es wäre nicht richtig, Morde zu verschweigen, aber oft ist es dabei nicht relevant, ob ein Toter Hindu oder Moslem war. Wenn man die Religionszugehörigkeit nicht erwähnt, kann man vielleicht aggressive Stimmungen und Rachehandlungen verhindern.

Das Gespräch führte: Harald Gesterkamp ■

Keine Knebel von der Regierung

Während der Angriffe der USA auf Afghanistan richtete plötzlich die ganze Welt ihren Blick auf den Medienstandort Pakistan. Von hier aus berichteten nach dem 11. September 2001 Tausende Journalisten aus zahlreichen Ländern. Pakistan, im Kampf gegen den Terror an der Seite der USA, hat den Journalisten eine freie Berichterstattung ermöglicht. Lediglich Medienleute aus dem verfeindeten Nachbarland Indien erhielten keine Visa. Genauso pluralistisch wie die Journalisten aus dem Ausland positionierten sich auch die pakistanischen Medien zu dem Konflikt. Zeitungen, die islamistischen Gruppierungen nahestehen, zeigten offen Sympathien für Osama bin Laden und seine El-Kaida, andere Blätter unterstützten die Anti-Terror-Koalition. Versuche, die Presse zu knebeln, gab es von Seiten der Regierung Musharraf nicht.

Dennoch geben einige Entwicklungen Anlass zur Sorge: So kritisierten pakistanische Journalistenverbände mehrere Gesetzesänderungen aus jüngster Zeit. Unter anderem ist beschlossen worden, die Strafen für den Tatbestand der „Verleumdung“ zu verschärfen. Das Gesetz sei so allgemein formuliert, dass seine Anwendung bei Bedarf willkürlich verschärft werden könne. Neu ist außerdem die Schaffung eines staatlich kontrollierten Presserats. Vage Gesetzestexte haben in den vergangenen Monaten auch mehrere Vorwürfe der „Blasphemie“ gegen einzelne Journalisten ermöglicht. Festnahmen und teilweise drastische Verurteilungen waren die Folge. Eine wichtige Rolle im Land spielen die englischsprachigen Medien. Zeitungen wie „The Dawn“, „Friday Times“, „The News“ oder „Daily Times“ haben nicht unbedingt große Auflagen die meistgelesene „The Dawn“ verkauft ca. 80.000 Exemplare am Tag. Doch sie finden erhebliche Beachtung im politischen und öffentlichen Leben. Auch Journalistenverbände und Mediengewerkschaften haben zunehmend an Bedeutung gewonnen. hg ■

Spanische Polizei foltert Journalisten

Baskische Zeitung verboten – zehn Redakteure verhaftet

Martxelo Otamendi, Chefredakteur der baskischen Tageszeitung „Euskaldunon Egunkaria“, und drei weitere Journalisten beschuldigen die spanische Zivilgarde, sie im Polizeigewahrsam gefoltert zu haben.

Otamendi erklärte kurz nach seiner Freilassung auf Kautions vor laufender Kamera, die Polizisten hätten ihm zweimal eine Plastiktüte über den Kopf gezogen, so daß er fast erstickt sei. Hinzu kamen Schläge und wüste Drohungen. Nachdem er dem Untersuchungsrichter Juan del Olmo von den Folterungen berichtet habe, seien vier Zivilgardisten in seine Zelle gestürzt und hätten ihm gedroht:

„Wenn du dem Richter noch einmal erzählst, was wir mit dir machen, dann bekommst du eine Kugel verpaßt.“

Die Guardia Civil hatte Otamendi und neun weitere Personen im Rahmen einer Antiterror-Operation am 20. Februar unter dem Verdacht, Helfer der baskischen Untergrundorganisation ETA zu sein, festgenommen. Richter Del Olmo ließ Zeitung und Verlag vorläufig schließen, da er sie der Geldwäsche für ETA verdächtigt. Die zehn Verdächtigen kamen in Incommunicado-Haft. Während der folgenden fünf Tage waren sie von der Außenwelt isoliert. Pello Zubiria, Chefredakteur der Zeitschrift AArgia, habe im Polizeigewahrsam einen

Selbstmordversuch unternommen, sagt Otamendi. Der Schriftsteller Joan Mari Torrealdai berichtete einem Mitgefangenen, die Polizisten hätten ihn bis auf die Unterhose ausgezogen und mit einem Lineal auf seine Hoden geschlagen.

„Egunkaria“ ist die einzige auf baskisch erscheinende Tageszeitung. Sie besteht seit 13 Jahren, hat eine Auflage von 15.000 Exemplaren und erhält Subventionen von der baskischen Regionalregierung.

„Die Schließung von Egunkaria ist ein Schlag gegen die Pressefreiheit im spanischen Baskenland“, sagte Aidan White von der International Federation of Journalists (IFJ), dem weltgrößten Journalistenverband. Ingo Niebel ■

Freigelassen

Hartnäckige Proteste haben geholfen, dass Saleem Samad aus Bangladesch nach rund zwei Monaten im Gefängnis schließlich entlassen wurde. Die mit ihm inhaftierte Dolmetscherin Pricila Raj war schon einige Tage vorher auf freien Fuß gekommen. Die beiden hatten Ende November ein Fernsehteam des britischen TV-Senders „Channel 4“ bei einem Dokumentarfilm über die politische Situation in Bangladesch unterstützt. Für die Freilassung von Pricila Raj und Saleem Samad, der sich als Mitarbeiter der „Reporter ohne Grenzen“ für Pressefreiheit einsetzt, hatten ver.di und amnesty international eine gemeinsame Aktion gestartet (M, 1–2/2003). hg ■

Getötet

Parvaz Mohammed Sultan, Chefredakteur der lokalen Nachrichtenagentur News and Feature Alliance (NAFA), wurde am 31. Januar in Srinagar in der Region Kaschmir erschossen. Parvaz Mohammed Sultan war außer für die News and Feature Alliance auch als Korrespondent für die indische Zeitung „Quami Awaaz“ tätig. Reporter ohne Grenzen verurteilt dieses Verbrechen. Zwei bewaffnete Männer hatten sich am Nachmittag des 31. Januars Zutritt zu Sultans Büro verschafft und auf den Journalisten geschossen. Der 35-jährige wurde am Hals getroffen und starb kurze Zeit später an seinen Verletzungen. Journalisten Mehr als zehn Journalisten wurden seit 1989 in der von Pakistan und Indien umkämpften Region Kaschmir getötet. red. ■

Aktion für Angel Mario Ksheratto Flores

Gegen den Journalisten aus Mexiko wird eine Anklage konstruiert

Schikaniert zu werden gehört für Angel Mario Ksheratto Flores schon seit einigen Monaten zum Alltag. Seitdem er im August vergangenen Jahres in der Zeitung „Cuarto Poder“ über mutmaßliche Unregelmäßigkeiten beim staatlichen „Ausschuss für den Bau von Schulen“ berichtet hatte, gibt es immer wieder neue Versuche, den Journalisten einzuschüchtern. Als er in seinen Recherchen nicht nachließ, erhielt er im Dezember und Januar Morddrohungen. Anonyme Anrufer empfahlen ihm, mehr Zeit mit seinen Kindern zu verbringen, denn schon bald werde er „in einer anderen Welt“ sein. Mehrmals wurde er von Menschen in Fahrzeugen ohne Nummernschilder verfolgt; Unbekannte fotografierten demonstrativ die Wohnung seiner Kinder.

Damit nicht genug: Nun soll eine offenbar politisch motivierte Anklage gegen ihn erhoben werden. Im Januar wurde Angel Mario Ksheratto Flores bereits einmal für ein paar Tage festgenommen. Ein Vertreter des von ihm kritisierten Ausschusses zeigte den Journalisten wegen Verleumdung an und bezog sich

dabei ausdrücklich auf seine Artikel in „Cuarto Poder“. Die Staatsanwaltschaft ermittelt. Angel Mario Ksheratto Flores wurde bis zur Entscheidung über die Eröffnung eines Verfahrens gegen Kautions aus der Haft entlassen.

Der Missbrauch der Justiz durch politisch motivierte Anklagen kommt in Mexiko häufig vor. Mehrere Gesetze sollen vor Verleumdung und Diffamierung schützen. Sie werden oft dazu genutzt, das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken und Regierungskritiker zum Schweigen zu bringen.

Was können Sie tun?

Schreiben Sie an den Generalstaatsanwalt des Bundesstaates Chiapas und fordern Sie ihn auf, die Klage gegen Angel Mario Ksheratto Flores fallen zu lassen, sofern er nicht einer erkennbaren Straftat beschuldigt wird. Dringen Sie auch darauf, dass die Morddrohungen gegen ihn unabhängig untersucht, die Verantwortlichen bestraft und Maßnahmen zur Sicherheit des Journalisten und seiner Familie eingeleitet werden.

Schreiben Sie an:

Lic. Mariano Herrán Salvatti
Procurador General de la Justicia del Estado de Chiapas
Libramiento Norte s/n
Infonavit El Rosario
Tuxtla Gutierrez
Estado de Chiapas
MEXICO
Telefax:
(00 52) 961–616 57 24

Senden Sie eine Kopie

Ihres Schreibens an:
Kanzlei der Botschaft der Vereinigten Mexikanischen Staaten
S.E. Herr Jorge Eduardo Navarrete López
Klingelhöferstraße 3
10785 Berlin
Telefax:
030–26 93 23–700
E-Mail:
mail@embamexale.de



Hungerstreik für Minderheitenradio

Slowenische Sprachgemeinschaft fordert Rechte aus EU-Charta ein



Fotos: Radio dva

Blick ins Studio des slowenischen Senders „Radio dva“ im Österreichischen Klagenfurt. Der Hungerstreik der vier Mitarbeiter soll das finanzielle Aushungern ihres Senders symbolisieren.

Mit einem einwöchigen Hungerstreik haben Anfang Februar vier MitarbeiterInnen von „Radio dva“ aus Klagenfurt (slowenisch Celovec) versucht, die Schließung ihres slowenischen Minderheitensenders abzuwenden. Der Hungerstreik sollte das „finanzielle Aushungern“ des Senders symbolisieren, dem sämtliche Zuschüsse gestrichen wurden.

„Radio dva“ sendet für die slowenische Minderheit in Kärnten. Diese umfasst nach der Zählung der Verbände in Kärnten 40.000 bis 50.000 Menschen, weitere 5.000 leben in der Steiermark. „Radio dva“ und der Bürgerfunk „Radio Agora“, die sich eine Frequenz teilen, waren von 1998 bis 2000 mit Subventionen aus der staatlichen Minderheitenförderung unterstützt worden. Als 2001 auch der Österreichische Rundfunk (ORF) dazu verpflichtet wurde, ein Programm für die Minderheiten anzubieten, richtete der ORF jedoch keine eigene Welle ein, sondern finanzierte das 24-stündige Programm von „Radio dva“ und „Radio Agora“. Die als Pilotprojekt „Minderheitenradio in Kärnten“ geführte Kooperation endete jedoch zum vergangenen Jahreswechsel „aus finanziellen Gründen“. Seither versuchen die aus Geldmangel entlassenen Redakteure „Radio dva“ ehrenamtlich aufrecht zu halten.

Der Hungerstreik sei lediglich ein Warnstreik, erläuterte die ebenfalls entlassene Chefredakteurin Stern-Kusej. Sollte der befristete Streik nicht bis Mitte März zu konkreten Förderzusagen geführt haben, werde man allerdings zur Durchsetzung des Rechts auf einen slowenischen Sender einen unbefristeten

Hungerstreik aufnehmen. Nach der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprache sei die österreichische Bundesregierung verpflichtet, die Existenz mindestens eines Radiosenders zu garantieren, der ausschließlich oder zur Hauptsache in der Minderheitensprache sendet. Stern-Kusej äußerte sich deshalb optimistisch, beim Europäischen Gerichtshof Recht zu bekommen, fürchtet jedoch, dass der Rechtsweg zu lange dauert: „Uns läuft die Zeit davon, denn bis zu einem Urteil können Jahre vergehen.“ Bereits Ende März droht der Entzug der Sendelizenz.

Kritik gegen die Streichung der Förderung kam aus dem In- und Ausland. „Das Interesse ist überwältigend“, so Stern-Kusej. Im Nachbarland Slowenien sei man zum Hauptthema der Nachrichtensendungen aufgestiegen. Der Parlamentspräsident des Nachbarlandes, Borut Pahor, ließ dem österreichischen Botschafter offiziell die slowenische Besorgnis über die Schließung von „Radio dva“ ausrichten. Der erste demokratisch gewählte Präsident, Milan Kucan, attestierte der österreichischen Regierung öffentlich „Abgestumpftheit“, die das Miteinander der Volksgruppen bedrohe. Solidaritätsadressen kamen auch vom Generalsekretär des Europarates, Walter Schwimmer, der österreichischen Gesellschaft für bedrohte Völker, der Österreichischen Liga für Menschenrechte sowie Vertretern der deutschsprachigen Minderheit in Italien, der italienischen Minderheit in Slowenien sowie der Friesen und Dänen in Schleswig-Holstein.

Als wahrer Grund für die Subventionsstreichung gilt weniger das Geld als vielmehr ein kulturpolitischer Kampf. Die slowenische Minderheit wollte nicht nur ein eigenes Radio, sondern bestand in ihren Kernsiedlungsgebieten auf ihrem

verfassungsmäßigen Recht auf zweisprachige Ortsschilder. Dagegen wollte Österreichs Bundeskanzler Wolfgang Schüssel die slowenischen Medien nur im Tausch gegen einen Verzicht auf einen großen Teil der slowenischen Ortsbezeichnungen fördern, was die Slowenenvvertreter ablehnten. Schüssel, in der gerade abgewählten rechtskonservativen ÖVP-FPÖ-Koalition für die Minderheitenförderung zuständig, fand dabei auch die Unterstützung der Freiheitlichen Partei Österreichs und insbesondere deren Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider.

Als die slowenische Bevölkerung auf ihren Minderheitenrechten beharrte, kündigte Haider im vergangenen Sommer in einem Zeitungsinterview kurzerhand die Schließung des Minderheitensenders an. Auf die Ankündigung folgte Anfang Dezember die Vollzugsmeldung des Kärntner FPÖ-Vorsitzenden Martin Strutz: Dass es keine weitere Unterstützung des slowenischen Radios gebe, sei „dem nicht nachvollziehbaren Handeln der slowenischen Heißsporne zu verdanken“.

Deutsche Kultur schien der damaligen ÖVP-FPÖ-Regierung deutlich näher zu sein als die slowenischen Belange. Der „Verband Freier Radios Österreich“ beklagte so, dass Kanzler Schüssel einerseits Zuschüsse für die Minderheiten aus Kostengründen ablehne, andererseits aber 4 Millionen Euro für „ein dubioses ‚Haus der Heimat‘“ ausgabe, „das in den vergangenen Jahren als Bühne für Rechtsextremisten diene“. Um dem Sender endgültig den Garaus zu machen, zeigte die FPÖ zudem die Betreiber von „Radio dva“ wegen der missbräuchlichen Verwendung von Steuergeldern an. Die Ermittlungen mussten allerdings Ende Januar von der Staatsanwaltschaft ergebnislos eingestellt werden. Stefan Matysiak ■



Seminare / Tagungen

Journalismus aktuell

EMA, Berlin. 15./16. Mai: Presse-recht.

IJJ, Berlin. 28. Juli bis 22. August 2003 in Hamburg: Sommer-Akademie für 25 internationale junge, soeben ausgebildete Journalisten (Themen u.a.: journalistische Ethik, Zusammenhang zwischen Pressefreiheit und wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung; Exkursionen innerhalb Deutschlands.

Arbeitsprache: Englisch. Teilnahme und Unterbringung kostenfrei; Bewerbungen bis 1. Mai 2003.

Journalistische Themen

ABP, München. 26. bis 28. Mai: Wissenschaftsjournalismus.

2. bis 6. Juni: Lokaljournalismus.

AFP, Hamburg. 11. bis 13. Juni: Wirtschaftsjournalismus.

BPB, Bonn. 31. März bis 4. April in Kochel am See: Dichter, Denker, Dorfschullehrer – Bildungstheorie und Schulpraxis/Modellseminar zu Bildung und Kultur in der lokalen Berichterstattung.

BKB, Wolfenbüttel. 25. bis 27.

April: Für Buchprüfer – Literaturkritik in den Medien (mit Ulrich Greiner/Die Zeit).

EMA, Berlin. 28. Mai: Ökumenischer Kirchentag – Abend der Begegnung.

FES, Bonn. 16. bis 20. Juni in Brüssel: Einblicke in die Europapolitik.

JSR, Essen. 14. bis 16. Mai: Wirtschaftsberichterstattung.

21./22. Mai: Polizei-Dialog-Seminar.

Journalistische Formen

ABP, München. 5. bis 13. Mai: Reportage. 12. bis 16. Mai: Interview. 2. bis 6. Juni: Sprache und Redigieren - Zeitschriften. 10. bis 13. Juni: Porträt. 10. bis 18. Juni: Feature.

AFP, Hamburg. 30. Mai: Die Kunst der kleinen Texte.

EMA, Berlin. 10. bis 12. April: Kreative Überschriften.

FES, Bonn. 8. bis 10. April: Interview führen.

11. bis 13. April: Redaktionsarbeit in wissenschaftlichen/politischen Zeitschriften.

22. bis 25. April: Reportage/Feature. 12. bis 15. Mai in Würzburg.

23. bis 26. Juni in Würzburg: Journalistische Stilformen.

JA, München. 26./27. Juni: Headlines Teaser, Nachrichten.

JHB, Hagen. 7. bis 11. April: Reportage. 16. bis 18. Juni: Sportreportage. 23. bis 26. Juni: Kommentar, Editorial, Glosse.

Journalismus online

AFP, Hamburg. 19. bis 21. Mai: Profi-Online-Recherche.

ABZV, Bonn. 11./12. Juni: Journalistische Darstellungsformen im Internet. 25. Juni in Tübingen: Internet-Recherche für Journalisten. 26. Juni in Tübingen: Internet-Auftritt und Web-Page-Design.

EMA, Berlin. 28. bis 30. April: Sicherheit im Internet.

JA, München. 14. bis 16. April: Einstieg in die Webgrafik mit GIMP.

2. Mai: Recht – Content mehrfach nutzen? 26. bis 28. Mai: Storyboarding und Hyperlink-Dramaturgie.

4. Juni: Was wollen die User? 12. Mai bis 31. Oktober: Vollzeit-Fachlehrgang Online-Journalismus

(Inhalte u.a.: Textsicherheit, Systeme, HTML, Medienrecht, Marketing, PR, Persönlichkeitstraining, Zeitmanagement. Förderung durch das Arbeitsamt möglich).

JHB, Hagen. 10. bis 11. Juni: Online-Recherche. 16. bis 18. Juni: Schreiben fürs Internet.

MAK, Köln. 12. bis 14. Mai: Online-Redaktion I. 21. bis 23.

Mai: Online-Konzeption. 2./3. Juni: Online-Marketing. 27. Juni: Internet Domains. 30. Juni/1. Juli: Workshop Online-Redaktion.

MFG, Stuttgart. 20. Mai: Online-Journalismus – Praxistrends für Macher.

WOMAN, Frankfurt. 22. Mai: Schreiben für Online-Medien II – Mit Teasern zum Lesen verführen. 15./16. Mai: Schreiben für Online-Medien III – Themen und Specials im Netz. 24./25. Juni: Professionelle Recherche im Internet. 30. Juni/1. Juli: Schreiben für Online-Medien I.

Layout/Infografik

JHB, Hagen. 28. bis 30. April: Grundlagen Gestaltung.

Seminare / Tagungen

Volontäre

JSR, Essen. 16./17. Juni: Vom Umgang mit Statistiken. 23. bis 27. Juni: Reportage-Workshop/Grundseminar.

Fotografie

AFP, Hamburg. 2. bis 6. Juni: Pressefotografie.
NA, Hamburg. 11. Juni: Bilder in Bestform – Einführung in Adobe Photoshop.

Hörfunk

ABP, München. 5. bis 9. Mai: Hörfunk.
AFP, Hamburg. 2. bis 4. Juni: Radionachrichten.
DHA, Dortmund. 24./25. April: Live-Takes. 28. bis 30. April: Workshop Nachrichten in Regional- und Lokalprogrammen. 5./6. Mai: Fesselnd erzählen. 7./8. Mai: Coaching III für Moderatoren – Der Schritt zum Star (Selbstmarketing) 7./8. Mai: Präsentation vor Publikum. 12./13. Mai: Sprech-Training. 13./14. Mai: Workshop Qualität in den Nachrichten. 19./20. Mai: Was passiert da wohl als nächstes/ Moderationstraining. 23./24. Mai: Workshop Wirtschaftsberichterstattung. 26./27. Mai: Moderationstraining/Basis. 16./17. Juni: Talk mit Hörern.
EMA, Berlin. 4. bis 6. Juni: Sprechtraining.
FFFZ, Düsseldorf. 23. Juni: Präsentation von Hörfunk-Nachrichten.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 26. bis 28. Mai: Rhetorik. 26. bis 28. Mai: Freie Journalisten. 16. bis 18. Juni: Freie Rede und Präsentation – Führungskräfte.
ABZV, Bonn. 2./3. Juni in Sarstedt: Kreative Arbeitsmethoden für den journalistischen Alltag.
AFP, Hamburg. 9./10. Mai: Job Coaching II. 20./21. Juni: Job Coaching III.
DHA, Dortmund. 9./10. Mai: Redaktionsmanagement.
DPR, Frankfurt. 3./4. April in Mainz: Durchsetzungsstrategien und Selbstmarketing für Journalisten.
EMA, Berlin. 3. bis 5. April: Redaktionsmanagement und Personalführung.
JHB, Hagen. 14. bis 16. April: Marketing für Journalisten. 26. bis 28. Mai: Kreativitätstraining.
MAK, Köln. 2./3. Juni: Teambuilding. 16. bis 18. Juni: Kreativitätstechniken.
MFG, Stuttgart. 7. Mai: Wirtschaftsmediation – Streitigkeiten effektiv und kostengünstig lösen.

15./16. Mai: Erfolgreich und zielorientiert führen.

NA, Hamburg. 24./25. Juni in München: Kreativitätstraining – Effektives Arbeiten im Team.

Film & TV

ABP, München. 2. bis 6. Juni: Fernsehmoderation und -präsentation.
BET, Hamburg. 14. Juni: Internet-TV.
BJF, Frankfurt. 1. bis 2. Mai: Treffen der mobilen Kinder und Jugendkinos. 2. bis 4. Mai: Jahrestagung – Jugendfilmarbeit und Schule. 6. bis 9. Juni in Wiesbaden: Werkstatt für junge Filmer.
BBM, Ludwigshafen. 17. Mai: Drehbuchseminar – Figuren entwickeln, Dialoge schreiben.
DWH, Hamburg. 25. bis 27. April: Drehbuch-Dialog. 23. bis 25. Mai: Drehbuch-Grundkurs. 7. Juni: Exposé I. 14. Juni: Exposé II. 21. Juni: Exposé III.
FFFZ, Düsseldorf. 10./11. Mai: Die Kunst des Erzählens – Dokumentarfilm-Montage. 12. bis 11. Juni: die TV-Reportage.

KFH, Köln. 7. bis 11. April: Regie. 12./13. April: Pitching und Vertragsverhandlung für Autoren. 22. bis 26. April: Drehbuch III – Comedy. 25. April bis 4. Mai: Filmrealisation. 2. bis 6. Juni: Drehbuch II. 13. bis 15. Juni: Script/Continuity. 16. bis 20. Juni: Drehbuch I. 2. bis 6. Juni: TV-Ü-Wagen – Technik und Einsatz. 28./29. Juni: TV-Interviewtraining für Journalisten.
MSD, Berlin. Seminarreihe Serie – 6. bis 9. Mai: Stoffentwicklung. 10. bis 13. Juni: Business.
LAG BY, Gerolzhofen. 23. bis 25. Mai: Kamera drauf – Gewöhnen an das Entsetzen.
LAG NiSa, Walsrode. 10. April in Erfurt: Treffen der Kinderfilmfeste in Deutschland. 14. bis 17. April bei Fallingbostal: Ostercamp der Jungen Medienszene.
LAG NRW, Duisburg. 5./6. Mai in Oberhausen: Workshop Kurzfilm International.
MUK, Hamburg. 2. bis 4. Mai bzw. 20. bis 22. Juni: Drehbuch Grundkurs. 10./11. Mai bzw. 13. bis 15. Juni: Drehbuch Aufbaukurs I – Vom Exposé zum Treatment. 7./8. Juni: Dokumentarfilm Einführung.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 2. bis 4. Mai: EB-Tonaufnahme. 15. Mai: Videotechnik-Editing. 19. bis 21. Mai: Videotechnik spezial. 4. bis 6. April: Avid Editing/Nachbearbeitung. 8. bis 10. Mai: Digitale Kamcorder.
KFH, Köln. 10./11. Mai: Meister

des Lichts und der Bewegung. 14. bis 16. Mai: Avid Xpress DV Schnitt/Basic. 17./18. Mai: Schnittgestaltung. 20. bis 23. Mai: EB-Kamera-Workshop. 24./25. Mai: EB-Licht. 31. Mai/1. Juni: Premiere I Schnitt/Basic. 23. bis 27. Juni: Frauen hinter der Filmkamera.

Film & TV-Management

KFH, Köln. 1. bis 4. April: Filmgeschäftsführung. 6. bis 9. Mai: Filmproduktion Modul II. 12. bis 15. Mai: Produktionsleitung. 31. Mai/1. Juni: Internationale Produktion.
MSD, Berlin. Produktionsmanagement-Seminare – 20. bis 23. Mai: Coaching-Workshop. 25. bis 27. Juni: Non fiction. 8. bis 11. Juli: Fiction.
MUK, Hamburg. 10./11. Mai: Produktion 2 – Projektentwicklung, Vorbereitung Drehplan. 17./18. Mai: Produktion 3 – Erstellen eines Drehplans. 29. bis 31. Mai: Produktion 4 – Erstellen einer Kalkulation.

Public Relations

ABP, München. 5. bis 9. Mai: Sprache und Redigieren – Pressestellen. 19. bis 23. Mai: Public Relations.
AFP, Hamburg. 15. bis 17. Mai: Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit. 26. bis 28. Juni: Pressearbeit – Der gute Draht zu den Medien.
DHA, Dortmund. 28./29. April: Radio-PR – Der Trend geht zum Hören.
FAZ, Frankfurt. 2./3. Juni in Offenbach: Moderne Korrespondenz. 2./3. Juni in Düsseldorf: Der souveräne Medienauftritt in der Krise. 3./4. Juni in Wiesbaden: Intensivkurs Investor Relations. 3./4. Juni in Bad Homburg: Die Kundenzeitschrift. 4. Juni: Rechtliche Grundlagen für den Öffentlichkeitsarbeiter. 4./5. Juni: Schreiben und Gestalten im Netz. 5. Juni: Das Intranet.
JA, München. 28. April bis 24. Oktober: Pressearbeit online (Vollzeit-Fachlehrgang; Förderung durch das Arbeitsamt möglich).
JHB, Hagen. 22. bis 24. April: Nachrichten schreiben – Die Pressemitteilung. 28. bis 30. April: Umgang mit Hörfunk und TV. 12. bis 15. Mai: Mit Texten überzeugen. 19. bis 20. Mai: PR-Erfolgskontrolle. 2. bis 6. Juni: Pressestellenjournalismus Grundlagen. 10. bis 12. Juni: Miniporträt.
JSR, Essen. 3. Juni: Öffentlichkeitsarbeit im Netz – Internationale Kommunikation.
MAK, Köln. 12./13. Juni: Eventmanagement.
MFG, Stuttgart. 21. Mai in Mannheim: Technik-PR – Innovationen erfolgreich kommunizieren.

NA, Hamburg. 7. Mai: Umgang mit Journalisten – Der gute Draht zu den Medien. 12./13. Juni: Die digitale Pressemappe. 26./27. Juni in München: Überzeugend präsentieren. Roadshow „Visuelle PR“/Bilder und Grafiken für die PR: 08. April in Zürich, Technopark; 10. April in Bern, Schweizerische Depeschagentur (sda); 15. Mai in Berlin, dpa-Hauptstadtbüro; 3. Juli in Stuttgart, Treffpunkt Rotebühlplatz; 10. Juli in München, IDUNA Gebäude; 4. September in Frankfurt/M., dpa-Landesbüro (Info: 040/41 13 – 27 72).
PRK, Berlin. 5. bis 9. Mai: Presse- und Medienarbeit.

MultiMedia

ACM, Berlin. Summer academy of converging media – 16. Juni bis 11. Juli: Modul I Interaktion zwischen Mensch und Software. 21. Juli bis 15. August: Modul II Kooperation von Usern in vernetzten Systemen, Bewerbungsschluss: jeweils 31.3.03.
ADB, München. 16. Mai: Rechtssicherheit zwischen Bits und Bytes – Vertragsgestaltung und Softwareschutz.
JA, München. 4. April bis Ende Juni an sechs Wochenenden: Interaktives Lernen – Didaktik für IT-Trainer/ Berufsbegleitender Lehrgang.
MFG, Stuttgart. 2. April in Crailsheim. Kommunen im Netz. 4. bis 6. April: 2. Medienfestival Villingen-Schwenningen – Visual Arts- & Audio Visions. 8. April in Karlsruhe: Europe's Best in interactive Content 2003 – Präsentation der Gewinnerteams. 10. bis 12. April in Freiburg: Teleregion Oberrhein 2003 – Innovationsforum für Informations- und Kommunikationstechnologie. 2. bis 4. Mai in Stuttgart: Mobiler E-Content/Workshop. 6. Mai in Hardt: erfolgreiche kommunale Internet-Auftritte. 14. Mai in Mannheim: Kommunale Websites optimieren. 27. Mai: Verbandskommunikation im Netz.

Bildungsurlaube

DGB NRW, Düsseldorf. 7. bis 11. April: Neue Modelle der Arbeitsorganisation im Betrieb. 12. bis 16. Mai in Kleve: Grenzgänge – Nachbarn in Europa/Deutsche und Niederländer. 1. bis 8. Juni in Prag, Lidice, Theresienstadt: Spuren des Naziterrors in Tschechien. 1. bis 8. Juni in Göteborg: Bildung und Einwanderung in Schweden. 23. bis 27. Juni in Münster: Wasser – vom Lebensspender zum Wirtschaftsfaktor. 30. Juni bis 4. Juli in Amsterdam: Vorbild Niederlande?

Adressen/Seminare

ABP: Akademie der Bayerischen Presse, Rosenheimer Straße 145c, 81671 München, Telefon 089/49 99 92-0, Telefax 089/49 99 92-22, Internet www.akademie-bayerische-presse.de, E-Mail abp-muenchen@t-online.de.

ABZV: Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage e.V., In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Telefon 0228/25 900-0, Telefax 0228/25 900-26, Internet www.abzv.de, E-Mail info@abzv.de.

ACM: Academy of Converging Media, Linienstraße 155, 10115 Berlin, Telefon 030/308 793 23, Fax 030/308 793 24, Internet www.academy-of-converging-media.com.

ADB: Akademie des Deutschen Buchhandels GbR, Literaturhaus München, Salvatorplatz 1, 80333 München, Telefon 089/29 19 53-0, Telefax 089/29 19 53-69, Internet www.buchakademie.de, E-Mail info@buchakademie.de.

AFP: Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8-10, 20354 Hamburg, Telefon 040/41 47 96-0, Telefax 040/41 47 96-90, Internet www.akademie-fuer-publizistik.de, E-Mail info@akademie-fuer-publizistik.de.

BBM: Bildungszentrum BürgerMedien, Turmstraße 8, 67059 Ludwigshafen, Telefon 0621/52 22 47, Telefax 0621/52 22 43, E-Mail hans-uwe.daumann@lpr-online.de.

BET: Broadcast Engineering and Training, Michael Mücher, Niendorfer Straße 51, 22529 Hamburg, Telefon 040/42 10 84-0, Telefax 040/42 10 84-10, E-Mail uta.kubisch@bet.de, Internet <http://bet.de>.

BJF: Bundesverband Jugend und Film e.V., Kennedyallee 105a, 60596 Frankfurt/Main, Telefon 069/631 27 23, Telefax 069/631 29 22, www.werkstatt-fuer-jugend-filmer.de und www.juingefilmszene.de.

BKB: Bundesakademie für kulturelle Bildung, Postfach 1140, 38281 Wolfenbüttel, Telefon 053 31/808-418, Telefax 053 31/808-413, E-Mail sabine-oehlmann@bundesakademie.de, Internet www.bundesakademie.de.

BPB: Bundeszentrale für politische Bildung, Referat Printmedien, Berliner Freiheit 20, 53111 Bonn, Telefon 0228/515-558, Telefax 0228/515-586, E-Mail floeper@bpb.bund.de.

DHA: Deutsche Hörfunk Akademie, Nollendorfplatz 2, 44339 Dortmund, Telefon 0231/98 89 00, Telefax 0231/98 89 0-25, E-Mail dha@hoerfunkakademie.de, Internet www.hoerfunkakademie.de.

DPR: Döhring Public Relations, Borsigallee 18, 60388 Frankfurt, Telefon 069/42 00 44 60, Telefax 42 00 44 69, E-Mail [\[dpr-online.de\]\(http://dpr-online.de\).](mailto:bdoehring@</p>
</div>
<div data-bbox=)

DWH: Drehbuchwerkstatt Hamburg e.V., Telefon 040/390 37 22, Telefax 040/39 34 79, Internet www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de.

EMA: Evangelische Medienakademie/Journalistenschule, Jebensstraße 3, 10623 Berlin, Telefon 030/31001-417, Fax 030/21001-440, Internet www.evangelische-medienakademie.de, E-Mail izimmer@ev-medienakademie.de.

FAZ: F.A.Z. – Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen, Mainzer Landstraße 195, 60326 Frankfurt/Main, Telefon 069/75 91-20 76, Telefax 069/75 91-27 64, E-Mail info@faz-institut.de.

FES: Friedrich-Ebert-Stiftung, Journalistenakademie, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn, Telefon 0228/883-325, Telefax 0228/883-695, Internet www.fes.de, E-Mail apbmail@fes.de.

FFFZ: Film Funk Fernseh Zentrum der Evangelischen Kirche im Rheinland, Kaiserswerther Straße 450, Postfach 30 03 43, 40403 Düsseldorf, Telefon 0211/45 80-250, Telefax 0211/45 80-200.

IJJ: International Institute for Journalism (IJJ), Capacity Building International (InWEnt), Werner Eggert, Hallerstraße 3, 10587 Berlin, werner.eggert@inwent.org, Telefon 030/439 96-312, Telefax 030/439 96-260.

JA: Journalistenakademie Dr. Hooffacker & Partner, Postfach 19 04 18, 80604 München, Telefon 089/167 51 06, Telefax 089/13 14 06, www.journalistenakademie.de.

JHB: Journalistenzentrum Haus Busch/Deutsches Institut für publizistische Bildungsarbeit, 58099 Hagen, Telefon 023 31/365-600, Telefax 023 31/365-699, Internet: www.hausbusch.de, E-Mail hausbusch@hausbusch.de. Schriftliche Bewerbungen für Multimedia Publishing: Multimedia-Center, Universitätsstraße 11, 58097 Hagen, Telefon 02331/9847 40, Internet www.mmc-hagen.de.

JSR: Journalistenschule Ruhr, Schederhofstraße 55-57, 45145 Essen, Telefon 0201/804-19 61 oder -19 62, Telefax 0201/804-19 63, E-mail m.jentsch@journalistenschule-ruhr.de. Internet www.journalistenschule-ruhr.de.

KFH: Kölner Filmhaus e.V., Maybachstraße 111, 50670 Köln, Telefon 0221/22 27 10-30, Telefax 0221/22 27 10-99, E-Mail seminare@koelner-filmhaus.de, Internet www.koelner-filmhaus.de.

LAG BY: Landesarbeitsgemeinschaft Film Bayern e.V., Walter Stock, Balthasar-Neumann-Straße 22,

97447 Gerolzhofen, Telefon 093 82/82 45, Telefax 093 82/82 69, E-Mail WStock.LAGFilm@t-online.de.

LAG NRW: Landesarbeitsgemeinschaft Lokale Medienarbeit Nordrhein-Westfalen, Christa Müller-Neumann, Emscherstraße 71, 47137 Duisburg, E-Mail info@medienarbeit-nrw.de, Internet www.medienarbeit-nrw.de.

LAG NiSa: Landesarbeitsgemeinschaft Jugend und Film Niedersachsen, Moorstraße 98, 29664 Walsrode, Telefon 05161/91 14 63, Telefax 05161/91 14 64, Internet www.lag-film.bkj.de, E-Mail lag.film.nds@t-online.de.

MAK: Medienakademie Köln gGmbH, Im MediaPark 6, 50670 Köln, Telefon 0221/57 43 72 00, Telefax 0221/57 43 72 01, Internet www.medienakademie-koeln.de.

MFG: Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH, Medienentwicklung, Geschäftsstelle doIT, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart, Telefon 0711/90 715-300, Telefax 0711/715-350, Internet www.mfg.de oder www.doIT-online.de, E-Mail medienentwicklung@mfg.de.

MR: Medienwerkstatt Radio, Bildungswerk der Erzdiözese Köln, Gereonstraße 16, 50670 Köln, Telefon 0221/642-56 38 und 0221/13 43 69, Internet www.erzbistum-koeln.de/medien/rundfunk, E-Mail radio@erzbistum-koeln.de.

MSD: Master School Drehbuch, Linienstraße 155, 10115 Berlin, Telefon 030/308 79 315, Telefax 030/308 79 314, Internet www.masterschool.de, E-Mail info@masterschool.de.

MUK: Medien und Kulturarbeit e.V., Friedensallee 7, 22765 Hamburg, Telefon 040/39 90 99 31, Telefax 040/390 95 00, Internet www.medienundkultur.hamburg.de, E-Mail medienundkulturarbeit@t-online.de.

NA: news aktuell GmbH, Mittelweg 144, 20148 Hamburg, Telefon 040/41 13-28 41, Telefax 040/41 13-28 76, Internet www.newsaktuell.de, E-Mail mediaworkshop@newsaktuell.de.

PRK: PR Kolleg Berlin, Kommunikation & Management GmbH, Wassergasse 3-5, 10179 Berlin, Telefon 030/278 797 71, Telefax 030/278 797 78, Internet www.prkolleg.com, E-Mail kontakt@prkolleg.com.

WOMAN: Wom@nticker – Medienagentur für Frauen, Hohenstaufenstraße 8, 60327 Frankfurt/Main, Telefon 069/74 30 98 63, Telefax 069/74 30 98 64, E-Mail info@womanticker.de, Internet www.womanticker.net.

Impressum

„M – Menschen Machen Medien“ Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint monatlich (10 Ausgaben im Jahr)

Herausgeber: Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)/Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske/Frank Werneke

Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030/69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesvorstand/Redaktion M, Potsdamer Platz 10, Haus 4 10785 Berlin, Fax: 030/69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.
Verlagsanschrift: „M – Menschen Machen Medien“, ver.di e.V., Bundesvorstand, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin.

Anzeigenleitung: Bernd Heußinger, Kornweg 21, D-21445 Wulfsen, Telefon 041 73-5 0992-0
Telefax 041 73-51 19 12, E-Mail: heussinger@verdi-anzeigen.de
Gültige Anzeigenpreisliste: Nr. 8a, gültig ab 1. 1. 2002, anzufordern bei der Anzeigenleitung
Anzeigenschluss: Bitte Terminliste anfordern.

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030/322 18 57

Bildrecherche: Christian v. Polentz
Druck und Vertrieb: W.E. Weinmann Druck + Media GmbH, Raiffeisenstr. 15, 70794 Filderstadt, Postfach 41 60, 70779 Filderstadt

Jahresabonnement: 36 € einschließlich Versandkosten.

Abonnementsverwaltung: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt, Telefon 07 117 00 15 30.
Für Mitglieder der Fachgruppen Rundfunk/Film/Audiovisuelle Medien (RFFU) und Journalismus (dju) im Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) von ver.di ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen und Fachbereichen ermäßigt sich die jährliche Bezugsgebühr auf 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:

„Kunst & Kultur“ verantwortlich: Burkhard Baltzer 0711/20 97-2 60
„Druck + Papier“ verantwortlich: Henrik Müller 030/69 56-10 76

ver.di – Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie) im Internet (inkl. aktuelles Inhaltsverzeichnis von „M“ und ausgewählte Texte, Archiv seit März '96): www.verdi.de/m

Redaktionsschluss:

„M“ 05/2003: 12.03.2003
„M“ 06/2003: 11.04.2003

ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

Journalismus

Strom, Gas, Wasser

KÖLN. Einen Journalistenpreis in den Kategorien Print, Hörfunk und TV schreibt der Verband kommunaler Unternehmen e.V. aus. Ausgezeichnet werden Berichte, Reportagen und Features, in denen die kommunalen Versorgungs- und Versorgungsunternehmen mit ihrem Aufgabenspektrum herausgestellt werden. Weitere Themenfelder können die Rolle der Stadtwerke im Wettbewerb oder die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sein. Die Beiträge müssen zwischen dem 1. August 2002 und dem 31. Juli 2003 publiziert oder gesendet worden sein. Pro Kategorie wird ein Preis von 3000 Euro vergeben. Daneben gibt es einen Sonderpreis für Journalisten unter 30 Jahre. Nähere Informationen: Verband kommunaler Unternehmen e.V., Telefon 02 21/37 70-205, Telefax 02 21/37 70-266, E-Mail abels@vku.de, Internet www.cku.de.

Spannende Geografie

HEIDELBERG. Die Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG) sucht journalistische Beiträge über ein geografisches Thema – spannend, informativ und wissenschaftsnah für ein breites Publikum aufbereitet. Zugelassen sind Berichte und Reportagen in Print, Hörfunk und Fernsehen, die zwischen dem 1. Juni 2001 und dem 1. Juni 2003 veröffentlicht wurden. Einsendeschluss: 15. Juni 2003. Das Preisgeld beträgt 5.000 Euro. Kontakt: Prof. Dr. Peter Meusbürger, Deutsche Gesellschaft für Geographie, Geographisches Institut der Universität Heidelberg, Berliner Straße 48, 69120 Heidelberg, oder Dr. Peter Wittmann, Telefon 0711/22 61 402, E-Mail p.wittmann@epost.de.

Lesen fürs Leben

MAINZ. Die Stiftung Lesen möchte mit ihrem Dietrich-Oppenberg-Medienpreis herausragende journalistische Beiträge auszeichnen, die sich gezielt mit dem Lesen in der modernen Informations- und Wissensgesellschaft und der Entwicklung von Medienkompetenz auseinandersetzen. Eingesandt werden können Beiträge über das Medienverhalten von Jugendlichen, über ideenreiche Leseförderungsprojekte, das Problem des „primären“ und des „sekundären Analphabetismus“ oder über wissenschaftliche Grundlagen von Sprach-, Lese- und Medienkompetenz. Der Preis ist offen für alle journalistischen Darstellungsformen in Print- und Online-Medien. Benannt ist der Preis nach dem im März 2000 ver-

storbenen Gründer und langjährigen Herausgeber der „Neue Ruhr Zeitung“ / „Neue Rhein Zeitung“ Dietrich Oppenberg. Der Preis ist mit insgesamt 5.000 Euro dotiert. Kontakt: Stiftung Lesen, Fischtorplatz 23, 55116 Mainz, Telefon 06131/28 89 00, E-Mail mail@stiftunglesen.de, Internet www.stiftunglesen.de/aktuell/oppenberg/2003.html.

Hören fürs Leben

HAMBURG. Welche Rolle spielt gutes Hören im sozialen Umfeld? Wie lässt sich Hörfähigkeit bewahren bzw. verbessern? Um solche Fragen sollen sich Beiträge für den Publizistik-Preis des Forums „Besser Hören“ drehen. Noch bis zum 15. August 2003 können sie zum Wettbewerb eingereicht werden. Der dreigeteilte Preis ist mit insgesamt 10.000 Euro dotiert. Bewerbungsunterlagen gibt es beim Forum „Besser hören“, Birgit Ney, Spadenteich 1, 20099 Hamburg, E-Mail ney@forumbesserhoeren.de, Telefon 040/28 40 13 52.

Reservisten-Igel

BONN. Einen „Goldenen Igel“ vergibt der Verband der Reservisten der Bundeswehr für Beiträge zu Themen rund um Reservisten, Bundeswehr und verwandte sicherheitspolitische Inhalte. Die Arbeiten sollten zwischen April 2002 und August 2003 in deutschsprachigen Medien erschienen sein. Beiträge aus „loyal“, der Zeitschrift des Reservistenverbandes und aus Zeitschriften des Verteidigungsministeriums sind vom Wettbewerb ausgeschlossen. Den „Goldenen Igel“ gibt es in drei Kategorien – Print/Internet, Hörfunk, Fernsehen. Das Preisgeld beträgt jeweils 3.000 €. Einsendungen bis zum 15. August 2003 an: Verband der Reservisten e.V., Pressestelle, Provinzialstraße 91, 53127 Bonn, Telefon 0228/25 909–26, E-Mail presse@vdrbw.de.

Recherchen in den USA

FRANKFURT. Die Michael-Jürgen-Leisler-Kiep-Stiftung lädt junge, bereits ausgebildete Journalistinnen und Journalisten bis zum Alter von 32 Jahren ein, sich um zwei Studienaufenthalte in den USA zu bewerben. Die Gesamtdotierung beträgt 7.500 US-Dollar. Die Stipendien sind auf die Dauer von sechs Wochen ausgelegt und mit einer Hospitantz bei einem Sender oder einem Printmedium verbunden. Eigenständige Verlängerungen sind möglich. Bis zum 15. Mai 2003 sollten Arbeitsproben, ein Lebenslauf, der Nachweis guter englischer Sprach-

kenntnisse sowie eine Begründung der Reise mit Arbeitskonzept in englischer Sprache in 15-facher Version vorliegen.

Kontakt: Michael-Jürgen-Leisler-Kiep-Stiftung, Christine Dähler, Holzhecke 31, 60528 Frankfurt, Telefon 069/67 73 38 84, Telefax 67 73 38 72, internet www.kiepstiftung.de.

Journalismus international

NEW YORK. Das Institut für Journalismus an der New Yorker Columbia Universität vergibt zum zweiten Mal seine Kurt Schork Preise für internationalen Journalismus. Die Preise sind benannt nach dem Freelancer Kurt Schork, der 2000 bei einer Militäraktion in Sierra Leone ums Leben kam, wo er für die Nachrichtenagentur Reuters unterwegs war. Ausgezeichnet wird ein Lokalreporter bzw. eine Reporterin aus einem Entwicklungs- oder Schwellenland sowie ein freier Journalist, der zu internationalen Themen arbeitet. Beide Preise sind mit jeweils 10.000 Dollar dotiert. Themen der Beiträge können Konflikte, Menschenrechtsfragen, Grenzprobleme oder andere Kontroversen in einer bestimmten Region sein. Einsendeschluss: 1. Mai 2003. Genaueres im Internet unter www.jrn.columbia.edu/events/schork oder bei Irena Choi Stern, Columbia University Graduate School of Journalism, 2950, Broadway, MC 3800, New York, NY 10027, Telefon 001-212-8 54-86 53, E-Mail ics9@columbia.edu.

Wider die Jobverhinderer

KÖLN. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und das Wirtschaftsmagazin Impulse haben gemeinsam den Wettbewerb „Ausgebremst – Wer in Deutschland neue Jobs verhindert“ ausgeschrieben. Ausgezeichnet werden Veröffentlichungen in Print, Hörfunk und Fernsehen, die „gut recherchiert und journalistisch spannend darstellen, wie Menschen in Deutschland daran gehindert werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen“ (Kategorie I); oder aufzeigen, „wie es Einzelnen gelang, sich über Blockaden hinwegzusetzen“ (Kategorie II). In beiden Kategorien werden jeweils 4 Preise vergeben. Das Preisgeld beträgt insgesamt 20.000 Euro. Kontakt: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Frau Schulze-Nachtigall, gustav-Heinemann-Ufer 84-88, Telefon 0221/49 81–402, E-Mail@chancenfueralle.de, Internet www.chancenfueralle.de.

Festivals & Kongresse

28. März bis 3. April: 1. Internationales Festival des Menschenrechtsfilms, Genf. Information: Festival international du film sur les droits humains, Telefon 00 41/22/800 15 54. E-Mail contact@fifdh.ch.

2. bis 4. Mai: fmx/03 animation/effects/contents – Kongress für digitale Medienproduktion, Stuttgart. Information: Film- und Medienfestival GmbH, Telefon 0711/925 46 120, Internet www.fmx.de, E-Mail krutz@festival-gmbh.de.

Film/TV/Video

„Thesaurus“ abgeschlossen
FRANKFURT. Der Verlag der Autoren hat sein 1999 eingeführtes Drehbuch-Förderungsprogramm „Treatment Thesaurus“ vorerst abgeschlossen. In drei Jahren wurden 9 entstehende Filmprojekte von 7 Autoren und Autorinnen und 2 Autorenteams gefördert. Der Thesaurus sollte sich mit Rückflüssen aus der Veräußerung der entstandenen Treatments refinanzieren, um so in Zukunft wiederum neue Projekte fördern zu können. Nach der Refinanzierung ist geplant, den Treatment Thesaurus weiterzuführen. Information: VERLAG DER AUTOREN GmbH & Co.KG, Film, TV & Radio, Schleusenstraße 15, 60327 Frankfurt/Main, Telefon +49(0)69 / 23 85 74 – 34.

Multimedia

Online und Offline

STUTTGART. Innovative Online- und Offline-Lösungen werden zum 8. Mal mit dem Deutschen Multimedia Award prämiert. Teilnahmeberechtigt sind deutschsprachige Produktionen, die nach dem 1. März 2003 erstmals veröffentlicht oder grundlegend aktualisiert wurden. Die Wettbewerbskategorien: Kommerzielle Arbeiten (Unternehmenspräsentation, E-Commerce, E-Publishing etc.), Arbeiten nicht-kommerzieller Organisationen (Social communications, Cultural Communications), Kiosksysteme/Terminals, E-Government, Mobile Anwendungen, Innovationen. Anmeldeschluss: 15. April 2003. Nähere Informationen: Deutscher Multimedia Kongress, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart, Telefon 0711/907 15–300, www.dmmk.de oder www.dmmv.de.

Leute

Albrecht Ade, bislang Geschäftsführer der Stuttgarter Film- und Medienfestival GmbH, trat aus Altersgründen zurück.

Pascal Beucker, Leiter der Kölner „taz“-Redaktion und einer der beiden NRW-Redaktionsleiter, verließ das Blatt. **Christoph Schurian**, Leiter der Ruhr-Redaktion, ist nun allein für das NRW-Projekt der „taz“ zuständig.

Axel Beyer, früher u.a. Unterhaltungschef beim ZDF, zuletzt Geschäftsführer der PRIMA IDEE Medienproduktions- und Ereignis GmbH, wird zum 1. April Unterhaltungschef Fernsehen des WDR.

Markus Bleistein, bislang stellvertretender Chefredakteur bei der „Esslinger Zeitung“, wurde neben **Rainer Laubig** zum Chefredakteur.

Tissy Bruns, zuletzt Chefkorrespondentin der „Welt“, kehrt als leitende Redakteurin zum „Tagesspiegel“ zurück. Ihr Vorgänger **Bernd Ulrich** wechselt als Leiter des Hauptstadtbüros zur „Zeit“.

Lars Christiansen, bisher schon beim „WOM-Journal“ (Medialust) tätig, löste als Redaktionsleiter des Kundenmagazins der Musik-Handelskette WOM den bisherigen Chefredakteur **Peter Wagner** ab.

Jens Christof und **Peer Lück**, bisher Producer bei Antenne Thüringen, folgten als Chefs vom Dienst für das Wortprogramm auf **Jörg Wiesner**.

Deutscher Presseclub e.V. (Berlin): **Dietmar Merten** (BR) wurde in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt, ebenso sein Stellvertreter **Gerd Depenbrock** (WDR). Dem Vorstand gehören außerdem an: **Dieter Keller** („Stuttgarter Nachrichten / „Südwestpresse“), **Wolfgang Koch** („Stuttgarter Zeitung“), **Sabine Lennartz** („Schwäbische Zeitung“), **Gregor Mayntz** („Rheinische Post“) und **Cornelia Rabitz** (DW).

Die Autorin **Thea Dorn** wurde neben **Dirk Schümer** („FAZ“) Moderatorin beim SWR-Bücher-talk.

DW-Radio (Köln): **Matthias von Hein**, bisher Chef vom Dienst, folgte als Leiter des chinesischen Programms auf **Sabine Peschel**, die in die Marketingabteilung des Auslandsrundfunks wechselte. **Robert C. Schwartz**, stellvertretender Leiter der Rumänischen Redaktion im Programmbereich Südosteuropa, löste als Leiter **Emil Hurezeanu** ab,

der den Sender verließ. **Khula Saleh** folgte als Leiterin des arabischen Programms auf **Fares Youwakim**.

Manuel Frei, Style Director von „AD Architectural Digest“, wurde zusätzlich stellvertretender Chefredakteur der Zeitschrift.

Fritz Frey, beim SWR Leiter der Abteilung Fernsehen Inland und Redaktionsleiter von „Report Mainz“, übernahm die Moderation dieses Magazins.

Reinhard Fröhlich, bislang Leiter des Bereichs Kommunikation bei der Bertelsmann Stiftung, schied aus; seine Funktion wird kommissarisch von **Josef Janning**, Leiter des Bereichs Internationale Verständigung, wahrgenommen.

Der freie Journalist **Andreas Frost** (u.a. „Nordkurier“, „Tagesspiegel“) wurde als Vorsitzender der Landespressekonferenz Mecklenburg-Vorpommern wieder gewählt. Dem Vorstand gehören an: die Rundfunkjournalisten **Axel Flemming**, **Jürgen Hingst** und **Axel Seitz** sowie **Klaus Walter** („Ostseezeitung“).

Kai Ulrich Gniffke, bisher Redaktionsleiter von ARD-aktuell, löste als Zweiter Chefredakteur von ARD-aktuell **Patrick Leclercq** ab, der als Auslandschef Fernsehen zum SWR zurückkehrte.

Christoph Grote, bisher Lokalredaktions-Chef der „Neuen Presse“ (Hannover), folgt als Chefredakteur der „Leine-Zeitung“ (beide Verlagsgruppe Madsack) auf **Erwin Lutz**, der in den Ruhestand tritt.

Wolfgang Gushurst, beim SWR bisher stellvertretender Projektleiter von „DASDING“, rückte zum Chef dieses multimedialen Jugendangebots auf; Stellvertreterin wurde **Birgit Klumpp**, bislang im SWR-Studio Tübingen tätig.

Jens Helldobler, bislang stellvertretender Pressesprecher von Bündnis 90/Die Grünen im hessischen Landtag, wurde Pressesprecher des Unternehmens Vodafone D2.

Gebhard Henke, Fernsehfilm-Chef des WDR, wurde zugleich Leiter des Programmbereichs Fernsehfilm und Unterhaltung und damit Nachfolger von **Winfried Bonk**, der Ende 2002 ausgeschieden war.

Bernhard Hiller, früher Musik- und Programmchef bei verschiede-

nen Kommerzsendern, wurde Leiter der Musikredaktion von BB Radio (Potsdam).

Christiane Hoelscher, bisher stellvertretende Leiterin Öffentlichkeitsarbeit bei Premiere, wurde Leiterin Kommunikation für das Filmfest Hamburg.

Dr. **Johannes Hoffmann**, Leiter der Intendanz der DW, übernahm zusätzlich die Leitung der Abteilung Kommunikation und die Funktion des Pressesprechers von Dr. **Ralf Siepmann**, der den Sender verließ.

Katrin Holetzeck, bisher bei Pro Sieben für deutsche Kinofilme und TV Movies zuständig, wurde Leiterin des Bereichs Deutsche Fiction.

Michael Jacobsen, bisher Radio-Redakteur und Moderator bei diversen Hamburger Kommerzsendern, löste als Projektmanager beim ver.di-Projekt connex.av. Köln **Beate Weber** ab, die in die Rechtsabteilung von ver.di NRW wechselte.

Norbert Klein, zuletzt stellvertretender Chefredakteur Fernsehen des SR, löste als Chefredakteur **Elke Herrmann** ab, die in den Ruhestand ging.

Steffen Klusmann, der 1999 vom „manager magazin“ zur „Financial Times Deutschland“ gewechselt war, kehrt als stellvertretender Chefredakteur neben **Ursula Schwarzer** zum „mm“ zurück.

Klaus Kopka, CSU-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des Medienrates der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien, wurde als Vorsitzender des Medienclubs München e.V. wieder gewählt. Stellvertreter sind die Filmproduzentin **Inga Pudenz** und **Stefan Wittich**, Leiter der BR-Intendanz.

Der ZDF-Journalist **Norbert Lehmann** übernahm die Leitung und Moderation des Magazins „ZDF-reporter“ von **Steffen Seibert**.

Alexander Luckow, bisher Ressortleiter Reportage bei der „Bunten“, schied aus.

Carsten Meyer, Moderator bei n-tv, verlässt den Sender.

Caren Miosga, zuletzt Moderatorin des „Kulturjournal“ im NDR-Fernsehen, löste als Moderatorin des Medienmagazins „Zapp“ **Gerhard Dellling** ab, der die Leitung des NDR Sport übernahm.

Bernhard Nellessen, Fernsehdirektor des SWR ab 1. Mai, übernimmt die ARD-3sat-Koordination von **Christof Schmid**, der in den Ruhestand geht. ARD-Koordinator für Ausland und Festival bleibt **Andreas Weiß**.

Angelica Netz, zuletzt Hörfunk-Korrespondentin im WDR/NDR-Studio Washington, folgt als Wel-lenchefin von WDR 2 auf **Reinhold W. Vogt**, der die neue Stabsstelle eines Liaison Managers in der Fernsehproduktionsdirektion übernimmt.

Christoph Peck, zuletzt mit einem Redaktionsbüro selbständig, zuvor geschäftsführender Redakteur bei „Capital“, löst als Chefredakteur von „Wirtschaftsjournalist“ **Annette Milz** ab, die Gründungschefredakteurin des Fachmagazins.

Ron Perdue übernimmt die Moderation der Sendung „Berlin am Nachmittag“ beim Kommerzrundfunk 91!4 (Berlin) von **Stefanie Schweda**, die Chefin vom Dienst wird.

Petra Pfaller, Chefredakteurin von „Vogue Business“ (Condé Nast), verlässt das Blatt, das nur noch zweimal jährlich erscheinen soll.

Folgende Kandidaten stellen sich am 24. März zur Wahl für das Intendanten-Amt des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) **Dagmar Reim** (51), Direktorin des NDR-Landesfunkhauses Hamburg; **Ulrich Deppendorf** (53), WDR-Fernsehndirektor; **Bernt von zur Mühlen** (55), Unternehmensberater, einst Geschäftsführer von 104,6 RTL; **Georg Quander** (52), Staatsopernintendant a.D.

Heidi Renz, bislang Leiterin der Nachrichtenredaktion bei Radio NRW (Oberhausen), übernimmt die Leitung des Landtagsstudios von Radio NRW in Düsseldorf von **Lothar Wittenberg**, der Pressesprecher des NRW-Ministeriums für Verkehr, Energie und Landesplanung wurde. Bei Radio NRW folgt **Marc Weiss**, bisher stellvertretender Leiter des Nachrichtenressorts, auf Renz.

Frank Roth, Ressortleiter Unternehmen bei „Horizont“, wurde zusätzlich stellvertretender Chefredakteur des Branchenmagazins; **Peter Zollinger**, Leiter des Ressorts Media/Messen-Specials, nimmt künftig zugleich die Funktion des Textchefs wahr.

Leute

Rundfunkrat/Verwaltungsrat des SWR: Wieder gewählt wurden **Hans Lambert** als Vorsitzender des SWR-Rundfunkrats und **Herbert Moser** als erster Stellvertreter. Auch Dr. **Lorenz Menz**, Vorsitzender des Verwaltungsrats, und sein Stellvertreter **Joachim Mertes** wurden in ihren Ämtern bestätigt.

Das Plenum des Deutschen Presserats hat **Kay E. Sattelmair**, Axel Springer Verlag, Vertreter des BDZV, für ein weiteres Jahr zu seinem Sprecher gewählt. Stellvertretende Sprecherin wurde erneut Dr. **Ilka Desgranges** (DJV), Redaktionsleiterin bei der „Saarbrücker Zeitung“. Den Vorsitz des Trägervereins des Deutschen Presserats behält für ein weiteres Jahr **Benno H. Pöppelmann**, Justiziar des DJV. Den Vorsitz des allgemeinen Beschwerdeausschusses übernimmt für die kommenden zwei Jahre **Manfred Protze** (dju/ver.di), dpa-Redakteur. Er löst **Ursula Ernst-Flaskamp** (DJV) von der „Augsburger Allgemeinen“ ab. Den Vorsitz des Beschwerdeausschusses Redaktionsdatenschutz übernimmt **Jörg Steinbach** (DJV), Redakteur der „Hessischen Niedersächsischen Allgemeinen“. Als neues Mitglied im Presserat wurde **Heike Rost**, freie Bildredakteurin (DJV) begrüßt.

Brigitte Theila, bisher Redakteurin und Moderatorin bei Antenne Bayern, wurde Magazinchefin des Senders.

Ulrike Trampus, bisher stellvertretende Chefredakteurin und Chefin vom Dienst bei der „Pforzheimer Zeitung“, folgt als Chefredakteurin beim „Wiesbadener Kurier“ – neben **Matthias Friedrich** – ab August auf **Friedrich Roeingh**, der Chefredakteur der „Westdeutschen Zeitung“ (Düsseldorf) wird.

Kathrin Tsainis, zuletzt Reporterin bei „Max“, wurde Redaktionsleiterin bei „Brigitte Young Miss“ (G + J).

Stefan Weigel, Leiter des Ressorts Unternehmen der „Financial Times Deutschland“, und sein Stellvertreter **Guido Warlimont** lösten als Leiter des Finanzressorts **Daniel Bögler** ab, der Nachrichtenchef der geplanten Asien-Ausgabe der „Financial Times“ in Hongkong wird. **Sabine Muscat**, vormals bei der „FAZ“, folgt als Leiterin der „FTD“-Auslandsredaktion auf **Kathrin Hille**, die Korrespondentin für die Asien-Ausgabe in Taipeh wird.

Andrea Wicherek, zuletzt Chefredakteurin von „Für Sie“ (Jahreszeiten Verlag), folgte als Chefredakteurin der Programmzeitschriften „Fernsehwoche“ und „TV klar“ auf **Wilhelm Reith**, der die Verlagsgruppe Bauer verließ.

Preise

Europäischer Filmpreis 2002 der European Film Academy – eine Auswahl der Preisträger: Film, Regisseur, Drehbuch, Publikumspreis Drehbuch: **Pedro Almodóvar** für „Sprich mit ihr“ (Spanien); Schauspielerei: das Ensemble von „Acht Frauen“ (Frankreich): **Catherine Deneuve, Isabelle Huppert, Emmanuelle Béart, Fanny Ardant, Virginie Ledoyen, Danielle Darrieux, Ludivine Sagnier** und **Firmine Richard**; Schauspieler: **Sergio Castellitto** (Italien) für „Bella Martha“ und „L’Ora die Religione“; Publikumspreis Schauspielerin: **Kate Winslet** (Großbritannien) für „Iris“; Publikumspreis Schauspieler: **Javier Camara** (Spanien) für „Sprich mit ihr“; Preis der Filmkritik: **Ken Loach** für „Sweet Sixteen“ (Großbritannien); Kamera: **Pawel Edelmann** für „Der Pianist“ von Roman Polanski (Frankreich/Polen/Deutschland/Großbritannien); Kurzfilm: „Ten Minutes“ von **Ahmed Imamovic** (Bosnien-Herzegowina); nicht-europäischer Film: „Divine Intervention“ von **Elia Suleyman** (Palästina); Europäische Entdeckung/Fassbinder-Preis: „Hukkle“ von **György Palfi** (Ungarn); europäischer Beitrag zum Weltkino: **Victoria Abril** (Spanien); Dokumentarfilmpreis Prix ARTE: „Sein und Haben“ von **Nicolas Philibert** (Frankreich); Lebenswerk: der Drehbuchautor **Tonino Guerra** (Italien).

Der Wirtschaftsjournalistin **Ulla Hofmann**, dem Sportreporter **Rudi Michel** und dem Zeitungsredakteur **Rainer Dick** wurde der Medienpreis Pfalz zugesprochen.

Der Erich-Mühsam-Preis 2003 geht an die Berliner Tageszeitung „junge welt“. Mit der Auszeichnung würdigt die Erich-Mühsam-Gesellschaft politisch und sozial engagierten Journalismus, der unabhängig vom Markt recherchiert und berichtet. Maßgebend für die Ehrung sei vor allem das Engagement gegen Krieg und Rassismus.

Johannes Kaltenhauser und **Florian Vogel** (HFF München) gewannen mit ihrem Dokumentarfilm „Jenseits der Ferne“ den mit 500 €

dotierten Publikumspreis bei den 13. Bamberger Kurzfilmtagen. Der Preis der Jury ging an „Innen Außen Mongolei“ von **Sebastian Winkels** (HFF Potsdam-Babelsberg).

Andreas Kleinert erhielt für seinen Film „Mein Vater“ (WDR) beim Festival International de Programmes Audiovisuels den Hauptpreis in der Kategorie Fiction/Drama.

Ulrike Knöfel, Redakteurin im Ressort Kultur des „Spiegel“, gewann beim 9. Journalistenwettbewerb der Bundesarchitektenkammer und des „Deutschen Architektenblatts“ für einen Beitrag über die Bauten Frank O. Gehrys den mit 5500 € dotierten 1. Preis.

Dirk Kummer erhielt für sein Kinderfilm-Drehbuch „Der Maulwurf“ den mit 25000 € dotierten baden-württembergischen Drehbuchpreis.

Andrea Kunsemüller, von 1987 bis 2000 künstlerische Leiterin der Nordischen Filmtage Lübeck, wurde für ihre Verdienste um den norwegischen Film mit dem Königlich Norwegischen Verdienstorden gewürdigt.

Patricia Möckel gewann mit ihrem Film „Vall de Boi – Ein Tal, ein Lifan und andere Geheimnisse“ (aus der Reihe „Schätze der Welt – Erbe der Menschheit“, SWR/3sat) den mit 6012 € dotierten Filmpreis Pica d’Estats der spanischen Stadt Lleida.

Der holländische Kameramann **Robby Müller** („Barly“, „Dead Man“) erhält den von Stadt und Philipps-Universität Marburg ausgelobten Marburger Kamerapreis (5000 €).

Den „Preis für die Freiheit und Zukunft der Medien“ lobt die Medienstiftung der Sparkasse Leipzig aus. Die Preisträger 2003 – 1. Preis (insgesamt 15000 €): Der Israeli **Gideon Levy**, Redakteur der Tageszeitung „Ha’aretz“ (Jerusalem), und der Palästinenser **Daoud Kuttab**, Direktor des Institute of Modern Media (Ramallah); 2. Preis (10000 €): **Wladimir Mostowoj**, Chefredakteur der ukrainischen Wochenzeitung „Zerkalo Nedeli“; 3. Preis (7500 €): Verein Netzwerk Recherche (Deutschland).

Marc Rothmunds Fernsehfilm „Die Hoffnung stirbt zuletzt“ (NDR) wurde mit zwei „Goldenen Cameraras“ der „Hörzu“ ausgezeichnet. Der Regisseur erhielt außerdem den William-Dieter-le-Sonderpreis der Stadt Ludwigshafen.

Christoph Schlingensief (Berlin) wurde für sein Hörspiel „Rosebud“

(WDR) der Hörspielpreis der Kriegsblinden 2002 zuerkannt, der vom Bund der Kriegsblinden Deutschlands und der Filmstiftung NRW getragen wird.

Der dpa-Volontär **Marc Strehler** wurde für eine Reportage mit dem Jungjournalistenpreis 2002/03 des Verbands Hessischer Zeitungsverleger ausgezeichnet.

Die **Verleiherpreise** 2002 der Bundesregierung zu je 100000 € gingen an den Filmverleih Piffil Medien (Berlin), Movienet Film (München) und Prokino Filmverleih (München). Die **Kinoprogrammpreise** 2002 wurden für herausragende Programme im Jahr 2001 vergeben. Hauptpreis (20000 € und Sonderpreise zu 7500 €): Zeise-Kinos (Hamburg); Preise zu 15000 €: Hackesche Höfe und Eiszeit-Kino (Berlin), Schauburg (Dresden), Provinzokino (Enkenbach-Alsenborn), Kino-Passage (Erlenbach), Abaton-Kino (Hamburg), Lux Kino am Zoo (Halle), Gloria & Gloriette Kino (Heidelberg), Orfeos Erben (Frankfurt/M.), Traumstern (Lich), Scala (Lüneburg), Kammer-Palette-Atelier (Marburg), Cinema & Kurbelkiste sowie Schlosstheater (Münster) und Casablanca (Ochsenfurt).

Lotta Wieden ist die neue Stipendiatin der Michael-Leisler-Kiep-Stiftung. Sie erhielt den Journalisten-Nachwuchspreis für zwei Beiträge zu den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten von Algen und über Familien-genetik in der Zeitung „Die Zeit“. Mit der Auszeichnung ist ein sechswöchiger Aufenthalt in den USA verbunden, der mit 7500 US-Dollar durch die Stiftung finanziert wird.

Douglas Wolfesperger wurde für seine Dokumentation „Bellaria – solange wir leben!“ mit dem Ernst-Lubitsch-Preis 2003 ausgezeichnet, den der Club der Filmjournalisten in Berlin für „die beste komödiantische Leistung im deutschsprachigen Film“ vergibt.

„Die Zeit“, die „Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung“, „The Independent on Sunday“ (London) und „Récord“ (Mexico City) wurden bei der 24th Edition of The Best of Newspaper Design Creative Competition in Syracuse/USA mit dem Titel „World’s-Best-Designed-Newspaper“ 2002 ausgezeichnet.

Die Filmproduzentin **Regina Ziegler** erhielt den „B.Z.“-Kulturpreis in der Kategorie Film; in der Kategorie Medien wurde der türkischsprachige Radiosender Radyo 94,8 Metropol FM ausgezeichnet.

„... Was sich da auf der internationalen Bühne wirklich abspielt, ist der radikale Umsturz kollektiver Sicherheitsstrukturen zu Gunsten eines unverhohlenen Anspruchs auf Vorherrschaft. Indem die Bush-Regierung das Recht auf Präventivkriege beansprucht, hebt sie das Angriffsverbot der UNO-Charta aus den Angeln.

Deshalb erheben wir heute unsere Stimme zum Protest. Wir setzen dem Kriegskurs der amerikanischen Rechten unseren Widerstand entgegen. Wir begrüßen das Nein aus Frankreich, Deutschland, Russland und China zu einem Irakkrieg. Und wir haben kein Verständnis für Politiker, die eine Beteiligung deutscher Soldaten an einem Angriffskrieg gegen den Irak befürworten. Wir wollen an die Stelle eines Rechts des Stärkeren die Stärke des Völkerrechts gesetzt wissen. Dafür lasst uns gemeinsam eintreten. Setzen wir den Kriegstreibern unseren Protest entgegen, den Protest von Millionen von Menschen in der ganzen Welt, unser Engagement und unsere Kraft, die Kraft der internationalen Friedensbewegung!“

Frank Bsirske, Vorsitzender von ver.di, auf der Friedensdemonstration am 15. Februar in Berlin



Foto: transit

Irakische Medienlandschaft: 25 Jahre anhaltende Repression

Angesichts eines drohenden Irakkrieges hat Reporter ohne Grenzen einen aktualisierten Hintergrundbericht zur Situation der Journalisten und der Medien im Irak veröffentlicht. In dem 14-seitigen Bericht gibt die internationale Organisation zur Verteidigung der Pressefreiheit einen detaillierten Rückblick über die Unterdrückung der Medienfreiheit, die Saddam Hussein, sein Sohn Uday und die Baath-Partei über die 25-jährige Herrschaft entwickelt haben. Der Bericht nennt Beispiele wie das System von Propaganda und Desinformation praktisch funktioniert und geht außerdem auf die Arbeitsbedingungen ausländischer Journalisten ein.

Der Irak gehört zu den zehn pressefeindlichsten Ländern. Dies geht aus einer Untersuchung von Reporter ohne Grenzen im Oktober 2002 hervor. Der Irak belegte den 130. Platz von insgesamt 139 untersuchten Ländern.

Während die Irak-Krise im Mittelpunkt des Interesses von Medien weltweit steht, müssen ausländische Journalisten damit rechnen, dass ihre Arbeit streng überwacht wird. Einreise genehmigungen für ausländische Journalisten wurden bisher sehr willkürlich erteilt. Im Land selbst ist es verboten, Aufnahmen von offiziellen Gebäuden zu machen oder gar sensible Themen anzusprechen. Ausländische Journalisten müssen sich in der Regel von einem offiziellen Führer begleiten lassen, was Interviewpartner daran hindert, frei zu sprechen. Die Behörden setzten Medienvertreter unter Druck, indem sie den Entzug der Arbeits- und Dreherlaubnisse oder die Ausweisung androhen. Irakische Journalisten, die für ausländische Medien arbeiten sind extrem gefährdet, selbst dann wenn Nachrichtenagenturen ihre Artikel umschreiben und diese als eigene Nachrichten verbreiten.

Der Bericht liegt auf Englisch, Französisch und Spanisch vor und ist abrufbar unter: www.rsf.org
Reporter ohne Grenzen, Skalitzer Straße 101, 10997 Berlin, Germany, Tel.: (030) 615 85 85
Fax: (030) 614 56 49, rog@snafu.de kontakt@reporter-ohne-grenzen.de, www.reporter-ohne-grenzen.de